

3/2003

blz

Zeitschrift der GEW BERLIN

57. (72.) Jahrgang
März 2003

Standpunkt
Zu viel ist zu viel!

**Tariffucht – Berlin
kein Vorbild**

Seite 7

Schwerpunkt
**Wohin mit den
Fünfjährigen?**

Seite 6

**Diskussion um den
„Solidarpakt“**

Seite 15

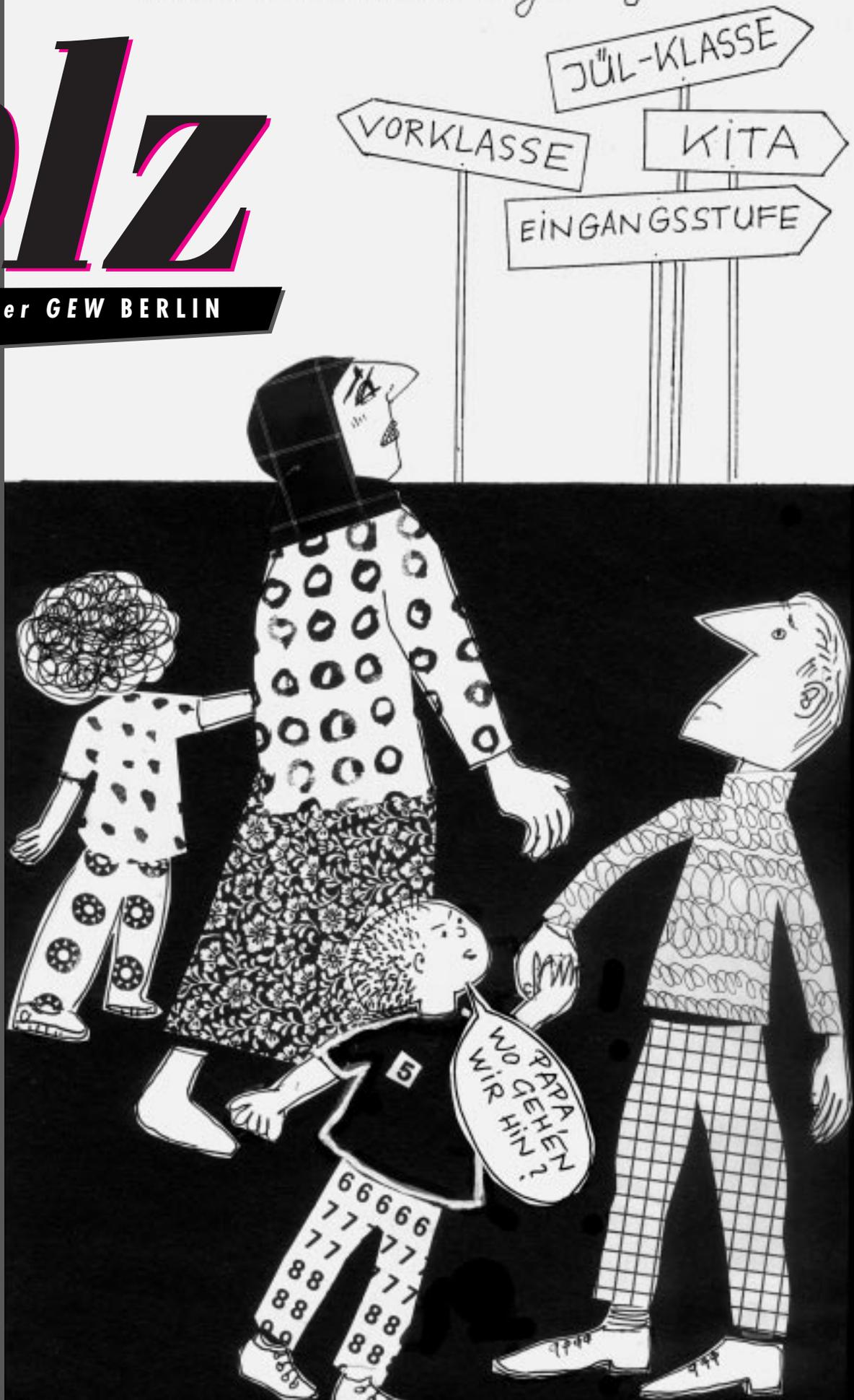
**Das LISUM vor
der Fusion**

Seite 20

**Kürzungen bei
den Hilfen zur
Erziehung**

Seite 28

Wohin mit den 5-jährigen?





Titelbild:
Sabine Knauf

Übrigens...

Ganz ungewöhnlich ist die erste Doppelnummer der blz nicht im März/April, sondern schon im Januar/Februar erschienen. Viele haben deshalb im Februar vergeblich die blz gesucht und sich bei uns über das fehlende Heft beschwert. Beim nächsten Mal werden wir noch besser darauf hinweisen, wann die Doppelnummern erscheinen.

Eine wahre Artikelflut erreichte uns zum Thema Vorklassen. Wir waren erfreut, aber auch ein wenig ratlos: wie sollen wir das alles unterbringen? Bettina Liedtke hat das ganze Wochenende daran gesessen, um die Artikel so zu kürzen, dass sie in die Zeitung passen und die AutorInnen ihre Zeitschrift noch wieder erkennen. Wir hoffen, dass alle zufrieden sind.

Wenn diese blz erscheint, ist die April-Ausgabe schon in Arbeit. Artikel können dann nicht mehr berücksichtigt werden. Für kurze LeserInnenbriefe halten wir aber immer noch ein paar Tage länger ein Plätzchen frei.

-wl

Impressum

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:

Pit Rulff (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Günter Langer
Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 93-46, Fax -49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:

GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 8 vom 1.1.02

Satz und Layout:

bleifrei Texte + Grafik, Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 93-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:

Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 3, 10587 Berlin
Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Inhalt

.....	Standpunkt/Leute	3
.....	kurz und bündig	4
.....	aktuelles	5

schwerpunkt

.....	Wohin mit den 5jährigen?	6
Doris Fischer.....	Kita oder Vorschule?	6
Monika Rebitzki.....	Die Schulanfangsphase	7
Monika Rebitzki.....	Senat ohne Konzept	9
Barbara Schmitt-Wenkebach.....	Chancen für eine Neuorientierung	10
Diverse	Vorklasse oder Kita?	11

gewerkschaft

Klaus Will/Pit Rulff.....	Ich erwarte von meiner Gewerkschaft...	15
Hermanns/Rausch.....	Schwerbehinderte in der GEW	17
Ernst Pilz.....	Wahl des Landesseniorenausschusses	17
Mücke/Thieme/Will.....	Werner Langner wird 80	18

schule

Gerhard Weil.....	PZ > BIL > LaBi > LISUM > PLIB > PLIBB	20
Barbara Stellbrink-Kesy.....	Die Schulbibliothek in der Stadt-als-Schule	21
Rosemarie Stetten.....	Zwiespältiger Erfolg	23
Manfred Triebe.....	Ein nachhaltiges Schulgesetz für Berlin	24
Klaus Will.....	Sind die Reichen arm dran?	25

tendenzen

Friedens AG.....	Schülerstreik gegen den Krieg	26
N.N.....	TUSCH-Fest Theatertage	26

sozialpädagogik

Bärbel Jung.....	Ambulante Hilfen zur Erziehung	28
Bärbel Jung.....	Erhöhung der Kita-Beiträge	29

hochschule

Matthias Jähne.....	Dem braven Kinde	30
Rainer Hansel.....	Eine kopflose Flucht	30

service

.....	Theater und Schule, Fortbildung, Materialien	31
-------	---	----

Redaktionsschluss 4/2003: 28. Februar 2003 • Thema: Integration
Redaktionsschluss 5/2003: 28. März 2003 • Thema: Jahrgangsübergreifendes Lernen
Die nächsten Sitzungen der Redaktion: 13. März und 3. April 2003 jeweils um 18 Uhr
in der Ahornstraße 5, unter dem Dach in Zimmer 47. Gäste sind erwünscht.

Zu viel ist zu viel!

Zum Schuljahr 2000/2001 wurde den LehrerInnen in Berlin zugemutet, eine Unterrichtsstunde pro Woche mehr zu geben. Als Begründung wurde der Vergleich mit der Ausstattung in Hamburg genannt. Trotz heftiger Proteste und breiter Gegenwehr blieb der CDU/SPD-Senat bei seiner bildungsfeindlichen Linie.

In der Zwischenzeit sind genauere Zahlen zum Vergleich Hamburg/Berlin bekannt geworden: Bei gleicher Versorgung der SchülerInnen müssten in Berlin 1.500 LehrerInnen mehr eingestellt werden! Es zeigt sich, dass Lügen zumeist schnell entlarvt werden. Schon im Jahre

2000 hätte danach die Arbeitszeit im Umfang von 300 Stellen gekürzt werden müssen, statt sie zu erhöhen. Seit dem Sommer 2002 sind die Reste der Altersermäßigung gestrichen worden. Klaus Böger, der die Altersermäßigung als „Trottelrabatt“ diffamierte, hält die Arbeitszeiterhöhung für ältere KollegInnen wahrscheinlich für einen notwendigen Beitrag, um die Zahl der Frühpensionierungen zu senken.

Seit dem 20.01.2003 ist die Zahl der Pflichtstunden für LehrerInnen noch einmal – zum Teil drastisch – erhöht worden. Ein sachliches Argument gibt es dafür nicht. „Pädagogisch verhängnisvoll, arbeitsmarktpolitisch völlig falsch“, so oder ähnlich lauten die Kommentare eben jener SenatorInnen, die diesen Unsinn beschlossen haben.

Eine Kollegin, die im August 2002 sechzig geworden ist und an einem Berliner Gymnasium oder OSZ unterrichtet, muss heute fünf Unterrichtsstunden mehr als noch vor drei Jahren erteilen! Für sie ist die Arbeitszeit in den letzten zweieinhalb Jahren um 24 Prozent gestiegen! Das ist wirklich unglaublich! Der Gipfel aber ist die Begrün-

dung: Um die Hausmeister, Verwaltungsangestellten, die ErzieherInnen und Feuerwehrleute zu einem „freiwilligen“ Verzicht auf erhebliche Teile ihres Gehaltes zu zwingen, sollen keine jungen LehrerInnen mehr eingestellt werden. Juristisch nennt man dieses Vorgehen „Erpressung“. Dies betrifft eine ganze Generation von SchülerInnen, die ein Recht darauf haben, nicht nur von ihren Großeltern unterrichtet zu werden. Ohne Altersmischung im Kollegium wird die Weiterentwicklung von Schule und Unterricht ad absurdum geführt.

STANDPUNKT



Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW BERLIN

Die GEW Berlin wird mit allen juristischen Mitteln gegen die aktuelle Arbeitszeitverlängerung vorgehen. Das ist die eine Seite. Die andere aber ist: Wer sich gesundheitlich nicht ruinieren will, wer seine Lebenskraft im Interesse der SchülerInnen erhalten und wer Arbeitslosigkeit und Armut der jungen KollegInnen verhindern will, die und der müssen jetzt aufstehen und diesem Senat Widerstand entgegensetzen. Es gibt kein individuelles „Entkommen“.

Alle betroffenen SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen gehören zusammen. Aber allen sollte klar sein: Es ist nicht mit einer einmaligen Aktion getan, wenn wir verhindern wollen, dass diese völlig unsoziale Politik Schule macht!

Ulrich Thöne

Heidi Bischoff-Pflanz ist im Ruhestand. Einst als Kämpferin gegen die Unvereinbarkeits-



schlüsse von der ÖTV ausgeschlossen, hatte sie in der GEW ihre neue gewerkschaftliche Heimat gefunden. Landesweit bekannt wurde Heidi als Fraktionsvorsitzende der Alternativen Liste im Abgeordnetenhaus und mit ihrem Engagement gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und gegen Abschiebungen. Als die AL ihr zu grün wurde, beendete sie den Ausflug in die Landespolitik und kehrte an ihren alten Arbeitsplatz zurück. Hier wurde Heidi auch mit den Stimmen der ÖTV zur Personalratsvorsitzenden gewählt und war starker Widerpart der wechselnden Amtsleitungen. Heidi hat jetzt mehr Zeit für ihre Datsche an der Irischen See. In der GEW und in den Anti-Rassismus-Initiativen wird sie sich aber weiterhin engagieren.

Christine Albert hatten wir in der blz 11/02 (Nur wenige kommen durch...) unterschlagen: von ihr stammt das Titelfoto. Wir bitten um Entschuldigung! Christine ist aber nicht nur Fotografin, sondern auch Autorin. Bereits in zweiter Auflage ist bei Luchterhand bzw. bei Beltz ihr Buch „Lernwerkstatt Kindergarten“ erschienen.

Wolfgang Wieland, ehemaliger Fraktionsvorsitzender von Bündnis90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus, ist bescheiden geworden. In einem taz-Interview gestand der ehemalige Maoist ein: „Aus der großen Sehnsucht sind kleine Anfragen geworden“. Wielands Trost: Dass die Weltrevolution nicht von Westberlin ausgegangen sei, habe nicht an ihm gelegen, sondern daran, dass 98 Prozent der Bevölkerung das nicht wollten. Der ehemalige Justizsenator im rot-grünen Übergangssenat kann sich

zwar auch ein Leben ohne Politik vorstellen, schließt aber nicht aus, dass er auf Bundesebene wieder aktiv wird.

Werner Langner wird 80 Jahre! Über seinen Werdegang und seine Erfahrungen berichtet er in unserem Interview auf Seite 28.

Christa Händle ist in den Ruhestand gegangen. Geboren vor 65 Jahren erlebte sie als Flüchtlingskind Bildung als Chance zu Integration und Emanzipation. Klar, dass sie Lehrerin wurde! Klar, dass sie weiterging und Bildungsforscherin wurde! In ihrer 36jährigen Tätigkeit am Max-Planck-Institut war Lehrkräftebildung ihr Hauptforschungsgebiet. Mehr Pädagogik und weniger Fachwissenschaft forderte sie schon vor Jahren. Mit ihren Forschungsprojekten erkundete sie die Schulrealität, nach der Wende besonders in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins. Daneben gestaltete sie in den siebziger Jahren die Gruppe „Mütter in der Wissenschaft“ mit und war Anfang der neunziger Jahre Leiterin des Referates Weiterbildung der GEW BERLIN.



Lothar Krappmann ist in den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes gewählt worden. Dieses Gremium prüft die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention; mit Krappmann ist erstmalig ein deutscher Vertreter dabei. Prof. Krappmann ist ein international anerkannter Forscher im Bereich Kinder/Kinderpolitik und hat als Vorsitzender der Sachverständigenkommission maßgeblich am 10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung mitgewirkt. Bis zu seiner Emeritierung im letzten Jahr hat er 25 Jahre am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin gearbeitet. Zur Zeit hat Krappmann einen Lehrauftrag an der FU Berlin.



Über eine halbe Million Menschen haben am 15. Februar in Berlin gegen den drohenden Krieg im Irak demonstriert. Die GEW BERLIN hatte ebenfalls zur Demonstration aufgerufen und zahlreiche Mitglieder haben sich beteiligt. In einer Presseerklärung zur Demonstration erklärte die GEW BERLIN, dass das Handeln der USA mit dem Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen nicht vereinbar sei, denn dort sei Krieg nur als Recht auf Selbstverteidigung erlaubt. Foto: transit

TU bei OsteuropäerInnen beliebt

An der Technischen Universität Berlin (TU) absolvierten im Wintersemester 2001/02 insgesamt 3.765 Studierende aus osteuropäischen Ländern ein Studium. Die TU Berlin ist damit Spitzenreiter. Insgesamt waren in Deutschland 41.699 Studierende aus Osteuropa eingeschrieben. Polen ist mit 8.827 Studierenden vertreten, aus der Russischen Föderation kamen 7.098, aus Bulgarien 6.954 Studierende. Damit liegt die Zahl der osteuropäischen Studierenden zum ersten Mal über der Zahl der Studierenden aus westeuropäischen Staaten. Von dort kamen lediglich 35.978 zum Studium nach Deutschland, meldete die Nachrichtenagentur dpa.

Lehramtsstudierende protestieren

Kritik an den Lehrangeboten für Lehramtsstudierende an der Humboldt-Universität (HU) und an der Technischen Universität (TU) haben Studierende der beiden Hochschulen

öffentlich gemacht. An der HU sammelte eine Initiative 200 Unterschriften gegen die schlechte Ausstattung, die es ihnen unmöglich mache, das Studium innerhalb der Regelstudienzeit abzuschließen. HU-Vizepräsident Elmar Tenorth hält dagegen das Lehrangebot für ausreichend. An der TU kritisieren Studierende vor allem die Situation in den Fächern Sozialkunde und Arbeitskunde, deren ohnehin schon knappe personelle Ausstattung weiter gekürzt werden soll. In Sozialkunde ist geplant, eine der bestehenden zwei Professorenstellen zu streichen. Die Lehramtsausbildung an den beiden Hochschulen war auch schon in der Vergangenheit mehrfach von Lehramtsstudierenden kritisiert worden.

Fachhochschule für Sozialarbeit wird größer

Die erst 1998 wegen Platzmangel von Schöneberg nach Hellersdorf umgesiedelte Alice-Salomon-Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpäda-

gogik hat schon wieder Raumprobleme. Dieses Mal wird jedoch nicht umgezogen, sondern ausgebaut: ein dreistöckiger Anbau mit vier Seminarräumen soll die bestehende Raumnot lindern. Die Fachhochschule hat inzwischen 1.300 Studierende. Benannt worden ist sie nach der Frauenrechtlerin und Sozialreformerin Alice Salomon (1872-1948), die 1908 in Schöneberg die erste soziale Frauenschule gegründet hatte.

Abschaffung der Lernmittelfreiheit

Im Schnitt 186 Euro pro Schuljahr und Kind müssen Eltern von der ersten Klasse bis zum Abitur aufbringen, wenn die geplante Abschaffung der Lernmittelfreiheit umgesetzt wird. Das geht in der ersten Klasse los mit rund 45 Euro und steigert sich bis 293 Euro in der siebten und 341 Euro in der elften Klasse. Mögliche Minderungen durch den Weiterverkauf der Schulbücher blieben bei diesen Berechnungen der Senatsbildungsverwal-

tung unberücksichtigt. Dort geht man aber davon aus, dass die endgültigen Beträge eher niedriger liegen, weil oft statt mit einem Schulbuch mit Kopien gearbeitet werde. Sozialhilfeempfänger und Bezieher von Wohngeld sollen mit Schulbücher-Gutscheinen unterstützt werden, die die Schulen gegen Vorlage der Bescheinigung ausgeben.

Schule mit beschränkter Haftung

Unter dieser Überschrift berichtete die taz über eine Auseinandersetzung um die British International School Berlin (BISB) in Spandau. Eine ehemalige Lehrerin der Schule hat in einem Brief an die Eltern schwere Vorwürfe gegen die Schule erhoben: Die Unterrichtsleistungen seien katastrophal, teilweise sei die Hälfte der Schüler einer Klasse durch die extern von den britischen Behörden bewerteten Abschlussprüfungen gefallen. Die Schule bestreitet die Vorwürfe und hat ein Gerichtsverfahren gegen ihre ehemalige Lehrerin eingeleitet. Die seit fünf Jahren bestehende Privatschule hat rund 230 SchülerInnen, viele davon aus Diplomatenfamilien. Die Schulgebühren betragen bis zu 8.000 Euro pro Jahr. Die BISB gehört zum britischen Erziehungskonzern Nord Anglia, der an der Londoner Börse notiert ist und außer in England vor allem im osteuropäischen Raum expandiere, berichtet die taz weiter in ihrem Artikel.

Europäischer PädagogInnen-Friedenskongress

Vom 30. Juni bis 4. Juli findet in Hamburg unter dem Motto „Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich!“ der 4. Europäische PädagogInnen-Friedenskongress statt. Veranstaltet wird der Kongress unter anderem gemeinsam vom GEW-Hauptvorstand und dem Landesverband Hamburg. Interessenten können weitere Informationen unter horst.bethge@t-online.de erhalten.

Tarifflicht – Berlin kein Vorbild für die Republik

Der rot-rote Senat demontiert mit seiner Aktion den Sozialstaat.

Unerwartet rasch hatten sich Anfang Januar in Potsdam die Tarifpartner im Öffentlichen Dienst auf einen neuen Tarifvertrag geeinigt. Daraufhin traf der Berliner SPD/PDS-Senat in einer Nacht- und Nebelaktion am 6. Januar 2003 panikartig die Entscheidung, die Arbeitgeberverbände zum 8.1.03 zu verlassen. Auf keinen Fall wollten SPD und PDS in Berlin das in Potsdam ausgehandelte Tarifergebnis übernehmen. Der Regierende Bürgermeister erklärte am 16.01. dazu: „...in Berlin vollzieht sich beispielhaft ein Wandel, der die ganze Republik betrifft.“ In der Tat, einen so dreisten Akt der Tarifflicht hat es in der Bundesrepublik bisher noch nicht gegeben. Ausgerechnet der SPD/PDS-Senat – und nicht etwa eine Koalition aus Merz (CDU) und Westerwelle (FDP) z.B. – schlägt mit der Keule nach einem Eckpfeiler des Sozialstaates, dem Flächentarifvertrag. „Für den Verzicht auf Gehaltszuwächse in den nächsten Jahren sowie auf Urlaubsgeld und Teile des Weihnachtsgeldes bieten wir etwas an, was kein privater Arbeitgeber anbieten kann: nämlich einen sicheren Arbeitsplatz. Und wir bieten eine Verkürzung der Arbeitszeit an.“ (Wowereit; 16.01.03)

Im Klartext heißt das:

- Die Berliner Beschäftigten sollen für vier Jahre auf Einkommenszuwächse verzichten. Im Vergleich zum Bundesgebiet sinkt das Vergütungsniveau um 8 bis 12 Prozent bis zum Jahre 2007. Dafür soll es dauerhaft keinen Ausgleich geben. Die vom Senat angestrebte Kürzung führt damit zu einer lebenslangen Absenkung des Einkommens und zu einer empfindlichen Kürzung der Rente.

- Zusätzlich soll für die Jahre 2003 bis 2005 das Urlaubsgeld vollständig wegfallen und das Weihnachtsgeld ab der Vergütungsgruppe VII „sozial gestaffelt“ so gekürzt werden, dass in der Gesamtsumme mindestens die Hälfte eingespart wird. Das entspricht einer weiteren Lohnkürzung um 4 bis 6 Prozent!

- Im Gegenzug will der Senat auf betriebsbedingte Kündigungen bis zum Jahr 2006 verzichten. Außerdem soll die Arbeitszeit für MitarbeiterInnen aus dem Osten der Stadt von 40 Stunden auf 38,5 Stunden abgesenkt werden. Weitere „Arbeitszeitvergünstigungen“ werden in Aussicht gestellt.

- Eine Arbeitszeitverkürzung für LehrerInnen, ErzieherInnen, Justizvollzugsangestellte ist allerdings nicht vorgesehen. Für die angestellten LehrerInnen (knapp 20 Prozent aller LehrerInnen) soll aber die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung zurückgenommen werden.

Der SPD/PDS-Senat geht neue Wege. „Am Anfang steht der Mut zur Wahrheit. Der Mut, die Probleme beim Namen zu nennen. Und der Mut, auch harte Konflikte nicht zu scheuen.“ (Wowereit; 16.1.03) Jawohl, Mut hat der Senat, wenn es um die Einkommen von Krankenschwestern, ErzieherInnen, Verwaltungsangestellten, Polizisten oder LehrerInnen geht. Hier kennt er weder moralische Skrupel noch wirtschaftliche Vernunft. Aber alle haben sehen können, wie mutig sich dieser Senat mit den Reichen und Vermögenden dieser Gesellschaft anlegt. In der Debatte um die Vermögensteuer z.B. geht es für Berlin immerhin um über 200 Mio. Euro jährlich! Der Senat hat tagelang härtestens mit sich ge-

rungen und sich wirklich der Forderung nach der Wiedereinführung angeschlossen. Erstaunlich! Aber nach dem „Basta!“ von Kanzler Schröder hat er genauso rasch wie mutig sein Fähnchen wieder eingekrollt und sich gefreut, dass Gabriel aus Niedersachsen und Beck aus Rheinland-Pfalz die öffentliche Schelte verpasst bekamen.

„Solidarität ist heute vor allem eine Frage des Ausgleichs zwischen Arbeitsplatzbesitzern und denen, die keinen Job haben.“ (Wowereit; 16.01.03)

Es geht nicht mehr um eine soziale Gesellschaft, um eine gemeinsame Anstrengung aller, nein, der soziale Ausgleich wird nahezu vollständig zu einem Problem der ArbeitnehmerInnen untereinander gemacht. Kein Wort davon, dass es in dieser Republik über 21.000 Einkommensmillionäre (noch in Mark gerechnet) gibt. Kein Wort davon, dass im Jahre 1999 die Hälfte von ihnen „Verluste“ (!) von 3,7 Mrd. Mark beim Finanzamt angemeldet hatten und 812 Mio. Mark als Rückerstattung erhielten!

Das Geld ist nicht weg, es ist aber auch nicht an den Stellen, wo es für den Wirtschaftskreislauf nachfragewirksam eingesetzt wird. Jeder Cent, der den ArbeitnehmerInnen und ihren Familien genommen wird, verringert die Binnenfrage und erhöht die herumvagabundierende Finanzspekulation mit all ihren negativen Folgen.

Dass ausgerechnet Berlin und ausgerechnet nach dem Fiasko des Bankenskandals vorbildhaft an dieser Schraube der Umverteilung weiter drehen will, kann nicht mehr nur mit Ahnungslosigkeit, Oberflächlichkeit und zuviel Partys erklärt werden. Nein, dieser Senat macht sich zu einer

Speerspitze des Angriffs auf den Sozialstaat.

„Gerade an die Adresse der Lehrerinnen und Lehrer sage ich noch einmal ganz deutlich: Ich weiß, dass die beschlossene Arbeitszeiterhöhung auf ihre Knochen geht und dass sie alles andere als arbeitsmarktpolitisch sinnvoll ist. Das Ziel des Senats bleibt eine Verkürzung der Arbeitszeit (hat er wirklich gesagt! U.T.). Zugleich steht fest: Die Verlängerung der Arbeitszeit war keine Willkür, sondern eine Notmaßnahme, die wir für den Fall angekündigt hatten, dass es zu keiner Verständigung über einen Solidarpakt kommt.“ (Wowereit; 16.01.03) Die LehrerInnen werden als Geiseln für den freiwilligen Einkommensverzicht von Politessen, Kfz-Schlossern im Polizeireparaturdienst, Pförtnern bei der Senatsverwaltung und Hausmeistern in den öffentlichen Einrichtungen genommen. Die ArbeitnehmerInnen so aufeinander zu hetzen hat sich bisher noch niemand getraut. Das ist wirklich neu! Aber gerade deshalb wird es Zeit, dass wir alle gemeinsam dagegen halten. Denn: diesen „beispielhaften Wandel“ wollen wir nicht!

Ulrich Thöne

Ein Flächentarifvertrag...

...wird zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften abgeschlossen für Regionen oder das gesamte Land und legt Mindeststandards fest. Durch diese Festschreibung von Mindestlöhnen und anderen Arbeitsbedingungen wird gesichert, dass in Deutschlands Regionen in etwa gleiche Lebensverhältnisse herrschen. Die Weltbank hat im Februar eine Untersuchung veröffentlicht, die feststellt, dass Länder mit starken Gewerkschaften und Flächentarifen nicht nur für Arbeitnehmer günstig sind, sondern auch für die Wirtschaft insgesamt.



Foto: Michael Seifert

Wohin mit den 5-jährigen?

Kita oder Vorschule

Die neue Schuleingangsphase in der Berliner Grundschule

In 1998 begann mit der Veröffentlichung des Reformprogramms „Grundschule 2000“ die erneute Diskussion über einen veränderten Schulanfang. Als Schuleingangsphase wurde die Einheit aus Vorklasse, 1. und 2. Klasse bezeichnet. Übergänge in dieser Einheit sollten fließend gestaltet werden, ein individuell kürzeres oder längeres Verweilen dem einzelnen Kind einen kindgerechteren Start ins Schulleben ermöglichen. Einige Schulen reagierten auf diesen Entwurf mit der Umgestaltung ihres Schulanfangs. Die ersten JÜL-Klassen (jahrgangsübergreifende Lerngruppen) wurden aus Vorklasse, 1. u. 2. Klasse gebildet. Andere Schulen erweiterten ihre z.T. seit 20 Jahren bestehenden Eingangsstufen um ein weiteres Jahr bis Ende des 2. Schuljahres. (In den

Eingangsstufen bilden VorklassenleiterInnen und LehrerInnen ein Team, das die Lerngruppe von ca. 28 Kindern von der Vorklasse bis zum Ende der 1. Klasse gemeinsam unterrichtet).

Den jetzt überarbeiteten Schulgesetzentwurf vom 10. Dezember 2002 lehnen viele VorklassenleiterInnen und LehrerInnen ab, da er die Abschaffung der Vorklassen an der Berliner Grundschule bedeutet und die eingangs bezeichneten Modelle in der pädagogischen Versenkung verschwinden lässt, ohne ihre Wirksamkeit zu evaluieren bzw. die positiven Ergebnisse der Eingangsstufen in die neue Schulanfangsphase zu übernehmen.

Die pädagogische Vielfalt, die der einzelnen Schule die Möglichkeit

gab, sich auf ihren Einschulungsbezirk und den jeweiligen soziokulturellen Hintergrund zu beziehen, wird der klaren Schnittstelle Kita / Schule geopfert. Mit dem neuen Schulgesetz findet vorschulisches Lernen nur noch in den Kindertagesstätten bzw. für Kinder aus sozial schwachen Familien zu Hause statt, da kein Betreuungsanspruch besteht und sich die Eltern die Beiträge nicht leisten können!.

Das schulische Lernen beginnt dann mit dem Schuleintritt, wobei das Einschulungsalter auf 5,6 Jahre herabgesetzt wird (auf Antrag der Eltern noch früher). Zurückstellungen aus pädagogischen Gründen sind nicht mehr vorgesehen.

Doris Fischer

E.O.Plauen Grundschule (4.G.) Kreuzberg

Die Schulanfangsphase

Welche Chancen stecken in der geplanten Neukonzeption?

Ich habe grundsätzlich kein Problem mit der Reform des Schulanfangs, wie sie im Reformkonzept „Grundschule 2000“ 1998 angekündigt wurde. Unsere Berliner „Sonderangebote für 5jährige“ (Vorklasse, Vorschulgruppe, Eingangsstufe, jahrgangsgemischte Gruppe) haben nicht nur Vorteile. Durch meine jahrzehntelange Erfahrung bei der Beratung von einzelnen Eltern bzw. Kitagruppen zum Übergang in die Schule kenne ich auch die Schattenseiten. Die schulischen Angebote erfreuen sich zwar großer Beliebtheit bei Eltern, doch wenn sie berufstätig und auf ganztägige Betreuung angewiesen sind, haben sie gar keine Wahl. 5jährige schickt man noch nicht alleine zwischen Schule und Kita hin und her, weswegen die sogenannte Doppelbetreuung – Vorklasse in der Schule plus Hort in der Kita – nur für zurückgestellte Kinder möglich war. Im Westteil der Stadt haben nur ganz wenige Schulen zusätzliche Betreuungsangebote und die Plätze reichen nie für alle Interessenten. Die Vorklasse oder Eingangsstufe ist kein Wahlangebot für berufstätige Eltern – trotzdem spukt die Frage „Was ist besser?“ immer durch die Köpfe der Eltern. Wer auf den Betreuungsplatz angewiesen ist, kann den Fragen gar nicht offen nachgehen. Obwohl nach meiner Überzeugung die Qualität von der pädagogischen Arbeit der Erzieherin oder VorklassenleiterIn in der einzelnen Einrichtung abhängt, haben viele Kita-Eltern den Eindruck, nur die 2. Wahl zu bekommen. Wer keinen Hortplatz braucht, versucht einen Platz in einer der wenigen Eingangsstufen zu bekommen, weil dort die Frequenzen bis zum Ende der 1. Klasse noch günstiger sind. Aber eine Vorklasse muss es wenigstens sein. Schließlich ist die halbtägige Betreuung in der Vorschule auch noch kostenfrei im Gegensatz zur Kita. Über die Vorklasse ist die Chance

an eine „Wunschschule“ zu kommen immer etwas größer, als bei der ersten Klasse. Ist man einmal drin, ist der Platz so gut wie sicher. Man kann Ausschau halten, welche LehrerInnen die ersten Klassen übernehmen werden. Man kann in den schulischen Gremien mitmischen und darauf achten, dass Gruppen beim Übergang in die 1. Klasse zusammenbleiben. Für Kinder mit Behinderungen ist der Weg über die Vorklasse fast unumgänglich, obwohl es – anders als in der Kita – keine zusätzliche Förderung gibt. Bei der Bildung der Klassen werden Vorklassen mit den Kita-Kindern und den Kindern, die aus Miniclubs, Tages- oder Großpflegegruppen kommen, aufgefüllt. Die 1. Klasse hat in jedem Fall – außer bei den Eingangsstufen – eine neue Zusammensetzung und neue Bezugspersonen. Die Vorklassenkinder haben in der Regel bei diesem Übergang wieder die Nase vorn gegenüber den Kita-Kindern.

Die Zusammenarbeit von Kita und Schule hat in Berlin keine gute Tradition. Es ist auch schwer, in Großstädten mit vielfältigem Angebot im Elementarbereich die Kinder beim Übergang konkret

zu begleiten. Mit der Vorschule hat man in Berlin eine andere Lösung für die Hälfte der Kinder gewählt. Sie bekommen ein Jahr Zeit, sich an die Schule zu gewöhnen. Was aber ist mit der anderen Hälfte? In den anderen Bundesländern sind gerade in Bezug auf die Kooperation zwischen Kindergarten und Schule beim Übergang weit mehr Konzepte entwickelt worden, weil es dieses Eingewöhnungsjahr nicht gibt. Die Schulanfangsphase soll die wichtigen Elemente der Vorklassenarbeit aufnehmen, aber sie ersetzt nicht die Zusammenarbeit von ErzieherInnen, Eltern und LehrerInnen. Es wird aber den Kontakt erleichtern, wenn es die Konkurrenz um die

Kinder bei sinkenden Schülerzahlen und die an die Institution geknüpfte irriige Frage nicht mehr gibt: „Was ist besser – die Vorschulklasse oder die Vorschulgruppe?“

Was ursprünglich einmal in den 70er Jahren als gleiches Förderangebot für alle Kinder mit gleichem Rahmenplan und gleicher Zusatzausbildung für ErzieherInnen ein-

SOLANGE ES KEINE SCHULPFLICHT FÜR DIE 5JÄHRIGEN GIBT, WÜRDEN ES BEI DER ANGEBOTSVIELFALT BLEIBEN, AUS DER ELTERN NUR SCHEINBAR AUSWÄHLEN KÖNNEN.

gerichtet wurde, ist nicht mehr so leicht zu vergleichen. Die Zusatzausbildung gibt es schon lange nicht mehr. In der Kita hat sich überwiegend das Konzept der altersgemischten Gruppen durchgesetzt. Die Förderung der 5jährigen findet nur noch partiell in altershomogenen Gruppen statt. Die VorschulerzieherInnen arbeiten fast ausschließlich integriert, während die VorklassenleiterInnen noch in ihren geschlossenen Gruppen arbeiten. Jahrgangübergreifendes Lernen und damit auch neue Kooperationsformen unter den PädagogInnen hat im Schulbereich außer an den beiden Reformschulen Peter-Petersen und Clara-Grunwald-Grundschule erst durch den GEW-Schulversuch „Jahrgangübergreifende Lerngruppen“ (JÜL) Einzug gehalten. Die Arbeitsbedingungen der VorklassenleiterInnen und der VorschulerzieherInnen waren von Anfang in der Kita ungünstiger. Einen Hintergedanken hatten die damals verantwortlichen Schulpolitiker der FDP: Sie wollten die Schulpflicht der 5jährigen in der Bundesrepublik durchsetzen. Dann wäre die Schnittstelle wieder klar. Die schulpflichtigen Kinder werden in der Schule gefördert. Davor ist die Kita zuständig. Das ist damals nicht gelungen, weil es dazu einer bundeseinheitlichen Regelung bedarf. →

DIE ZUSAMMENARBEIT VON KITA UND SCHULE HAT IN BERLIN KEINE GUTE TRADITION.

Wohin mit den 5-jährigen?

→ Man kann aber nach PISA wieder darüber nachdenken. Doch die Länderinteressen sind auch heute noch unterschiedlich und solange es keine Neuregelung auf Bundes-

ES MUSS EIN SOLIDER ZEITRAHMEN VORGELEGT WERDEN, DER DIE NOTWENDIGEN KONZEPTIONELLEN UND ORGANISATORISCHEN VORAUSSETZUNGEN UND DEN FORTBILDUNGSBEDARF SICHERT.

ebene gibt, bleibt in Berlin nur das Jonglieren mit dem Einschulungsdatum. Solange es keine Schulpflicht für die 5jährigen gibt,

würde es bei der Angebotsvielfalt bleiben, aus der Eltern nur scheinbar auswählen können.

Durch den Ruf nach mehr Ganztagschulen und die angekündigte Initiative der Bundesregierung für den Ausbau von Ganztagschulen

sieht z.Z. so aus, dass die Hälfte der 5jährigen zur Schule gehen wird und die andere Hälfte in der Kita bleibt.

Generell muss gesagt werden, dass die Veränderungen bzw. Substanzverluste für den Kitabereich weit einschneidender sind als für den Schulbereich. Die Schule „verliert“ die Hälfte eines halben Jahrgangs und „gewinnt“ am Ende die ganztägige Betreuung der Grundschulkinde. Im Kitabereich steht nicht nur die Gebührenerhöhung und die Privatisierung auf der Tagesordnung, sondern er „verliert“ die Hortkinder und „gewinnt“ allenfalls ein paar Prozent der 5jährigen.

Bei der weiteren Diskussion über eine reformierte Schulanfangsphase sollten die folgenden Punkte berücksichtigt werden.

Begleiteter Übergang:

Es soll keine Zurückstellungen mehr geben und eine Verweildauer

von einem bis drei Jahren in der Schulanfangsphase, wobei der Schwerpunkt auf zwei Jahren liegen soll. Das würde Eltern und Kindern sehr viel Druck wegnehmen. Ich

habe nur Erleichterung und positive Resonanz von Eltern erfahren, denen ich sagen konnte, dass sie zukünftig solche schwierigen Entscheidungen über die mögliche Entwicklung ihres Kindes nicht mehr treffen müssen, sondern dass es in der Schulanfangsphase die Zeit und die Förderung für sei-

sammenarbeit von Elementarbereich und Schulanfangsphase/Sprachstandserhebung nach der Einschulung durch die KlassenlehrerInnen/Feststellung des besonderen Förderbedarfs im Sinne der Kind-Umfeld-Diagnose.

Personal:

- LehrerInnen, VorklassenleiterInnen bzw. sozialpädagogische Fachkräfte und SonderpädagogInnen arbeiten nach einem gemeinsamen Konzept

- Fortbildungsprogramm für LehrerInnen und sozialpädagogische Fachkräfte

- LehrerInnen- und ErzieherInnenausbildung für die Schulanfangsphase

Konzept:

- Zusammenarbeit mit Eltern und ErzieherInnen des Elementarbereichs

- Förderung von Kindern mit Behinderungen

- DaZ-Förderung

- Präventive Sprach- und Leseförderung (LRS)

- Individualisierung und soziales Lernen

Rahmenbedingungen:

Die Mittel aus Vorklassen, Diagnoseförderklassen und der gemeinsamen Erziehung der Schule bzw. der Integration in der Kita gehen in diese Phase, zuzüglich der Ausstattung für die verlässliche Halbtagschule. Für die heterogenen Lerngruppen der Schulanfangsphase ist ein Zwei-Pädagogen-System notwendig.

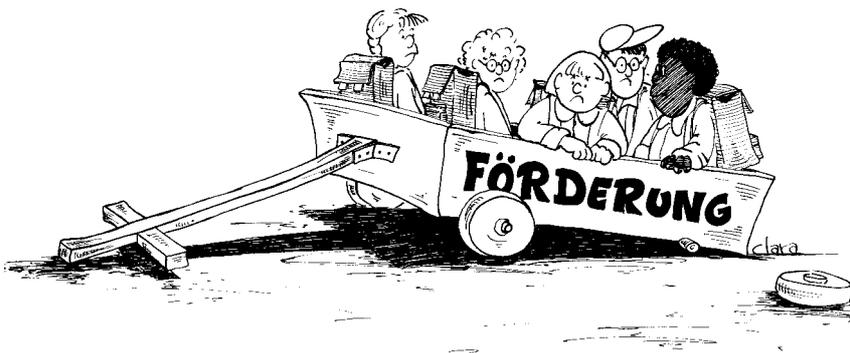
Es muss ein solider Zeitrahmen vorgelegt werden, der die notwendigen Voraussetzungen und den Fortbildungsbedarf sichert.

Es stecken natürlich noch unzählige Detailfragen in dem Thema.

Die Mitarbeit in unserer AG veränderter Schulanfang steht allen offen, die an der Position der GEW dazu mitarbeiten wollen. Vor allem LehrerInnen sind da gefragt, denn sie werden dieses Konzept gemeinsam mit den VorklassenleiterInnen entwickeln.

Die GEW wird dazu am 13./14. Juni 2003 gemeinsam mit der Senatsbildungsverwaltung eine Veranstaltung zur Schulanfangsphase durchführen.

Monika Rebitzki, Referat C



sind die Pläne zur Schulanfangsphase noch einmal in Bewegung geraten. Im November verlautete, dass nun geplant ist, die Schulkinde in der Schule zu betreuen und dafür schrittweise die Voraussetzungen mit Bundesmitteln zu schaffen. Das bedeutet, dass den Kitas die Hortkinder verloren gehen. Diejenigen die das Konzept der großen Altersmischung gewählt und geschätzt haben, sind darüber nicht glücklich.

Wenn die Grundschule verlässliche Halbtagschule bzw. Ganztagschule wird, macht es Sinn, sich für alle Schulkinde verantwortlich zu fühlen und das Schuleintrittsalter neu zu definieren. Der Kompromiss, der zwischen Jugend- und Schulbereich dabei gefunden werden muss,

FÜR DIE HETEROGENEN LERNGRUPPEN DER SCHULANFANGSPHASE IST EIN ZWEI-PÄDAGOGEN-SYSTEM NOTWENDIG.

ne Entwicklung bekommt – auch wenn sie es vorzeitig angemeldet haben. Für diese Flexibilisierung ist die jahrgangsübergreifende Lernorganisation am idealsten. Unser GEW-Schulversuch „JÜL“ hat geeignete Schritte auf dem Weg dahin gezeigt: Verbindliche Zu-

Senat ohne Konzept

Auf einer GEW-Veranstaltung zum veränderten Schulanfang hatte Staatssekretär Thomas Härtel wenig zu sagen.

Zu den Rahmenbedingungen der veränderten Schulanfangsphase

Wann wird die Schulpflicht beginnen?	31. Dezember
Bis zu welchem Altern können Kinder auf Antrag eingeschult werden?	31. März
Was spricht für die geplante Terminierung?	organisatorisch-räumliche Gründe
Welche Kostenbeteiligung ist für das Vorschuljahr geplant?	Keine Äußerungen
Welche personellen und Frequenzrahmenbedingungen bekommt die Schulanfangsphase?	Keine Äußerungen
Welchen Zeitrahmen hat die Senatsverwaltung für die Umsetzung der Reform eingeplant?	Beginn der neuen Schulanfangsphase nicht vor Schuljahr 2004. Die Umsetzung des gesamten Konzepts einschließlich der Entwicklung der Ganztagschule wird 4-6 Jahre dauern.

Zum Konzept

Welches pädagogische Konzept gibt es für die Schulanfangsphase?	Das Konzept wird z.Z. erarbeitet. Hintergrund ist die flexible Schulanfangsphase im Grundschulreformprogramm „Grundschule 2000“; es wird keine Zurückstellungen mehr geben. Die Phase kann in 1-3 Jahren durchlaufen werden. Es wird ein entsprechendes Fortbildungsangebot geben. Einfluss auf Konzeptentwicklung ist erwünscht.
Welche konzeptionellen Veränderungen sind für die Kita geplant?	Das Bildungsprogramm wird im Februar vorgelegt. Im Kitabereich werden sofort 2.200 Fortbildungsplätze angeboten. Einfluss auf Konzeptentwicklung ist erwünscht.
Wie ist der Übergang vom Kitabereich zur Schulanfangsphase konzeptionell vorgesehen?	Keine Äußerungen
Wie soll erreicht werden, dass Kinder, die bisher die Vorschule und Kinder, die gar keine Einrichtung besucht haben, in der Kita „ankommen“?	Keine Äußerungen
Wie werden die Erfahrungen und Konzepte von Verzahnung bzw. jahrgangsübergreifendem Lernen von Vorklasse und 1. Klasse bzw. Vorklasse bis 2. Klasse (Eingangsstufen, Schulversuche JÜL und Schulanfangsphase) genutzt?	Die Erfahrungen sollen in das Konzept eingebracht werden
Bleiben die besonderen Formen an der Schule?	Keine Äußerungen

Zur Personalsituation

Können alle VorklassenleiterInnen in der Schule verbleiben?	ja
Wird es Umsetzungen innerhalb der Schulen Berlins geben?	ja
Welche Tätigkeitsbeschreibungen wird es für VorklassenleiterInnen zukünftig geben?	Keine Äußerungen
Welche Folgen für die Eingruppierung und die Arbeitszeit sind zu erwarten?	BAT 5c

Zusammengestellt von Monika Rebitzki

Wohin mit den 5-jährigen?

Chance für eine Neuorientierung

Eine Diskussion über ein Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung ist nötig und nicht eine Diskussion darüber, wer die bessere Vorschularbeit leistet.



Wer bietet die besten Voraussetzungen?

Foto: privat

Wie für die Kinder der Eintritt in die Schule gestaltet wird, hängt direkt mit der Institution zusammen, in der sie ihr Jahr vor der Einschulung verbringen. Die Wahl der Institution durch die Eltern hat in den wenigsten Fällen etwas mit angestrebter Qualität zu tun, sondern mit der konkreten Notwendigkeit, Beruf und die Erziehung und Bildung des Kindes miteinander verknüpfen zu können. Es besteht eine hohe Differenz zwischen den Vorschulgruppen in der Kita, den Vorklassen in der Schule, den Eltern-Kinder-Gruppen, ohne dass damit auch eine unterschiedliche

Qualität benannt werden könnte. Es gibt für diese unterschiedlichen Institutionen weder verbindliche Curricula noch vergleichbare Qualitätsstandards, auch der alltägliche Zeitrahmen unterscheidet sich. Es ist für den zukünftigen Leistungsweg der Kinder von erheblicher Bedeutung, ob sie aus einer Eltern-Kinder-Gruppe mit hohem Engagement (auch finanzieller Art) der Eltern und Erzieher kommen (für diese Eltern wäre zum Beispiel Mitwirkung in der Grundschule und Kooperation mit der Lehrerin selbstverständlich) oder ob sie aus einer Vorschule des Kindergartens mit völlig unterschiedlichen Konzepten von Si-

tuationsansatz, altersgemischten Gruppen oder sogenannter offener Arbeit mit stundenweiser „Vorschularbeit“ kommen oder ob sie den Vormittag in der kostenlosen Vorklasse lernen. Diese Unterschiede werden nicht aufgezeigt, weil eine andere oder bessere Qualität damit verbunden wäre, sondern zunächst geht es ausschließlich darum, die qualitative Vorbereitung der Kinder auf die Schule als höchst zufällig, ungleich und wahrscheinlich auch ungerecht zu benennen. Die Lernchancen für die Kinder werden hier nicht nur bei Migrantenkindern vermindert.

Ein Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung würde endlich dazu führen, die traditionellen Vorurteile zwischen Ju-

**EINE ENGERE KOOPERATION ZWISCHEN KITA UND SCHULE
WIRD AUCH DIE AUSBILDUNG ANGLEICHEN.**

gendhilfe und Schule aufzubrechen. Beide Bildungsträger werden den Kindern zuliebe miteinander Kooperation lernen müssen und dabei erkennen, wie weit die allgemeinen Aufgaben beider Institutionen mittlerweile miteinander übereinstimmen. Schule wie Kindertagesstätte entwickeln bereits heute Zielvorstellungen, die sich auf die gleichen Schlüsselqualifikationen oder Basiskompetenzen der Kinder beziehen. Zum Wohle der Kinder müssen sie verzahnt werden. Dazu gehören auch formelle Kooperationsverträge, konkrete verbindliche Absprachen, gemeinsame Planung und Organisation. Es kann nicht sein,

dass Kinder aufgrund von persönlichem, fast schon privaten Kooperationsbemühungen zwischen Grundschullehrerinnen und Erzieherinnen einen Schulstart haben, der ihnen Sicherheit bietet und ihre Neugier erhält, und andere Kinder in die Schule eingeschult werden, ohne je vorher Kontakt zu ihr gehabt zu haben.

Eine engere Kooperation zwischen ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen wird auch zu einer Angleichung der Ausbildung beider Berufe führen (wie in Europa normal). Im Kindergarten nur für Spiel und Betreuung zuständig zu sein und nachmittags im Hort für Hausaufgaben und Freizeitaktivität entspricht nicht mehr der Realität des beruflichen Alltags einer Erzieherin. Ebenso ist der berufliche Alltag einer Grundschullehrerin wesentlich mehr durch Erziehung und Betreuung einzelner Kinder gekennzeichnet. Die bisherige Ausbildung einer Erzieherin lässt eine qualitative Umsetzung eines mit der Schule abgestimmten Bildungskonzeptes kaum zu. Diese Ausbildung wird zur Zeit grundlegend neu gestaltet. Ein bildungspolitisches Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung

der Kinder zwischen fünf und zehn Jahren hätte die Chance, in die neue Ausbildungsordnung mit aufgenommen zu werden.

Nicht nur die Schuleingangsphase der Kinder ist von Chancenungleichheit gekennzeichnet, sondern auch der Nachmittag der Kinder. Einige Kinder gehen in den Schülerladen, eine kleine Kindergruppe und erfahren eine individuelle Ansprache. Andere Kinder gehen manchmal fast als Klassenverband in den Hort an der Schule und wechseln dabei nur die Betreuungsperson. Wieder andere Kinder gehen in den Hort der Kindertagesstätte und treffen dort

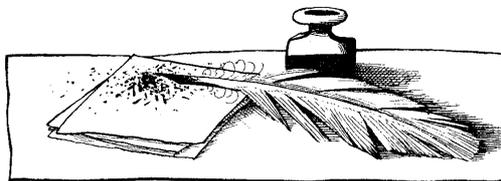
Wohin mit den 5-jährigen?

auf Kinder aus anderen Klassen und Schulen in großen Gruppen und kleinen Räumen. Wiederum andere Kinder sind stundenweise in Schülerclubs der Grundschule in Betreuung oder in Schularbeits-hilfen. Einige Kinder vertreiben sich die Zeit im Kaufhaus, andere wiederum gehen nach Hause, wärmen sich Essen auf und warten während sie fernsehen auf die Eltern. Eine Umorganisation aller Horte an die Schulen wäre der notwendige Beginn einer fruchtbaren Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule. Sie würde zu einer größeren Gerechtigkeit für die Kinder führen und langfristig eine Annäherung an das Ganztags-schulsystem in Europa bringen.

Die Bildungsgewerkschaft muss sofort eine Kommission fordern oder selber einberufen, die Konzepte für ein Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung in der Primarstufe entwickelt. Es muss zwischen kurzfristigen Zielen, z.B. Kooperationsverträge, mittelfristigen Überlegungen, z.B. Erarbeiten von gemeinsamen Curricula, und langfristigen Umsetzungen und Zielen, wie etwa die Errichtung eines Ganztagsbil-dungssystem für den Primarbereich unterschieden werden. Klagen, Vorwürfe, Besserwisseri, wer die bessere Vorschularbeit leistet, sollten aus einer Bildungsdis-kussion zumindest in der GEW verschwinden. Ergebnisse der Sprachstandsmessungen oder die von PISA sind von allen zu verant-worten und wahrlich kein Ruhmesblatt.

Die GEW muss sich wesentlich of-fensiver der Diskussion einer ver-änderten Lehrerbildung und zeitli-chen Beschäftigung im Primarbereich stellen. Kooperationen mit europäischen Nachbarn sind da-bei hilfreich und machen neugierig und außerdem noch Spaß. Selbst die Bildungspolitik ist manchmal weiter als man zu hof-fen wagt: Es gibt eine ausführliche Stellungnahme der Arbeitsgruppe Jugendhilfe und Schule der Ju-gendministerkonferenz und der Kultusministerkonferenz vom 29. April 2002 zu dem konkreten Ver-hältnis von Jugendhilfe und Schu-le, veröffentlicht in dem Forum Jugendhilfe, Heft 4, 2002 von der Arbeitsgemeinschaft für Jugend-hilfe (AGJ). *Barbara Schmitt-Wenkebach*

Im Folgenden drucken wir eine Auswahl der Beiträge ab, die uns zu dem Thema „Verlagerung der Vorklassen aus den Schulen in die Kitas“ erreichten. Die Beiträge wurden gekürzt, damit möglichst viele der Beteiligten zu Wort kommen.



Wohin soll mein Kind?



Margit Rosenberg

Wann soll mein Kind in die Schule? Vielleicht vorzeitig? Soll es vorher in die Vorklasse oder lasse ich es in der Kita? Wird es denn in der Kita auch genug lernen, wenn es da nicht einmal eine Vorschul-gruppe gibt? Solche und ähnliche Fragen bewegen die Eltern der Kinder, die kurz vor dem Eintritt in die Schule sind. Schließlich möchten sie nur das Beste für ihr Kind. In einer angehenden Wis-sensgesellschaft, in der die Men-schen ständig miteinander konkurrieren, möchten sie den „Bil-dungsstart“ ihrer Kinder einfach nicht verpassen.

„Richtig! Einen Bildungsstart, den brauchen sie und den bekommen sie mit dem Eintritt in die Vorklas-se“, werden die VorklassenleiterIn-nen meinen. „Wir werden mit den Kindern den Vorschul-Rahmen-plan umsetzen, ihnen mathemati-sche Vorkenntnisse vermitteln, die Sprache fördern, die Feinmo-torik mit Schwungübungen för-dern, ihr Allgemeinwissen erwei-tern und nicht zuletzt ihre Kreati-vität fördern. So gezielt kann das keine Kita leisten, da ihnen die Er-fahrungen und Vor- und Nachbe-reitungszeiten fehlen.“

Sicher haben VorklassenleiterIn-nen gute Arbeit geleistet und lei-sten sie immer noch und natürlich wäre es phantastisch, wenn die Er-zieherinnen in den Kitas Vor- und Nachbereitungszeiten hätten, aber es geht hier nicht darum, wer die besseren Fachleute wären, son-dern hier geht es einzig und allein um die Frage: Wann beginnt Bil-dung, was umfasst sie und was ist für das Kind das Beste.

Anne Heck, Diplompsychologin

und Wissenschaftlerin auf dem Gebiet der Kleinkindpädagogik, hatte kürzlich in einem Vortrag von Schlüsselqualifikationen ge-sprochen, die für den Eintritt in die Schule notwendig sind: näm-lich persönliche, methodische, so-ziale und Wissenskompetenz. Wenn ein Kind gut und erfolgreich in der Schule sein möchte, muss es ein interessiertes Wesen haben, Konzentrationsfähigkeit erworben haben, Selbstsicherheit und Selbstvertrauen mitbringen, sei-nen Schulweg kennen, verantwor-tungsbewusst mit seinen Materiali-en umgehen können, seine Zeit richtig einteilen können, konflikt-fähig sein, moralische Grundein-stellungen haben und nicht zu-letzt ein gutes Grundwissen besit-zen, das wiederum das Selbst-wertgefühl in der Gruppe stärkt. Wenn dies das Ziel der Bildung im Vorschulbereich ist, dann haben Kitas gute Voraussetzungen dafür, dieses Ziel umzusetzen. Das so-ziale Gefüge verschiedener Alters-gruppen in der Kita, die Vielfalt der Betätigungsmöglichkeiten, das gemeinsame Gestalten von Spie-len, Mahlzeiten, Festen und Feiern sowie Außenaktivitäten, die Mög-lichkeit der Bewegung in den Räu-men und außerhalb der Kita, das Angebot an bestimmten Projekten tragen zur Umsetzung des Ziels bei.

Es kommt also nicht so sehr auf die Stärkung im kognitiven Be-reich an, sondern auf die Fähig-keit, sein Leben so zu gestalten, dass eine positive Entwicklung in der Gesamtpersönlichkeit des Kin-des möglich ist. Es nutzt keinem Kind etwas, einen Satz grammati-kalisch richtig zu formulieren, wenn es sich nicht traut, sich mit anderen auseinander zu setzen. Es hilft keinem Kind, eine wunder-schöne Schrift zu haben, wenn die Stifte immer fehlen.

Es wäre wünschenswert in Zukunft weniger Energie für Diskussionen aufzubringen, die sich auf einen Vergleich zur Qualität und Qualifi-kation der Fachkräfte in Vorklassen und Kitas beschränkt. Dafür wäre es um so nützlicher, sich über Bil-dungsinhalte auseinander zu set-zen, deren Sinn den Eltern zu ver-mitteln und ihnen eine Vielfalt von Möglichkeiten anzubieten. In diesem Sinne lassen sie uns zum Wohle des Kindes streiten.

Margit Rosenberg →



→ Platz für den Ganztagsbetrieb?

Heute besuchen in Berlin 10.000 Vorschulkinder Vorklassen in den Schulen und 14.000 Kinder der gleichen Altersstufe besuchen Kitas. In den Berliner Grundschulen arbeiten 600 VorklassenleiterInnen. Im Westteil der Stadt sind das ErzieherInnen oder SozialpädagogInnen mit der Ergänzungsausbildung zur VorklassenleiterIn und im Ostteil ehemalige UnterstufenlehrerInnen. Unsere Ausbildungen und Fortbildungen haben viel Geld gekostet. Diese Investitionen, unser Wissen und unsere Erfahrung braucht Herr Böger nicht mehr.

Ich bin auch der Meinung, dass die vorschulische Bildung und Erziehung entschieden verbessert werden muss. Für den Bereich Schule halte ich den reformpädagogischen Ansatz in dem Programm Grundschule 2000 für zeitgemäß.

An meiner Schule koordiniere ich ein COMENIUS-Projekt und konnte im Rahmen dieses Projektes bisher auf Studienreisen die Vorschularbeit in Schulen in Portugal, Schweden und Polen kennen lernen. Überall können die Eltern wählen, in welche vorschulische Einrichtung sie ihre Kinder geben wollen, in die Kita oder in die Schule. Zum Teil gibt es schon ab drei Jahren das Angebot der Vorschule in der Schule. Niemand kommt dort auf die Idee, Vorklassen aus der Schule auszugliedern.

Das Problem der nachmittäglichen Betreuung, das auch als Begründung für eine Verlagerung der Vorklassen in die Kitas angegeben wird, ist hausgemacht, denn der Senat selber hat die Vorschrift er-

lassen, dass Vorklassenkinder nicht den Hort besuchen dürfen. Die Begründung, die uns Herr Härtel auf der GEW-Veranstaltung gegeben hat, die Vorklassenräume in den Grundschulen würden für den Betrieb der einzurichtenden Ganztagsgrundschulen in Berlin gebraucht, ist auf keinen Fall ausreichend für die Abschaffung eines wichtigen Teils des Bildungsauftrages der Grundschule.

Auf unserer Personalversammlung im Dezember verabschiedeten wir diese Resolution: Die Personalversammlung der LehrerInnen und ErzieherInnen Charlottenburg/Wilmersdorf lehnt die Verlagerung der Vorklassen aus den Grundschulen an die Kindertagesstätten ab. In dem Konzept zur Verbesserung der vorschulischen Bildung und Erziehung in Berlin sollen die Vorklassen als Bestandteil der Schulanfangsphase enthalten sein. Die Tätigkeit von VorklassenleiterInnen in der Schulanfangsphase ist unbedingt notwendig. *Marion v. Braun*

Aus der PISA-Studie nichts gelernt?

Weil VorklassenleiterInnen zu teuer sind und der Besuch einer Vorklasse kostenfrei ist, soll die Vorschularbeit nur noch in den Kitas stattfinden. Dazu müssen ErzieherInnen in der Kita speziell ausgebildet werden.

Die Ausbildung zur Vorklassenleiterin wurde schon vor Jahren aus finanziellen Gründen eingestellt. Werden wir VorklassenleiterInnen, wie ursprünglich geplant, auch tatsächlich auf Grund unserer langjährigen Erfahrung mit Kindern im Alter von 5-6 Jahren in der veränderten Schuleingangsphase mit einbezogen? Sollen bei Bedarf VorklassenleiterInnen als Betreuung an den Ganztagschulen eingesetzt werden? Werden wir einfach wegrationalisiert? Viele Fragen bleiben offen, aber realistisch gesehen, fehlt für eine sinnvolle Durchführung der veränderten Schuleingangsphase das nötige Kleingeld.

Wir VorklassenleiterInnen sind durchaus offen gegenüber neuen Konzepten. Durchaus vorstellbar wäre, Kinder mit 5 Jahren in die Vorklasse aufzunehmen und nach einem halben Jahr Vorbereitungszeit diese Kinder ein weiteres hal-

bes Jahr zur Unterstützung in der 1. Klasse zu begleiten. Aber leider wird momentan nur am Kind vorbeigeplant. Aus der PISA-Studie nichts gelernt? Wichtig ist nicht nur der Erhalt der Vorklassen, sondern auch das Verbot der Doppelbetreuung aufzuheben. Vorklassenkinder könnten dann nachmittags in den Hort.

Wir geben nicht auf und hoffen weiter auf ein sinnvolles Konzept unter Einbeziehung der VorklassenleiterInnen. *Annegret Clauß*

SCHA(N)DE!

Statt der Schiefelage im Bildungsangebot Berlins entgegenzuwirken und innovativ eine verpflichtende Schuleingangsphase im Verbund der Vorklasse mit den Klassenstufen 1 und 2 zu schaffen, bewegen wir uns wieder einen großen Schritt zurück auf dem schulpädagogischen Weg: Hin zu einem neuen Schulgesetz, das um eine wichtige und bewährte Einrichtung ärmer sein wird. *Sigrid Kaiser*

GEW muss handeln

Es gibt für beide Angebote – Schule sowie Kindergarten – gute Argumente, die es erschweren, sich für ein Angebot zu entscheiden. Ich habe 11 Jahre lang als Erzieherin im Kindergarten mit Vorschulkindern gearbeitet und habe genau so lange Erfahrung gesammelt in der Arbeit mit Vorklassenkindern in der Schule. Aufgrund meiner Erfahrung bin ich dafür, die Vorklassen an der Grundschule in die Schulanfangsphase zu integrieren. Nur an der Schule ist die Verbindung zu den Vorklassen gewährleistet, dort wird das Kind zielgerichteter auf den Schulalltag vorbereitet.

Nur an der Grundschule ist der Tagesablauf so strukturiert, dass er den Kindern Ruhe und Konzentration für einen längeren Zeitraum ermöglicht. Durch die Zusammensetzung der Kinder in der Vorklasse ist gegeben, dass sich die Kinder gemeinsam in der 1. Klasse wiederfinden und das Lernen sofort beginnen kann, weil sich die Kinder „zusammengerauft“ haben. Nur an der Grundschule gibt es separate Räume mit einer für die Vorschularbeit

LDV-Beschluss Nr. 6 vom 27./28.11.02

Keine konzeptlose Verlagerung der Berliner Grundschul-Vorklassen an die Kitas

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW BERLIN lehnt die Verlagerung der Vorklassen von den Grundschulen an die Kindertagesstätten ab. Es muss grundsätzlich ein integriertes Konzept zur frühkindlichen Bildung und Erziehung sowie eines veränderten Schulanfangs erarbeitet werden. Dabei muss die Verbindung von Grundschule und Vorklasse gewährleistet sein.

zweckmäßigen Ausstattung, in der Vorklasse wird auch viel gespielt, jedoch ist immer die Anregung durch Spiele/ Materialien/ Aufgaben für große Kinder gegeben. Nur an der Grundschule sind die personellen Kapazitäten vorhanden, um eine durchgängige Vorklassenarbeit zu gewährleisten. Ich fordere die GEW auf, zu einer einheitlichen Meinung bezüglich der Vorklasse zu kommen. Die Position in dieser Frage muss klar sein! Pro Vorklasse!

Gudrun Wenzel

Künftig mehr Defizite bei der Einschulung

Gerne wird unterstellt, dass VorklassenleiterInnen die Qualifikation und das Engagement ihrer Kita-Kolleginnen unterschätzen oder gar abzuwerten versuchen. Das entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Vielmehr bieten die derzeitigen Rahmenbedingungen der Kitas weniger Möglichkeiten für vorschulische Bildungsaufgaben. Eine gezielte kontinuierliche Förderung der Kinder steht häufig hinter anderen Aufgaben zurück, wobei längere Betreuungszeiten, unzureichende Personalausstattung und altersgemischte Gruppen – bezogen auf Vorschularbeit – eine zusätzliche Belastung darstellen. Auch verfügen Erzieherinnen in Kitas im Gegensatz zu VorklassenleiterInnen an Schulen nicht über notwendige Vorbereitungszeiten. Jedoch haben beide – Kita und Schule – sich täglich mit den zunehmenden Problemen von Großstadtkindern, mit sprachlichen Defiziten, Konzentrationsmängeln, familiären Schwierigkeiten auseinander zu setzen. Aufgabe der vorschulischen Erziehung ist hier wie dort soziales Lernen, gezielte individuelle Förderung, das Aufarbeiten von Defiziten und Angleichen unterschiedlichster Voraussetzungen.

Allein viele äußere Gegebenheiten sprechen für den Erhalt der vorschulischen Arbeit an den Grundschulen. So findet z.B. die gesamte Vorbereitung der Kinder im zukünftigen Lernumfeld statt. In den Vorklassen ist eine behutsame, natürliche Eingewöhnung in den schulischen Alltag gewährleistet. Viele Aktivitäten finden in Fachräumen (Musik- und Filmraum, Schülerbücherei, Turnhalle,

Mehrzweck- und Werkraum usw.) statt und ein breites Angebot an Medien steht zur Verfügung. Ängste bei Schulanfängern (Pausensituation, Schülermenge, Wege im großen Gebäude) werden unter besonderer Anleitung abgebaut, auch Personen (Schulleitung, Lehrer, Hausmeister, Sekretariat) werden bekannt und vertraut. Durch die Zusammenarbeit mit den zukünftigen Lehrerinnen ergeben sich zusätzliche Vorteile. Auch die hohe Akzeptanz der Eltern und LehrerInnen zeigt, dass Vorklassenarbeit an der Grundschule sowohl den Erwartungen als auch den vielfältigen Anforderungen in besonderem Maße entspricht.

Zu befürchten ist darüber hinaus, dass steigende Kita-Kosten dazu führen werden, dass gerade förderbedürftige Kinder gar nicht angemeldet, also überhaupt keine vorschulische Förderung erfahren werden. Das wird auch nicht dadurch aufgefangen sein, dass geplant ist, das Einschulungsalter um sechs Monate herabzusetzen. Die tatsächlichen Lernzeiträume (sechs Jahre Grundschule) werden dadurch nicht automatisch erweitert, die intensive einjährige Vorbereitung in den Vorklassen kann also nicht ersetzt werden (bisher sieben Jahre). Auch bei den Möglichkeiten des dreijährigen Verbleibs in der zweijährigen Eingangsphase und differenzierenden Maßnahmen – bei einer Klassenstärke von bis zu 30 Kindern – kann die notwendige Aufarbeitung unterschiedlichster Voraussetzungen und eine soziale Festigung nicht annähernd geleistet werden.

Dabei wird übersehen, dass sich auch rein organisatorische Probleme ergeben. Es ist ein Trugschluss, allen Kindern eine absolut individuelle ein-, zwei- oder dreijährige Schuleingangsphase zu ermöglichen. Wo bleiben die Schüler, die im kommenden Jahr schulpflichtig werden, wenn sehr viele Schüler in der Eingangsphase länger verbleiben? Ähnliches gilt für Schnellläufer, wenn die höheren Klassen schon voll sind. Wird die Schule dieses individuelle Einstellen leisten können oder werden die Kinder durch organisatorische Zwänge geleitet?

Die Schule wäre hier also gut beraten, ihr vorhandenes Potenzial, VorklassenleiterInnen und be-

währte Eingangsstufe, zu nutzen. Die Intentionen der VorklassenleiterInnen mit ihrem spielerisch-sozialpädagogischen Ansatz sollten als Erweiterung zur Lehrertätigkeit gesehen und im ersten Eingangsstufenzeitraum intensiv in die pädagogische Arbeit eingebunden werden. Allen Pädagogen ist klar, dass unsere Kinder zukünftig mit immer mehr Defiziten eingeschult werden und dass das soziale Auffangen und Aufarbeiten einen größeren Rahmen in der Schule einnehmen wird. Deshalb ist das Einbinden der Klassenstufe 0 in die Schuleingangsphase unbedingt notwendig! Solange aber weder das Modell der Schuleingangsphase noch die Kita-Strukturen dem anspruchsvollen Bildungsauftrag vorschulischer Erziehung gerecht werden können, bleibt der Erhalt der Vorklassen an den Grundschulen unerlässlich!

Ingeborg Ufer-Schmücker

Vorklassenleiterin



Zum Schaden der Gesellschaft

Die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen (PISA, OECD) haben gezeigt, dass Deutschland Schlusslicht in Bezug auf die Frühförderung ist. Wie werden diese Kinder zukünftig auf die Schule vorbereitet, wenn die Eltern die Kosten für einen Kita-Platz nicht aufbringen? Die Erzieherinnen in den Kitas haben nicht dieselbe Qualifikation wie die Vorklassenleiterinnen. Eine qualifiziertere Ausbildung/ Fortbildung ist auch nicht zum Nulltarif zu haben. Außerdem steht seit Jahren die Anerkennung der Kitas als Bildungseinrichtungen aus. Hinzu kommt, dass eine enge Zusammenarbeit mit Schule oft gar nicht möglich ist.

Wir sehen in der Abschaffung der Vorklassen eine weitere Verschlechterung der Bildungsvoraussetzungen vor allem für sozialschwache, bildungsferne Familien. Die Leidtragenden werden nicht nur die Kinder sein, sondern auch diese Gesellschaft. Die Abschaffung der Vorklassen widerspricht den Untersuchungen in anderen europäischen Ländern (PISA-Studie). Sie haben gezeigt, dass Frühförderung für alle Kinder eine Investition in die Zukunft ist. Anstatt die Vorklassen abzuschaffen, wäre es dringend notwendig allen

Wohin mit den 5-jährigen?



→ Kindern dieses Bildungsangebot zu machen. *KollegInnen der Sonnen-Grundschule*

Bei den Nachbarn selbstverständlich

In Deutschland wurde das ver-säumt, was unseren europäischen Nachbarn schon längst selbstverständlich ist, nämlich, der früh-kindlichen Erziehung die Bedeutung zu geben, die ihr zustehen müsste. Nun versucht man zu retten, was so ad hoc eigentlich nicht zu retten ist, und setzt das Schuleintrittsalter herunter, um die Kinder zu erreichen, die nur wenig gefördert wurden. Die Vorklasse, die eigentlich genau das Forum bietet, den Kindern ihrem Alter gemäß die Gemeinschaft und das Lernen in einer großen Vielfalt nahe zu bringen, wird dabei gekippt. Denn politisch ist sie nicht gewollt. Nun darf man gespannt sein, was uns die Schuleingangsphase bringt. Wieder ein Versuch! Und wieder sind es die Kleinen, an denen Neues erprobt wird. *Jeanette Hentschel-Bettermann,*

Vorklassenleiterin in Frohnau

Das ist doch widersinnig!

Nach meinen Erfahrungen haben unsere Kinder aus der zweijährigen Eingangsstufe rund 3-4 Monate Wissensvorsprung gegenüber herkömmlichen Erstklässlern. Außerdem haben im Zuge von „Schule 2000“ viele Schulen „Profile“ diskutiert und entwickelt, z.B. Jahrgangsübergreifendes Lernen. Dies ist aber nur möglich, wenn die Vorklassen an den Grundschulen bleiben! Ist es nicht eine Verschwendung, wenn man jahrzehntelang Vorklassenleiterinnen ausbildet (die auch Lehrtätigkeit innehaben), um sie dann für die Arbeit im Ganztagsbereich der Grundschule einzusetzen? Deren Arbeit sollen jetzt ErzieherInnen übernehmen, die dafür erst noch fortgebildet werden müssen. Das ist doch widersinnig! Ganz davon abgesehen, dass es nicht gerade motiviert, wenn VorklassenleiterInnen in die Tätigkeit einer Ganztagsbetreuungserzieherin wechseln müssen und ihr Erfahrungsschatz damit entwertet wird. *Monika Freund*

Monika Freund

Kinder und Computer

Meines Erachtens ist gerade die Anbindung der Vorschule an die Grundschule sinnvoll, da hier die Kinder in den Schulbetrieb eingebunden sind und sich so frühzeitig an schulische Prozesse gewöhnen können. Die ErzieherInnen in den Kitas wären allein aufgrund der Gruppengröße und dem Personalschlüssel mit den zusätzlich auf sie zukommenden Aufgaben überlastet. Der Senat hat in den vergangenen Jahren groß in die Ausstattung der Schulen mit Computern investiert. Ich habe in einer Vorklasse mit Beginn des neuen Schuljahres begonnen auch mit Computern zu arbeiten. Auf diese spannende Arbeit mit den Kindern würde ich gern auch in den folgenden zwei Schuljahren aufbauen.

Harald Graaf,

Vorklassenleiter Steglitz (Giesensdorfer Grundschule)

Chance zur Integration und Selbstständigkeit

Unsere Schule wurde vor viereinhalb Jahren „Verlässliche Halbtagsgrundschule“. Seither arbeite ich als Erzieherin an dieser Schule mit dem höchsten Anteil an Kindern nicht deutscher Herkunft in Berlin (mehr als 90 Prozent). Unsere Vorklassen werden nicht nur von Kindern besucht, die zurückgestellt wurden, sondern vor allem von Kindern, die noch nie eine Kindereinrichtung besucht haben und zum größten Teil wenig oder gar nicht deutsch sprechen können. Damit erfüllen unsere Vorklassenleiterinnen auch eine große Integrationsaufgabe. Die Kinder, die zu uns in die Vorklasse kommen, haben auch Defizite in Fragen der Selbstbedienung (Vokabel aus der Ausbildung der Pädagogen in der DDR, kommt von „sich selbst bedienen“, z.B.: sich allein anziehen, allein Nase putzen, Schnürsenkel binden u.ä.), im Sozialverhalten und in der spielerischen Entwicklung: Einige Kinder lernen erst in unseren Vorklassen sich selbst anzuziehen, allein die Toilette zu benutzen, Regeln in der Gruppe einzuhalten. Ein Teil der Kinder in unseren Vorklassen kommt aus so genannten sozial schwachen Famili-

en. Auffällig ist jedes Jahr, dass viele Kinder nicht spielen können. Wir wissen aber, dass das Spielen für die Kinder die wichtigste Tätigkeit in ihrer Entwicklung ist. Speziell für die Kinder in unserem Kiez haben unsere Vorklassenleiterinnen ein Programm in Absprache mit unseren Lehrerinnen im Anfangsunterricht entwickelt, das die Kinder auf die Anforderungen in der 1. Klasse vorbereitet.

Die Vorklassenerzieherinnen bauen eine enge Zusammenarbeit mit den Eltern auf. Sie beraten sie nicht nur bei der Erziehung, sondern vermitteln die Mütter in den Sprachkurs an unserer Schule, empfehlen die Überprüfung einer logopädischen Behandlung oder Integrationsstunden und vermitteln Erziehungs- und Familienhilfen. All diese Dinge würden ohne die Vorklasse erst ein Jahr später in Gang gesetzt werden können – verschenkte Zeit für die Kinder! Familien, die ihre Kinder in unseren Vorklassen anmelden, ziehen meist einen Kindergarten für ihre Kinder nicht in Betracht, nicht zuletzt weil dieser Geld kostet. Wenn die Vorklassen in den Schulen abgeschafft werden, haben diese Kinder keine Chance mehr auf eine vorschulische Bildung: Ein großer Teil wird kaum deutsch sprechen können, konnte die wichtige Phase des spielerischen Entdeckens nicht durchlaufen und wird viele Dinge der täglichen Selbstständigkeit noch nicht erlernt haben, wenn es in die 1. Klasse kommt. Eine neue Regelung in Berlin bestimmt, dass Kinder von Sozialhilfeempfängern keinen Anspruch mehr auf einen Kindergartenplatz haben. Wieder werden die Schwächsten in unserer Gesellschaft getroffen! Diese Kinder werden von der vorschulischen Bildung ausgeschlossen, wenn es die Vorklassen an den Schulen nicht mehr gibt. In vielen Kitas wird eine hervorragende vorschulische Bildungsarbeit geleistet, doch die Vorklassen an den Berliner Schulen darf nicht einfach so abgeschafft werden!

Sigune Bühring



Wohin mit den 5-jährigen?

Ich erwarte von meiner Gewerkschaft...

Hart und sehr kontrovers beurteilen unsere Mitglieder die Senatspolitik und das Agieren der Gewerkschaften bei der Auseinandersetzung um den „Solidarpakt“.

Wir zitieren aus Briefen an die GEW und aus unserem Diskussionsforum im Internet. Die Beiträge sind nach Datum geordnet und beginnen mit den aktuellen Reaktionen. Wer die Entwicklung der Diskussion verfolgen will, muss also mit den letzten Beiträgen anfangen. Da die Beiträge nicht für die blz und zur Veröffentlichung geschrieben wurden, werden keine Namen angegeben.

■ ...Ich bereue es schon lange, bei der Wahl dieses Senats mitgewirkt zu haben. Statt sich mit den Bankmanagern und Politikern, die Berlin in diese Situation gebracht haben, auseinander zu setzen und sie zu bestrafen, wird in der Stadt der Eindruck erweckt, dass die Bediensteten des öffentlichen Dienstes für alles verantwortlich seien. Ich hoffe und erwarte von den Gewerkschaftlern, sich nicht auf die billige Drohung des Senats einzulassen. (8.1.03)

■ Unsere Schule unterstützt das Verhandlungsangebot der GEW. 12 bis 15 KollegInnen sind bereit, eine Stunde bis drei Stunden für weniger Geld zu arbeiten. Dies gilt aber nur, wenn die Arbeitszeiterhöhung zurückgenommen wird und Neueinstellungen erfolgen. (8.1.03)

■ Auf unserer Betriebsgruppensitzung wurden vor allem Bedenken gegen die beschäftigungspolitische Initiative der GEW geäußert: Die Arbeitszeitverkürzung hat negative Auswirkungen auf Rentenansprüche. (5.1.03)

■ Es reicht nicht und mobilisiert nicht, nur zu streiken, weil wir uns nicht alles kampflös gefallen lassen können. Nach dem Motto: Wenn wir schon untergehen, dann

wenigstens aufrecht! Verhandeln, kämpfen, streiken für klar definierte Ziele, die uns wenigstens bei all den bitteren Pillen, die wir schlucken werden müssen, beschäftigungs- und bildungspolitisch etwas bieten und uns in die Offensive bringen! Wir müssen die Arbeitsbelastung vermindern, weil die KollegInnen längst an ihren Grenzen angekommen sind. Es müssen junge KollegInnen eingestellt werden! Was haben wir, was können wir anbieten!? Ich wäre bereit zeitlich befristet zwei Stunden zu reduzieren mit entsprechender Gehaltsminderung, wenn sich alle VZ-Kräfte daran beteiligen! (19.12.02)

■ Mit Unverständnis und mit großem Entsetzen habe ich den Inhalt eures Aufrufes zur Mitgliederdiskussion gelesen. Den Aufruf, weniger zu arbeiten und dafür Lohneinbußen hinzunehmen, sehe ich als ein Ausspielen älterer Kolle-

gen gegen die jungen Kollegen, die auf eine Einstellung warten. Ich erwarte von meiner Interessenvertretung, dass sie eine unachgiebige Haltung gegenüber dem Berliner Senat zeigt. (18.12.02)

■ Die Situation in den Berliner Schulen bestürzt mich. Vor allem die schon fast resignierende Stimmung in der Lehrerschaft. Am meisten vermisse ich aber eine einheitliche, abgestimmte Strategie, um die drohende Arbeitszeitverlängerung mit all ihren Folgeerscheinungen abzuwenden... Unter der Lehrerschaft ist die Bereitschaft auf befristete Einkommenseinbußen in Verbindung mit Arbeitszeitverringerung größer als in einigen Gewerkschaftskreisen angenommen. (17.12.02)

■ Ein Streik ist ein viel deutlicheres Signal aufgestauten Zorns, er erregt mehr Aufmerksamkeit bei der Presse



und in der Bevölkerung und erscheint eher erfolgversprechend zu sein. Deshalb: Keine Rückschlüsse ziehen von der Kundgebung auf den Streik. Übrigens: Die Laumänner und Tagesspiegel-Leserinnen, die bisher immer andere für ihre Interessen kämpfen ließen, nehmen auch an keiner Kundgebung teil, wir werden sie heute nicht sehen. (16.12.02.)

■ Man stelle sich einmal eine Versammlung von Stahlarbeitern vor, die erfahren, dass sie wegen Missmanagement der Arbeitgeber bis zu 18 Prozent mehr arbeiten und dafür im gleichen Umfang weniger Gehalt bekommen sollen – die Stimmung würde überkochen und ein paar Stunden später hätte die IG-Metall ein paar Rheinbrücken besetzt. Aber bei uns? Alles wie gewohnt, klug formulierte Statements, wohl begründete Ablehnungsanträge, brillante Analysen, Hände hoch zur Abstimmung und am nächsten Montag trifft man sich mal wieder am Roten Rathaus. Ja, bitte schön, wen soll das denn beeindrucken. (13.12.02)

■ Also, das erwarte ich von meiner Gewerkschaft in dieser Situation: 1000 Ideen zu kreativem Widerstand bis an den Rand des Legalen. (13.12.02)

■ Namens der Schulgruppe möchte ich daher den Vorstand der GEW und auch der übrigen DGB-Gewerkschaften darin bestärken, bei der bisherigen Linie zu bleiben und sich die Bedingungen eines „Solidarpakts“, der die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes für das unter Beweis gestellte Versagen und die Unfähigkeit der Senatskoalitionen der letzten Jahre in Geiselnhaft nimmt, nicht von letzteren diktieren zu lassen. (10.12.02)

■ Ich bitte die GEW darum, die Misere globaler zu betrachten und nicht aus der Perspektive eines angekratzten Egoismus! Ich muss den Medien wahrlich beipflichten, wenn sie die GEW als „unflexibel“ und „Besitzstandwahrer“ titulierten. (9.12.02)

■ Ich wünsche, dass die GEW hart bleibt! (8.12.02)

■ Als Ergebnis eines Beschlusses des gesamten Kollegiums unsrer Schule fordern wir Sie

auf, die Solidarpaktverhandlungen unverzüglich wieder aufzunehmen.... (29.11.02)

■ Ich bin nicht einverstanden mit der Haltung der Gewerkschaften in den Verhandlungen mit dem Berliner Senat.... Bitte erzählt uns nicht ständig den abgedroschenen Quatsch von der Bankgesellschaft und den Immobiliengeschäften – wir wissen das längst! Es wird für die Berliner Gewerkschaften Zeit, beizudrehen und das marode

Schiff vor dem Auseinanderbrechen zu rettenIch bin dafür, jetzt umzusteuern, Zeichen zu setzen, die gesehen und auch anerkannt werden und die sich irgendwann auch politisch wie ökonomisch auszahlen werden! (22.11.02)

■ Ich halte es für grundsätzlich falsch, wenn die Gewerkschaften nach wie vor die reine Besitzstandwahrungsschiene fahren. Es ist doch klar, dass irgendwie gespart werden muss.... (8.11.02)

■ Solltet ihr nicht kompromissbereit an den Verhandlungstisch zurückkehren, werde ich nach 36 Jahren meine Gewerkschaftsmitgliedschaft beenden. (8.11.02)

■ Ich könnte sehr wohl für einige Jahre damit leben, auf das Urlaubsgeld und einen Teil des Weihnachtsgeldes zu verzichten und ggf. auch auf Gehaltserhöhungen. (20.10.02)

Zusammengestellt und bearbeitet von
Klaus Will und Pit Rulff



Seminarplan 1/2003

März

Schulbau und Schulhygiene [031-P-12] für Personalräte, Frauenvertreterinnen und SchwerbehindertenvertreterInnen beim LSA, 5.3.2003 im GEW-Haus

Sprachförderung in Kitas [031-S-13] für KollegInnen aus den Kitas, 6.-7.03.2003 im GEW-Haus

Optimistisch den Stress meistern! [031-S-14] für KollegInnen aus allen Schulformen am 13.3., 20.3. und 27.3.2003 im GEW-Haus

Perspektiven für die Kitas [031-S-15] für KollegInnen aus den Kitas und anderen sozialpädagogischen Einrichtungen, 14.-16.3.2003 in Schmöckwitz

Schulrecht für LehrerInnen [031-S-16] am 21.3.2003 im GEW-Haus

„Coming Out“ in der Schule? [031-S-17] für Lehrerinnen aller Schulstufen, Erzieherinnen, Sozialarbeiterinnen, 21.-23.3.2003 in Zechlinerhütte

Bezirksleitungsseminar [031-S-18] für BL-Mitglieder, 27.-29.3.2003 in Zechlinerhütte

Fit für Funktionsstellen [031-S-19] für LehrerInnen, 28.3.2003 im GEW-Haus

April

In heterogenen Lerngruppen unterrichten – wie soll das gehen? [031-S-20] für GrundschullehrerInnen, 4.-5.04.2003, Rudolf-Wissell-Schule

Ziele und Umsetzungen frauenpolitischer Aktivitäten [031-S-21] für Frauen in der GEW, 4.-6.4.2003 in Erkner

Finanzierung von Kitas [031-S-22] für ErzieherInnen und Kita-LeiterInnen, 8.4.2003 im GEW-Haus

Gesprächs- und Verhandlungsführung für Betriebsratsmitglieder [031-B-23], 9.-11.4.2003 im GEW-Haus

Mai

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage [031-S-24] für KollegInnen aus allen Bereichen, 7.5. im GEW-Haus

Gute Erfahrungen weitergeben [031-S-25] für Vertrauensleute der GEW BERLIN, 8.-10.5.2003 in Schmöckwitz

Bildungsreise: Gemeinsame Erziehung behinderter und nicht behinderter Kinder in Norwegen [031-S-26] für in diesem Bereich tätige LehrerInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen, 12.-18.5.2003

Betriebliche Gesundheitsförderung, Arbeit von Gesundheitszirkeln [031-P-27] für PR, FV und SchwerbehindertenvertreterInnen (LSA), 14.-15.5.2003 im GEW-Haus

Rhetorik I [031-S-28] für Vertrauensleute und KollegInnen aus allen Bereichen, 15.-17.5.2003 in Zechlinerhütte

Spezialseminar für Personalräte der Bezirke: Gesundheitsschutz, Ausgründung / Übertra-

gung von Kitas [031-P-29] 25.-27.5.2003 in Erkner

Juni

Das GEW-Arbeitslosenseminar [031-S-30] für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte KollegInnen, 4.-6.6.2003 in Zechlinerhütte

Interkulturelles Lernen in Kindergarten und Grundschule [031-S-31] für ErzieherInnen und LehrerInnen aus Kindergarten und Grundschule am 12.6.2003 im GEW-Haus

Basisschulung I für Mitglieder der Personalräte beim LSA [031-P-32], 15.-18.6.2003 in Erkner

Von der Idee zur Betriebsvereinbarung [031-B-33] für Betriebsratsmitglieder, 18.-20.6.2003 im GEW-Haus

Das Anmelden ist ganz einfach:

Karte mit Namen, Adresse, Telefon-, Seminarnummer und Seminarartitel an die Geschäftsstelle der GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin. Per E-Mail unter: sekretariat@gew-berlin.de. Oder per Telefon im Sekretariat zu den üblichen Geschäftszeiten unter **030 / 21 99 93 0** oder per Fax unter 030 / 21 99 93 50. Kurzfristige Ankündigungen von Seminaren gibt es im Internet unter www.gew-berlin.de

Schwerbehinderte in der GEW

Wir machen Druck, damit man uns endlich wahrnimmt.

Den „schwer“behinderten LehrerInnen und ErzieherInnen in der AG Schwerbehinderte in der GEW (SchwAG) geht es darum, die besonderen Belastungen, denen behinderte KollegInnen ausgesetzt sind, ins Blickfeld der Gewerkschaft, der Öffentlichkeit und der Senatsschulverwaltung zu rücken. In Berlin werden jährlich nur sehr wenig LehrerInnen und ErzieherInnen mit Behinderungen eingestellt. Daher sieht der Senat auch keine Notwendigkeit, den „Arbeitsplatz Schule“ besonders behindertengerecht zu gestalten. Die Anzahl der KollegInnen, die im Laufe ihres Arbeitslebens „schwer“behindert werden, nimmt kontinuierlich zu, gleichzeitig steigt auch die Zahl der frühzeitigen Pensionierungen bzw. Verrentungen.

„Schule macht krank“, so uralt

dieser Satz auch ist, so „neu“ ist der Senatsschulverwaltung und ihren untergeordneten Mitarbeitern bis hin zu vielen Schulleitungen immer wieder die Tatsache, dass es in den Schulen und Freizeitbereichen behinderte MitarbeiterInnen gibt. Seit 1986 gibt es ein Schwerbehindertengesetz, das seit Juni 2000 in erweiterter Form Teil des „Sozialgesetzbuches IX“ ist und den für die Berliner Verwaltung verpflichtenden „Fürsorgeerlass“. Beide regeln Nachteilsausgleiche für behinderte Menschen. Das „Sozialgesetzbuch IX“ macht zwingend den Abschluss einer sogenannten „Integrationsvereinbarung“ zwischen Arbeitgebern und Schwerbehindertenvertretungen/Personalrat zur Vorschrift. Dies bietet beispielsweise erstmals die Chance,

geregelte Verfahren zur Einstellung behinderter LehrerInnen und ErzieherInnen zu entwickeln. Ebenso müssen mit dem Ziel einer Prävention Vereinbarungen getroffen werden, die eine behindertengerechte Integration der ohnehin benachteiligten Menschen

NÄCHSTER TREFF IST AM

12. MÄRZ UM 17.30 UHR!

erreicht, um ein vorzeitiges Ausscheiden behinderter Menschen aus dem öffentlichen Dienst zu vermeiden.

Wir als AG erarbeiten bereits seit geraumer Zeit gemeinsam mit den Schwerbehindertenvertretungen am Entwurf einer Vereinbarung. Das Interesse von Seiten des Arbeitgebers, der sich seit einigen Jahren lieber mit Arbeitszeiter-

höhungen (die die behinderten Menschen besonders hart treffen), Umzügen und der „Schein“auflösung des LSA beschäftigt, ist nicht behindertenfreundlich. Doch gemeinsam mit der GEW, den Personal- und Frauenvertretungen werden wir ab sofort erheblich mehr Druck machen müssen, damit auch behinderte Kolleginnen und Kollegen als immanenter Teil des schulischen Lebens wahrgenommen werden und das Benachteiligungsverbot für Behinderte stärker durchgesetzt wird. Wer Lust hat, dies mit uns gemeinsam anzugehen, ist herzlich eingeladen. Die AG-Schwerbehinderte trifft sich wieder am 12. März, 14. Mai und 11. Juni jeweils um 17.30 Uhr in den Räumen der GEW in der Ahornstraße.

Günter Hermanns, H. Jürgen Rausch

Wahl des Landesseniorenausschusses

130 Berliner Senioren kamen zur Wahlversammlung.

SchülerInnen der Papageno-Schule boten einen eindrucksvollen musikalischen Auftakt. In der Diskussion zu den Tätigkeitsberichten wurde erkennbar, dass die KollegInnen mit den Hauptrichtungen unserer bisherigen Tätigkeit einverstanden waren. Sie wandten sich gegen Bestrebungen, unter dem Deckmantel von Reformen hart erkämpfte Sozialleistungen und arbeitsrechtliche Sicherungen abzubauen. Sigrid Gärtner betonte, dass es gerade jetzt sehr wichtig sei, dass auch die Ruheständler weiterhin Mitglieder der Gewerkschaft bleiben. Mitglieder berichteten über Erfahrungen. Zum Beispiel wird frühzeitig mit den Mitgliedern unserer Gewerkschaft, die aus dem Schuldienst ausscheiden, Verbin-



Foto: Manfred Vollmer

dung aufgenommen, um sie als Ruheständler für die Gewerkschaft zu erhalten. Seniorengerechtes gewerkschaftliches Leben kann u.a. mit kul-

turellen Veranstaltungen, gemeinsamen erlebnisreichen Wanderungen und dem Besuch von Museen entwickelt werden. Eine wichtige Aufga-

be ist es, sich um konkrete Lebensprobleme Einzelner zu kümmern. Selbstverständlich nehmen SeniorInnen an Demonstrationen und anderen Kampfmaßnahmen der GEW teil.

Werner Gollmer erläuterte als Leiter der AG Renten u.a. die Notwendigkeit, die Altersversorgung in ihrer Gesamtheit stärker zu beachten und die Fragen der gesundheitlichen Betreuung einzubeziehen. In Rentenfragen bieten die AG und die Rechtsstelle Hilfe an. In den Vorstand wurden gewählt: Sigrid Gärtner als Vorsitzende, Gisela Wilke als Stellvertreterin sowie Lieselotte Claußnitzer, Lore Albrecht, Ingetraut Schwarz, Ernst Pilz und Volkhard Zillmann als Beisitzer.

Ernst Pilz

Werner Langner wird 80!

Einen Blick zurück wirft Werner in unserem Interview zu seinem Jubiläum.



Foto: privat

Was bisher geschah: Geboren am 13. März 1923. 1941 mit 18 Jahren zum Kriegsdienst eingezogen, von 1944 bis 48 in Kriegsgefangenschaft in Nordafrika. Beginn der Lehrerausbildung 1948 mit 25 Jahren in Berlin. Seit 1950 GEW-Mitglied, ab 1952 LDV-Delegierter Neuköllns und Bezirksleitung, Personalrat. Von 1951 bis 1962 Lehrer an verschiedenen Schulen in Neukölln und ab 1962 Schulleiter der Emil-Fischer-Grundschule in Neukölln. 1974 Wahl zum 3. Vorsitzenden der GEW BERLIN, Rücktritt im Juni 1975. Von 1975 bis zur Pensionierung Schulrat bzw. Leitender Schulrat in Kreuzberg für die beruflichen Schulen. Seit 1988 im Ruhestand.

Werner, wir gratulieren zum bevorstehenden Geburtstag! Du warst beruflich fast immer in Neukölln aktiv. Bist du dort auch geboren? Hast du da auch dein Abitur gemacht?

Ja, ich bin alter Neuköllner. Aber die Hochschulreife habe ich später gemacht, denn ich bin zunächst nur bis zur Mittleren Reife zur Schule gegangen, weil ich damals keine Freistelle mehr bekommen habe.

Freistelle heißt, dass du kein Schulgeld bezahlen musstest? Ja, genau. Mein Vater war damals zwar arbeitslos, aber das hat auch nichts genützt. Ich hatte dann das große Glück, dass ich beim Scherl-Verlag eine Lehrstelle als Schriftsetzer bekommen habe. Danach habe ich noch Kurse gemacht und später dann die Hochschulreife.

Wegen des Krieges hast du die Lehrerausbildung erst spät begonnen, mit 25 Jahren. Wolltest du schon immer Lehrer werden oder war das ein Entschluss während deiner vierjährigen Gefangenschaft?

Eigentlich wollte ich schon immer Lehrer werden. Aber mir war auch klar, dass ich unter dem Regime, unter dem wir damals lebten, nicht Lehrer werden konnte. Denn ich war nicht in der Hitlerjugend. Und das ging nur über die Hitlerjugend. Manchmal schien die mir damals gar nicht so schlecht zu sein, aber mein Vater wollte davon nichts wissen. 1938 wurde ich allerdings zur Pflicht-HJ einberufen. Und mit 18 haben sie mich dann auch noch zum Kriegsdienst geholt. Ich war gegen die Nazis und habe immer gehofft, dass die den Krieg verlieren. Als ich dann nach vier Jahren Gefangen-

schaft 1948 wieder in Berlin war, war mir klar: ich werde Lehrer. Ich wollte auch die Jugend in einem anderen Geist erziehen. Anders als die Schule es in den Hitler-Jahren mit uns gemacht hat.

Du kommst ja von deinem Elternhaus her aus einem eher linken Milieu. Hat das eine Rolle gespielt bei deinem Gewerkschaftseintritt 1950?

Ja, sicherlich. Ich bin damals aber auch aus Enttäuschung über die Parteien in die Gewerkschaft gegangen. Mir passte zum Beispiel gar nicht die Vereinigung von KPD und SPD, unter welchen Bedingungen das stattfand. Aber mir passte auch nicht, was die SPD im Westen dazu sagte.

ICH WAR GEGEN DIE NAZIS UND HABE

GEHOFFT, DASS DIE DEN KRIEG VERLIEREN.

Deswegen bin ich erst 1956 in die SPD eingetreten. Ich wusste damals einfach nicht so recht, welche Position ich einnehmen sollte.

Wie ging's dann weiter mit der Gewerkschaftsarbeit? Was waren die vorrangigen Aktivitäten in den fünfziger Jahren?

Na, ich war erst mal Vertrauensmann an meiner Schule. Dann war ich viele Jahre lang zusammen mit Felix Kirchner

in der Bezirksleitung der GEW Neukölln und nachher auch im Personalrat. Damals hieß es ja noch BVL, Berliner Verband der Lehrer und Erzieher. Die vorrangigen Diskussionen gingen um die Weiterführung der Einheitsschule, wie wir damals statt Gesamtschule sagten. 1952 hatten CDU und FDP die Einheitsschule in Berlin abgeschafft und die sechsjährige Grundschule eingeführt. Also bei uns in Berlin war es nicht so, dass die vierjährige Grundschule verlängert wurde, sondern es war vielmehr einfach ein Abbau der Einheitsschule. Wir waren eigentlich immer für die Einheitsschule. Ich war ja auch in so einer Schule als kleiner Junge. In der Zubringerschule, also einer Grundschule, der Karl-Marx-Oberschule, die damals von Fritz Karsen geleitet wurde.

Kurz bevor ich auf die Karl-Marx-Schule kam, waren die Nazis da, die Schule wurde zerschlagen. Da habe ich die Machtergreifung der Nazis hautnah erlebt. Als wir in diese neue Schule kamen, hieß es gleich: Da kommen die Kommunisten. Die wussten ja, dass wir von dieser Grundschule kamen. Natürlich waren wir nicht alle Kommunisten, aber für die schon.

Machen wir einen Sprung in die siebziger Jahre. Die waren für die GEW ziemlich konfliktträchtig. Du warst damals an prominenter Stelle als 3. Vorsitzender mitten drin.

Das ging los, weil der konservative Flügel in der GEW jedweden kommunistischen Einfluss von vornherein ausschließen wollte. Als Lore Kujawa, Heinz Blumensath und ich für den Vorstand kandidierten, wurde uns zum Beispiel vorgeworfen, wir dürften uns nicht von den Kommunisten, also von Mitgliedern oder Sympathisanten

Ein Kreuzberger Kollege zur Verabschiedung in den Ruhestand

„Werner Langner hat sich immer für die Interessen und Nöte der Beschäftigten eingesetzt. Er hat sich für den Frieden und gegen den Nato-Doppelbeschluss eingesetzt. Er schwiegte nicht zu Menschenrechtsverletzungen in West und Ost. An reformpädagogischen Diskussionen und Veranstaltungen nahm Werner Langner bis heute teil und machte manches Reformargument im Bereich Grundschule und Gesamtschule zu seinem eigenen. Ein fortschrittliches bildungspolitisches Engagement würde nach Meinung der großen Mehrheit der Kreuzberger Kollegen auch anderen Schulräten gut zu Gesicht stehen.“

PZ > BIL > LaBi > LISUM > PLIB > PLIBB

Durch ständige Fusionen verliert die Lehrerfort- und weiterbildung Finanzmittel, Personal und Kundenorientierung.

Welche Berliner Lehrkraft kann das alles noch überblicken: PZ – BIL – LaBi – LISUM. Ständig wechselnde Namen und Standorte (wissen Sie, dass der Hauptsitz des LISUM sich jetzt in der Storkower Str. 133 befindet?) und wechselnde Logos, von einem sich selbst namensmäßig dauernd häutenden Schul-, Verzeihung, Bildungssenator verordnet. Sie sind so ziemlich das kundenfeindlichste, das die Berliner Verwaltung derzeit zu bieten hat. Pech für die Mitarbeiter, aber eigentlich ist das Berliner Landesinstitut für Schule und Medien eine wichtige Serviceeinrichtung für die Berliner Lehrerschaft. Und die braucht, angesichts von mittlerweile mehreren Deputats-erhöhungen, Überalterung und ständigem Zwang zu sinnvollen und leider auch zu vielen sinnlosen Veränderungen in der Schullandschaft, Orientierung, Material und Hilfen aller Art nötiger denn je.

Ein kurzer Rückblick zeigt, dass es darum immer schlechter bestellt ist. Vor knapp 10 Jahren verfügten die Landesbildstelle Berlin und das damals neu gegründete BIL über etwa 450 Personalstellen, wobei auch damals nur ein relativ kleiner Teil aus Pädagogenstellen bestand. Nach Aussagen der jetzigen LISUM-Leiterin, Alexandra Dinges-Dierig, kam es im Zeitraum von 1996 bis 2002 in den beiden genannten Instituten und dem daraus entstandenen LISUM zu einer Stelleinsparung von über 50 Prozent auf derzeit 121 Stellen. Davon sind deutlich weniger als 20 Pädagoginnen! Die meisten Stellen benötigen die Bibliothek und die Medienausleihe.

Während die Honorarmittel beim Zusammenschluss von LaBi und BIL virtuell erhöht

wurden (1999: 896.000 DM; 2001: 1.788.000 DM) waren diese wegen der Haushalts-sperren und wegen noch nicht so schnell erbrachter Personalkürzungen jedoch nicht verfügbar und mit der IST-Veranschlagung in 2002 gab es einen Wegfall von 534.000 Euro.

Sowohl die gekürzten Honorarmittel als auch das fehlende Personal schränken das Serviceangebot des LISUM erheblich ein. Nach „Erfurt“ wurden die Mittel zur Gewaltprävention um 60 Prozent gekürzt, so dass an einigen Schulen entsprechende Seminare nicht mehr finanziert werden konnten. Die Bibliothek für die Berliner Lehrerschaft lebt von Spenden, sie kürzte die Hälfte aller Fachzeitschriften und droht wegen Finanzmangels jegliche Aktualität im Medienangebot zu verlieren. In Pension oder Vorruhestand entschwundene FachreferentInnen hinterlassen unbesetzte Stellen z.B. in so „unwichtigen“ Fächern wie Deutsch incl. DaZ, Mathematik, Politische Bildung oder Umweltkunde.

An Ausschreibungen ist seit Jahren in der Regel nicht zu denken, solange nicht die ständig nachgeschobenen Personalkürzungen realisiert sind.

Der jüngste Coup: Der Unterausschuss Stellenplan des Hauptausschusses beim Berliner Parlament verordnete im Sommer 2002 auf der Grundlage eines PDS-Antrages „alle freiwerdenden Stellen des LISUM zu sperren und bis zum 31.12.02 einen Bericht zur Neuorganisation des LISUM anzufordern mit der Vorgabe, dass 30 Prozent der festen Stellen dauerhaft eingespart werden“. Selbstverständlich



wurde der Antrag einstimmig angenommen und die LISUM-Leitung fertigte eine Vorlage mit 36 eingesparten Stellen, verbleiben also noch 85. Vorhandene FachreferentInnen z.B. für Musik, Bildende Kunst, Gemeinsame Erziehung, „Aktive Medienarbeit“, Suchtprophylaxe und Gesundheitser-

NACH „ERFURT“ WURDEN DIE MITTEL ZUR GEWALTPRÄVENTION UM 60% GEKÜRZT.

ziehung dürfen sich nach neuen Aufgaben umsehen. Vor allem aber werden KollegInnen im Service von Verleih und Bibliothek eingespart, was ein weiter reduziertes Angebot für die Berliner Lehrerschaft bedeutet!

Aber die gesetzlichen Vertretungen der Beschäftigten kommen gar nicht zur Ruhe, wenn es gilt, zu retten, was angesichts hemmungsloser „Reformen“ noch zu retten ist. Denn die nächste Fusion droht mittlerweile zeitgleich mit der noch nicht umgesetzten

Einsparungsorganisation des Parlamentsbeschlusses: Diesmal hat der Berliner Senat in Gremien mit dem Land Brandenburg sich das LISUM ausgeguckt, das schon vor der Ländervereinigung mit Brandenburg per Staatsvertrag mit dem Brandenburger Schwesterinstitut PLIB und dem Medienzentrum MPZ fusioniert werden soll. Bis Ende Juni 2003 sollen gemeinsam entwickelte Vorlagen zur Entscheidung auf Senator-/Ministerebene auf dem Tisch liegen. Klar, dass in einer Demokratie die Betroffenen dazu nicht befragt werden!

Dumm ist nur, dass in Brandenburg vor einiger Zeit die Lehrerfortbildung an die Schulaufsicht als regionale Organisation gegangen ist – mit wohl verheerendem Ergebnis – und das PLIB nur noch zentrale Aufgaben wie Rahmenlehrplanentwicklung, Schulprogrammentwicklung und „Hauptlingsschulung“ betreibt. Ein Modell für Berlin? Sicher das Ende jeglicher Lehrerfortbildung,

wenn man diese der Schulaufsicht überließe, die doch schon die Schule nicht vernünftig organisieren konnte, wie die Auflösung des LSA bewiesen hat.

Aber natürlich fusioniert niemand, wenn er sich davon keine weiteren Einsparungen versprache. Von

den dann 85 LISUM-Stellen und 20 MPZ- sowie 95 PLIB-Stellen will man etwa 55 PLIBB-Stellen (Pä-

dagogisches Landesinstitut Berlin Brandenburg) übrig lassen, das wird ein toller Service von Berlin-Lichtenrade bis zur Uckermark.

Gleichzeitig erwägt die LISUM-Leiterin den Vorschlag eines Agentur-Konzeptes: Wenige Alleskönner und Alleswisser prüfen und zertifizieren das

Angebot freier Fortbildungsträger, ohne selbst in diesem Bereich tätig zu werden. Die Schulen und Lehrkräfte buchen dann mit eigenen Finanzmitteln entsprechend den Bedürfnissen oder Vorgaben.

Solch ein Konzept soll ansatzweise in der Schweiz funktionieren. Voraussetzung sind

VON 1996 BIS 2002 KAM ES ZU EINER STELLENEINSPARUNG VON ÜBER 50%.

ausreichende Haushaltsmittel für die Schulen und eine breite Palette von Anbietern, die sich mit Schule und den Bedürfnissen der Lehrkräfte auskennen. In der Schweiz verfügen Schulen dafür wohl über einen Jahresetat von 100.000 Franken pro Schule. Teilt man die LISUM- Honorar-

mittel auf die knapp 1000 Berliner Schulen auf, erhalte jede in etwa ganze 500 Euro! Und bisherige Prüfungen von Fremdanbietern am LISUM erbrachten in der Regel erheblich höhere Kosten, was nicht verwundern kann, wenn damit alle Grundkosten für Büro, Werbung etc. abzudecken sind. Das sagt noch nichts über die Schulferne vieler Anbieter, die mitunter wohl zur „Ich AG“ nach Wegfall von VHS-Angeboten gezwungen wurden.

Es scheint dringend an der Zeit, dass die Betroffenen, die Berliner Lehrkräfte und ihre Gewerkschaft GEW sich zu dieser nur den Gesetzen des Rotstifts gehorchenden Einsparorgie kraftvoll zu Wort melden. Es handelt sich schließ-

lich nicht nur um das Problem der am Institut noch verbliebenen Beschäftigten, sondern es geht um die berufs begleitende Qualifizierung von 30.000 Akademikern, die immer länger auf ihre eigenen Studienzeiten zurückblicken müssen.

Der GEW-Landesvorstand hat deshalb beschlossen, die Probleme der Lehrerfort- und -weiterbildung des LISUM zu einem Schwerpunkt der bundesweiten GEW-Kampagne „Rettet die Bildung“ zu machen, die im Frühsommer starten soll. Auf der Internetseite der GEW BERLIN kann ein Fragebogen zu den Fortbildungswünschen aufgerufen werden. Bitte beteiligt euch zahlreich.

Gerhard Weil

ist stellvertretender (GEW) Personalratsvorsitzender des LISUM

Die Schulbibliothek in der Stadt-als-Schule

Anregung zur Kunst des Lernens in der Lernwerkstatt.

Der Artikel „Pisa und die Schulbibliothek“ in der Dezemberausgabe der blz gab mir eine Fülle von Anstößen zum Nachdenken über meine eigene pädagogische Praxis, die ihren Schwerpunkt in der Lernwerkstatt der Stadt-als-Schule hat. Es wurden Seiten angestimmt, die bis dahin bei mir eher stumm geblieben waren, wie die Saiten einer alten, fast vergessenen Gitarre. So hellhörig geworden, dachte ich über das nach, was im Rah-

men meiner Tätigkeit in der Lernwerkstatt der S-a-S bisher eher wenig Beachtung gefunden hatte, weil es gleichsam „nebenbei“ geschah und unselbstverständlich erschien: Auf dem Fundament eines vor zehn Jahren geerbten Buchbestandes eines Förderers ist nach und nach eine aktuelle Bibliothek gewachsen, die dem Konzept des „Im-Leben-Lernen“ unserer Schule angepasst ist. Diese Bibliothek und Medio-

thek befindet sich an einem für unsere Schule zentralen Ort des Lernens, stark frequentiert von ständig wechselnden und immer wieder anders zusammengesetzten Gruppen von Schülern.

Zur Erinnerung: Vor zehn Jahren begann eine Gruppe von Pädagogen ein Jugendbil-

IM MITTELPUNKT STEHT DIE RADIKALE INDIVIDUALISIERUNG DES LERNENS.

dungsprojekt ins Leben zu rufen, in dem nicht mehr schulpflichtige Jugendliche sich freiwillig an „Praxisplätze“ begaben, um so in „Ernstsituationen“ etwas Neues für sich zu erfahren und nicht zuletzt auch, um „sich“ zu erfahren und die Rollen zu erproben, die das Leben bereithalten könnte.

Aus diesem Projekt ist nach zehn Jahren Schulversuchsphase eine genehmigte „Schu-

le besonderer pädagogischer Prägung“ im Bezirk Kreuzberg entstanden. Mit ihrem zentralen, nunmehr auch eigenen Standort unweit des Potsdamer Platzes, ist sie bestens geeignet für den Besuch jugendlicher aller Berliner Bezirke, die in Gefahr sind, das Berliner Schulwesen ohne Abschluss verlassen zu müssen.

Diese können nach dem Konzept des „Praxislernens“ an drei Tagen in der Stadt und an zwei Tagen in der Schule tätig werden und am Ende den Haupt- oder bei besonderen Leistungen sogar den Realschulabschluss erlangen.

Seit einigen Jahren können auch Schüler nach der achten Klasse mit einer Versetzung in die neunte Klassenstufe zur S-a-S wechseln, was noch wenig bekannt ist. Im klassischen Schulwesen „lernmüden“ Jugendlichen kann hier bereits eine Alternative aufgezeigt werden.

Die überwiegende Mehrheit unserer Schüler hat sich bis zu ihrer Aufnahme an der S-a-S als nicht erfolgreich im Schulsystem erlebt und es bedurfte besonderer Konzepte und Qualifikationen, um ihnen den Weg zurück zum Lernen als einer Tätigkeit, die Sinn macht, zu ebnet. Diese Jugendlichen haben aus den verschiedensten Gründen kaum Erfahrungen gemacht, die sie Lernaktivitäten als Teil ihrer aktuellen Persönlichkeit, als Ich-gerecht, erfahren lassen konnten. Eine nicht geringe Zahl hatte in der Schullaufbahn mit sogenannten Teilleistungsschwächen zu kämpfen. Im Mittelpunkt unseres Konzeptes steht die radikale Individualisierung des Lernens, um die eigenen Interessen wieder als wertvoll erfahrbar zu machen. Hier setzt auch das Lernwerkstattkonzept mit der Bibliothek an.

Bewährt haben sich populärwissenschaftliche Buchreihen. Kein Praxisplatz im Ge- ➔

sundheitswesen kann auf das „Kursbuch Gesundheit“ verzichten, wenn es an die Aufarbeitung geht, kein Jugendlicher, der sich in der Kita ausprobiert, auf das „Kursbuch Kinder“. Religionskunde ist ebenso vertreten wie „Wie geht es meinem Hund?“. Gedichtsammlungen, alle Arten von Lexika, Fachbücher des Berufsschulwesens, aber auch Romane wurden – oft nach dem Bedarf der Praxisplatzerfahrungen – angeschafft. Der Ausbau und die Aktualisierung der Schulbibliothek im Rahmen unseres Konzeptes erwies sich tatsächlich als hochwirksam zur Unterstützung und Anregung von Lernprozessen. Unerlässlich, wie die Hefe im Teig für einen Gärungsprozess.

Es geschieht nicht selten, dass die Schüler Buchwünsche äußern. Sie sind glücklich, geliebte Kinder- und Jugendbücher wieder zu finden. Eigentlich müssten wir auch auf aktuelle Lesebedürfnisse eingehen, die durch die Medien geweckt werden: „Harry Potter“ und „Der Herr der Ringe“ werden von Jugendli-

chen nachgefragt, die zu diesem Zeitpunkt ihrer Entwicklung noch keinen Fuß in eine öffentliche Bibliothek setzen würden. Doch der Etat ist knapp. (Buchspenden sind willkommen!) Schulbücher der Sekundarstufe haben wir im Lauf der Jahre eher selten in den Bestand aufgenommen. Sie erwiesen sich oft als wenig hilfreich zur Erschließung von komplexen Zusammenhängen, wie sie die Wirklichkeit darstellt. Wichtiger Bestandteil unserer Bibliothek sind dagegen Dokumentationen unserer Schüler über ihre Praxisplätze.

Erst einmal entstaubt, neu gestimmt und gut gepflegt, ließ sich auf unserem Instrument Schulbibliothek trefflich spielen und Musik machen. An die Spende von damals erinnert heute noch das „Kindler-Literaturlexikon“, das – zugegeben – selten benutzt wird, aber einfach zu schön und zu schade ist zum Ausrangieren. Häufiger erfährt der gute alte „große Brockhaus“, der von allen Beteiligten mit Ehrfurcht benutzt wird, Beachtung. Meist lässt man sich dann aber doch mit den Disketten für den

„neuen“ Brockhaus im benachbarten PC-Raum für die Recherche nieder, um die halbjährlich fällige Dokumentation mit allen Erkundungsaufgaben zu bearbeiten, Tagesberichte zu schreiben oder den ausführlichen Vortrag für die Gruppe auszuarbeiten.

Natürlich gibt es auch bei uns die Schüler, die Ausnahmen bilden, die z.B. von sich aus Bücher von Luise Rinser zusammenfassen oder gleich selbst ein Buch schreiben. Doch ohne den Faktor der pädagogischen Betreuung, der dazu kommen muss, geschieht es bei der überwiegenden Mehrheit nicht ganz von allein. Zu tief sitzt oft noch die Überzeugung, nicht zu dem Teil der Welt zu gehören, der sich in Bücher vertieft. Diese erzeugt Abwehr. Die Suchmaschine im Internet ist für viele Schüler unbelasteter. Doch auch das Internet kann – so zeigt sich bald – die Hauptschwierigkeit unserer Jugendlichen nicht lösen. Wie den altbekannten Widerstand gegen die Anforderung überwinden, gliedern, ordnen, „verdauen“ zu müssen, um zu verstehen und anderen etwas Sinnvolles mitteilen zu können?

Der Autor des Artikels „Pisa und die Schulbibliothek“, Johannes G. Wiese, betont die wichtige Rolle der pädagogisch ausgebildeten Schulbibliothekare für „selbstgesteuerte“ Lernprozesse. Unsere Erfahrungen bei Annäherung an selbstgesteuertes Lernen unterstreichen seine Thesen.

Individualisiertes Lernen in unserem Schulkonzept muss es leisten, diesen Jugendlichen die Hilfe und Unterstützung beim Überwinden solcher Widerstände zu geben, die sie notwendig brauchen. Das bedeutet häufig Betreuungs- und Unterstützungsarbeit im Verhältnis eins zu eins.

Diese Unterstützung wird an den verschiedenen Lernorten und zu verschiedenen Zeiten immer wieder bereitgehalten:

Sie wird in der Lernbegleitung der betreuenden Pädagogen bei Besuchen am Praxisplatz und bei der gemeinsamen Erarbeitung des jeweils aktuellen Curriculums für jeden einzelnen Schüler zur Verfügung gestellt. Sie wird an den Schultagen im Rahmen der Lernwerkstattarbeit mit der Bibliothek/ Mediothek im Zentrum angeboten.

Dieses Betreuungsangebot steht, da die Lernwerkstatt durchgängig besetzt ist, allen Schülern offen, die nicht am Praxisplatz sein können. Um dieses Betreuungsangebot suchen Schüler auch nach einer Eingewöhnungszeit an der Sa-S selbst nach. Auch die DaZ-Arbeit wird in diesem Rahmen geleistet. Bei dieser intensiven „Lern-Arbeit“ wird oft genug deutlich, wie viele unserer Schüler bisher überhaupt nicht über die Erfahrung verfügten, dass sie sich Erkenntnisse und Erfahrungen Kraft ihrer eigenen Anstrengung selbst erschließen und erarbeiten können. Auch die Erfahrung, anderen Erkenntnisse mitteilen zu können, ist zumeist neu.

Das aber ist lernpsychologisch gesehen gerade der Kern einer Lernerfahrung. Wir müssen die Widerstände überwinden, die sich durch die Sache ergeben, um zu einem Erkenntnisgewinn zu kommen. Durch diese Anstrengung und die vielen Schritte, die erforderlich sind, um das komplexe Geschehen am Praxisplatz mit Hilfe von Büchern und anderen Medien zu erschließen und anderen mitzuteilen, realisiert sich die Lernerfahrung.

Diese „Kunst des Lernens“ wiederholt zu erfahren, wirkt nachhaltig und stärkt das Selbstbewusstsein.

Barbara
Stellbrink-Kesy

Stadt-als-Schule Berlin
Tel: 215 80 26 (priv.)
Schule: 25 88/48 18
(Lernwerkstatt)



10 Jahre Stadt-als-Schule Berlin

1. April 2003, 19 Uhr, Festakt*

mit Beiträgen von Thomas Härtel, Staatssekretär SenBJS, Cornelia Reinauer, Bürgermeisterin Friedrichshain-Kreuzberg, Thomas Isensee, Vorstand GEW Berlin, Sybille Gorschboth, Gesamtelternvertretung, Stefan Bubbenzer, Verein zur Förderung der Stadt-als-Schule

2. April 2003, 11 – 15 Uhr, Tag der offenen Tür

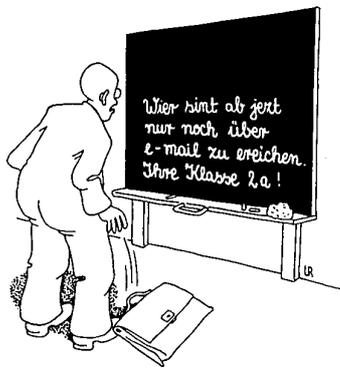
Stadt-als-Schule Berlin, Dessauer Str. 24, 10963 Berlin,
(Nähe Anhalter Bahnhof), Tel.: 22 50 83 11 Fax: 22 50 83 15
stadt-als-schule.cids@t-online.de
<http://www.Stadt-als-Schule.de>

* Bei Teilnahme am Festakt bitten wir um vorherige Anmeldung.

Zwiespältiger Erfolg

Mehr JÜL-Schulen, weniger Stunden.

An dem 1999 gestarteten Schulversuch nehmen bislang acht Grundschulen teil, die einen starken Andrang haben: Die Zahl der Eltern, die dort keinen Platz für ihre Kinder bekommen, verdoppelt sich jährlich. Deswegen hat Bildungssenator Klaus Böger weitere fünf Grundschulen für den Schulversuch Jahrgangsübergreifende Lerngruppen (JÜL) zugelassen.



Leider erhalten die neuen JÜL-Schulen wegen der haushaltspolitischen Lage aber keine zusätzlichen Lehrerstunden. Die acht bisherigen JÜL-Schulen müssen die Hälfte ihrer zusätzlichen Stunden zugunsten eines gemeinsamen Lehrerstunden-Pools abtreten, was zu großen Irritationen geführt hat: Einerseits zeugt die Ausweitung des Schulversuchs von Akzeptanz und Anerkennung, andererseits werden Stunden entzogen. Aber wenigstens stehen die Stunden weiter dem Projekt zur Verfügung.

Ermutigender Ansatz

Inzwischen können wir auch auf Zahlenmaterial zurückgreifen. Im Schulversuch JÜL sind zwei Prozent der SchülersInnen vorzeitig aufgerückt. Normalerweise sind dies in Berlin laut Statistik nur 0,05 Prozent, also eine verschwindend geringe Zahl. Staatssekretär Thomas Härtel bemerkte auf der letzten JÜL-Tagung dazu: „Auch wenn die Zahl der untersuchten Schüler sehr gering ist und somit stati-

stisch nicht signifikant, ist doch der Ansatz ermutigend und zeugt von der tatsächlich praktizierten Binnendifferenzierung. Die Förderung für leistungsstarke und besonders begabte Kinder in dem Schulversuch scheint groß und vermutlich wird auch von der Möglichkeit des schnelleren Aufrückens eher Gebrauch gemacht, wenn die Schüler ihre soziale Gruppe nicht verlassen müssen.“

Lehrkräfte gesucht!

Die Mehrzahl der JÜL-Schulen befinden sich im kommenden Schuljahr im Aufbau der zweiten Stufe, d.h., jahrgangsübergreifende Lerngruppen werden nun auch in den Jahrgangsstufen 4-6 gebildet. Schon im vergangenen Schuljahr war in diesem Bereich die Personaldecke dünn, denn in Berlin gibt es nicht genügend LehrerInnen, die Unterrichtserfahrung mit jahrgangsübergreifenden Lerngruppen haben. Um hier ein wenig zu helfen, bietet die GEW BERLIN am 4./5. April eine Fortbildung an: „In heterogenen Lerngruppen unterrichten. Wie soll das gehen?“

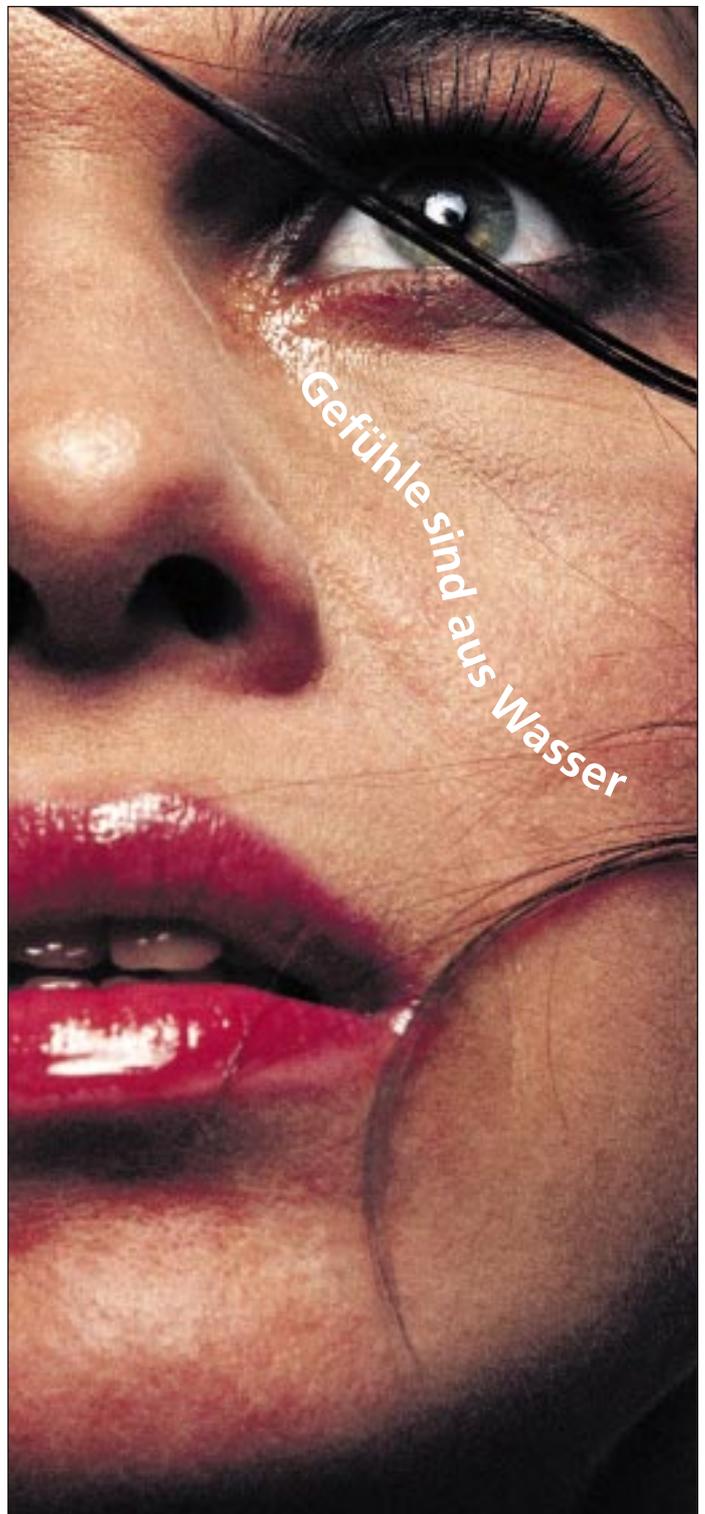
Schwerpunkt der Veranstaltung wird die Praxis des binnendifferenzierenden Unterrichts sein, immer orientiert an den Herausforderungen, die es im Unterrichtsalltag zu bewältigen gilt. Weitere Informationen bitte dem Veranstaltungshinweis auf der letzten Umschlagseite dieser blz entnehmen.

Rosemarie Stetten

Weitere Informationen, Tipps und Materialien zum Schulversuch gibt es bei Rosemarie Stetten (fachlich-pädagogische Begleitung), Tel.:

9022 4772, Fax: 9022 4141, E-mail: r.stetten@web.de oder unter

<http://bebis.cidsnet.de> weiter unter Lernfelder/Grundschule oder bei der GEW BERLIN, Referat B, Sabine Dübbers: Tel.: 219993 57, Fax: 219993 50, E-mail: referatb@gew-berlin.de



**WASSER
BERLIN 2003**



**Infoschau
7.-11. April 2003**

Leben ohne Gefühle ist schwer möglich.

Leben ohne Wasser ist unmöglich.

WASSER ist Zukunft. Mach Dich schlau auf der Infoschau.

Mit spannenden Aktionen rund ums Thema Wasser.

Messegelände Berlin. Eingang Süd. 8-16 Uhr. Eintritt frei.

Messe Berlin GmbH · Messedamm 22 · 14055 Berlin
Telefon +49(0)30 / 3038-2116 · Fax +49(0)30 / 3038-2069
www.wasser-berlin.de · www.wasser@messe-berlin.de



Messe Berlin

Ein nachhaltiges Schulgesetz für Berlin!

Der vorgelegte Entwurf der rot-roten Koalition ist nicht zukunftsfähig.

Eine Arbeitsgruppe des Fachforums Bildung innerhalb des Agendaforums hat den Entwurf für ein neues Schulgesetz auf die Berücksichtigung von Inhalten und Rahmenbedingungen einer Bildung für eine nachhaltige (zukunftsfähige) Entwicklung hin untersucht.

Der neue Schulgesetzentwurf greift weder im Vorwort noch im Gesetzestext selbst die Begriffe „nachhaltige (zukunftsfähige) Entwicklung“ oder „Bildung für eine nachhaltige (zukunftsfähige) Entwicklung“ auf. Inhalte, die mit zukunftsfähiger Entwicklung oder Bildung etwas zu tun haben, finden sich nur indirekt und ohne Nennung des Leitbegriffs.

Der Paragraph 3 wäre ein richtiger Ort für die Berücksichtigung der Gedanken zur nachhaltigen Entwicklung. Es geht dabei um die Facetten „ökologisch, ökonomisch und sozial“, insbesondere um die Frage der Partizipation und Geschlechter-Gerechtigkeit. Der im Entwurf verwendete Begriff Gleichberechtigung wirkt eher defensiv und sollte durch 'Gleichstellung' im Sinne von Gender Mainstream ersetzt werden.

Rahmenpläne ohne Nachhaltigkeit

Im Abschnitt II, Gestaltung von Unterricht und Erziehung, werden Rahmenpläne als Grundlage für den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule genannt. Da im Gesetzentwurf selbst kaum etwas zur Nachhaltigkeit zu finden ist, müssten praktisch alle Rahmenpläne auf nachhaltige Bildungsziele hin untersucht werden.

Eine 1996 im Auftrag des Abgeordnetenhauses erstellte Analyse der Berliner Rahmenpläne durch die Senatsschul-

verwaltung erbrachte aber allein für den wesentlich enger gefassten Bereich der schulischen Umwelterziehung das Fehlen wesentlicher Inhaltsfelder für den Bereich der Grundschule. In den Rahmenplänen der Sekundarstufe I finden sich Einzelthemen für eine zukunftsfähige Bildung lediglich in verschiedenen Fächern. Es ist kein übergreifendes Prinzip erkennbar.

Die im neuen Schulgesetzentwurf zu findenden Regelungen über die Rahmenpläne (jetzt Paragraphen 12 und 13) sind sehr allgemein gehalten und unverbindlich. Aussagen über eine zukunftsfähige Bildung finden sich nicht.

Nach Auffassung des Fachforums Bildung wäre hier der Platz, um z.B. die von der Kommission für nachhaltige Entwicklung der UNO 1996 formulierten Prinzipien für eine zukunftsfähige Bildung aufzunehmen:

- Prinzip des lebenslangen Lernens
- Veränderung der Lebensgewohnheiten



- Bildung muss „unten“ ansetzen (Lokale Agenda)
- Kooperation der Verantwortlichen in Bildung, Wissenschaft, Regierung und NGO
- Verbindung von Lernen mit Alltagserfahrung, Entwicklung von Perspektiven zur Bewältigung der erfahrbaren Probleme
- Lernen des Umgangs mit Wahrscheinlichkeiten und Risiken (lineare Lernmodelle sind dafür nicht mehr tauglich)
- Lernen des Umgangs mit Konflikten und divergierenden Interessen.

Verbindlichkeit muss sein

So, wie der Schulgesetzentwurf angelegt ist, könnte sich eine konkrete Schule in ihrem Schulprogramm der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung verschreiben. Sie könnte es aber auch bleiben lassen. Damit bleibt dieses Bildungsziel alleine in der Kompetenz der jeweiligen Schule. Die Prinzipien einer nachhaltigen (zukunftsfähigen) Bildung sollten jedoch verbindlich für alle Schulen sein. Geschlechter-

gerechtigkeit, Menschenrechts- und Friedenserziehung, die informations- und kommunikationstechnische Bildung sowie die Medienerziehung sind so grundlegende Anliegen, dass sie aus dem „Kann-Katalog“ herausfallen müssten.

Die andere Seite von Bildung

Die Ausführungen über Rahmenpläne thematisieren lediglich Inhalte, Qualifikations- und Qualitätsziele, also Wissen. Wissen in seiner komplexen, interaktiven und lebensbegleitenden Dynamik ist die eine Seite von Bildung. Die andere Seite umfasst jene menschlichen Qualitäten, die das Leben in einer Zukunftsgesellschaft des Wissens und der Kommunikation wesentlich stützen und humanisieren: Kooperations- und Konfliktfähigkeit, konstruktives Verhalten in komplexen und risikobehafteten Situationen, kritisches Urteilsvermögen und Verantwortungsbereitschaft auf der Basis von Selbstwirksamkeitsüberzeugungen.

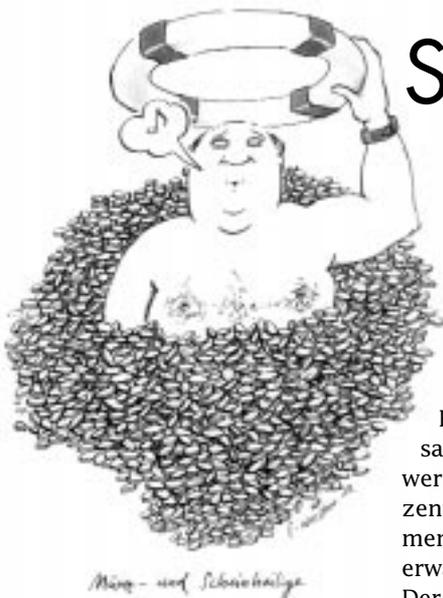
Wichtige emotionale Voraussetzungen für humanes Miteinander sind Bindungsfähigkeit und Respekt mit Blick auf Menschen, Ideen, Werte und Leistungen. Es bedarf also einer Verbindung von Sachkompetenz, Selbstkompetenz und Handlungskompetenz. Diese Vorstellung von einer ganzheitlich entwickelten Persönlichkeit, eines „Gebildeten“ also, umreißt die seelisch-geistigen Grundlagen, damit Menschen die Nachhaltigkeitssidee mit-zu-leben willens und fähig sind.

Der vorliegende Schulgesetzentwurf ist leider von diesen formulierten Bildungszielen weit entfernt. Er greift von dem vom Fachforum Bildung vorgeschlagenen Überlegungen, die den bildungspolitischen Sprecherinnen von SPD und PDS ausführlich dargelegt wurden bis auf eine Wortübernahme (Geschlechtergerechtigkeit statt Gleichberechtigung) nichts auf, ja er setzt noch nicht einmal einen akzeptablen Rahmen dafür.

Manfred Triebe, Mitarbeiter im Fachforum Bildung innerhalb des Agendaforums.

Sind die Reichen arm dran?

Anmerkungen zum Thema Vermögensteuer.



1995 urteilte das Verfassungsgericht, die Vermögensteuer sei verfassungswidrig, da die Bemessungsgrundlage für Immobilienbesitz zu niedrig angesetzt sei und dadurch Geldvermögen benachteiligt werde. Statt die beanstandete Bemessungsgrundlage zu ändern, schaffte die Regierung Kohl die Vermögensteuer 1997 ganz ab. Seitdem hat der Staat laut Berechnungen von Ver.di auf rund 10 Milliarden Euro jährlich verzichtet. Das freut die notleidenden 365.000 Millionäre in Deutschland. Insbesondere jene 50 bis 100, die jeweils mehr als 500 Millionen Euro besitzen. Zumal sie doppelt verdienen: sie sparen nicht nur die Vermögensteuer, sondern verleihen den eingesparten Betrag auch noch gewinnbringend an den Staat für dessen Schuldentilgung.

Die Gewerkschaften fordern deshalb die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Bei einem Freibetrag von 500.000 Euro für eine vierköpfige Familie und einem Steuersatz ab diesem Schwellenwert von lediglich einem Prozent werden jährliche Einnahmen von 16 Milliarden Euro erwartet.

Der hohe Freibetrag stellt dabei sicher, dass der Konjunktur keine Gelder entzogen werden, denn bei dieser Größenordnung wird keine Kaufkraft abgeschöpft, sondern lediglich Spar- und Spekulationsgeld.

Der Vorschlag ist gewiss nicht revolutionär, denn die Reichen in Deutschland würden immer noch gut bedient. Bislang tragen sie hier mal gerade 3,6 Prozent zum Staatshaushalt bei. In Großbritannien, Japan und den USA dagegen weit über 10 Prozent!

Doppelt besteuert?

Ganz schlaue Mitbürger finden das trotzdem ungerecht, z.B. Gustav Seibt, der in der *Süddeutschen Zeitung* zum Jahresende schrieb, es sei übersehen worden, dass das Vermögen Schwerreicher in aller Regel aus bereits versteuertem Einkommen stamme. Natürlich wurde das nicht

„übersehen“! Weder damals, als es die Vermögensteuer noch gab, noch jetzt: Aber große Vermögen haben eine erheblich höhere Ertragskraft als kleine. Nicht nur, dass man beispielsweise in lukrative Risikopapiere gehen kann, selbst bei normalen Anlagen erzielen große Beträge höhere Zinsen – und das nicht nur bei der Berliner Bankgesellschaft! Hinzu kommt, dass es eine „Doppelbesteuerung“ auch bei Normalbürgern gibt: Diese geben fast das gesamte Einkommen für Konsumgüter aus – und zahlen da Mehrwertsteuer. Diese fällt bei den Superreichen kaum ins Gewicht, denn gemessen an ihrem Vermögen geben sie nur einen geringen Teil für ihren Konsum aus.

Wie Reiche arm werden

Falls die Vermögensteuer eingeführt wird, kommen einige Milliardäre in arge Bedrängnis – sagen sie zumindest. Zum Beispiel die Gründer des Softwarehauses SAP, Dietmar Hoppe und Hasso Plattner: Da ihre Milliarden nur auf dem Papier stünden, nämlich als Aktienwert, müssten sie davon einen Teil verkaufen, um die Steuerschuld begleichen zu können. Im Fall Plattner wären das nach dessen Angaben 34 Millionen Euro jähr-

lich, denn sein Aktienvermögen betrage 3,4 Milliarden Euro: „Das ist so, als ob der Fiskus einem Bauern jedes Jahr zehn Quadratmeter von seinem Acker wegnimmt“, erläuterte Plattner seine Sicht der Dinge gegenüber dem *Spiegel*. Ähnlich äußerte sich sein Kompagnon Hoppe gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*: „Für jemanden wie mich, dessen Vermögen nur auf dem Depotauszug besteht, der müsste mindestens zwei Prozent der Aktien verkaufen, um ein Prozent Vermögensteuer zu bezahlen – Jahr für Jahr.“

Man fragt sich, wie früher (oder in anderen Ländern) die Reichen die in Deutschland bis 1997 erhobene Vermögensteuer bezahlt haben, ohne ihr gesamtes Hab und Gut loszuwerden. Und man fragt sich, warum sich angesehene Journalisten widerspruchslos solche Bären aufbinden lassen. Denn in Deutschland wird das Vermögen mit 0,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) vergleichsweise gering besteuert, im Durchschnitt aller OECD-Länder liegt die Quote bei 1,9 Prozent, in den USA über 3, in Kanada, Großbritannien und Luxemburg sogar bei rund 4 Prozent.

Klaus Will

anzeige

passat
REISEN

24 Std. INFOLINE 69 58 210

FAXABRUF 69 58 22 30

WWW.PASSAT-REISEN.DE

10361 KREUZBERG	10551 TIERBÄRTE	19249 WEDDING	10245 FRIEDRICHSHAIN	10245 SCHÖNEBERG
Gelkenstraße 97 Ecke Goltzstraße Mo-Fr 10-20 / Sa 10-15 4 90 62 - 0	Waldstraße 60 Ecke Turmstraße Mo-Fr 10-19 / Sa 10-15 3 95 89 - 25	Milkenstraße 59a U-Bhf. Rehberge Mo-Fr 10-14 u. 15-19 4 52 88 - 47	Boxhagener Straße 123 U-Bhf. Frankfurter Tor Mo-Fr 9-18 / Di 9-21 / Sa 10-13 29 34 03 - 0	Grünwaldstraße 44 U-Bhf. Bayrischer Platz Mo-Fr 10-19 / Sa 10-15 21 28 06 - 0

www.passat-reisen.de

Gewinnen Sie im aktuellen Gewinnspiel:

- 2 Freiflüge nach Málaga mit
- Direct online buchen
- Linien- & Charter-Special: Last Minute mit Kindern
- MFU: Single-Reisen Hotels mit Einzelbelegung
- Taglich aktuelle Last-Minute-Listen

Last Minute Reisen - Flug & Pauschal

Täglich neue Listen | Auch im Internet und per Faxabruf | Ständig aktuelle Angebote

Beziehen Sie nicht mehr als nötig für Ihre Flüge und Reisen. Wir stellen für Sie die besten Angebote aller Reiseveranstalter und Fluggesellschaften zusammen. Bei uns bleibt nichts untern Ladentisch!

Und: Klasse Frühbuchepreise weltweit für die Sommersaison bei Buchung bis zum 31.03.

Zwei Beispiele für Kreta:

Alle Preise ab/bis Berlin, inkl. Flug, Transfer, pro Person bei 2 Personen

Kreta, Stalis

***Hotel Sunny Beach, Halbpension am 06.04. / 27.04.

1 Woche	€ 460,-
2 Wochen	€ 580,-

Kreta, Aghia Galini

Im Süden der Insel. **Hotel Aera, ÜF am 25.04. / 02.05.

2 Wochen	€ 408,-
----------	---------

Schülerstreik gegen den Krieg

Eine Schülerinitiative ruft die GEW BERLIN zur Unterstützung ihrer Aktionen auf.

Die Organisation „Schülerinnen und Schüler gegen den Krieg“, organisiert am Tag des Beginns des Krieges gegen den Irak einen Schülerstreik und eine Demo, die am Tag X um 11 Uhr auf dem Alex stattfindet.

Zu Beginn des Afghanistankrieges haben wir uns gegründet und bereits einen Schülerstreik organisiert, daran nahmen über 5000 Schüler teil. Dieser Streik hatte damals die Berliner Antikriegsbewegung neu inspiriert und ihr neuen Aufschwung gegeben. Schüler hatten teilweise das erste Mal in ihrem Leben an politischen Demonstrationen teilgenommen. Ehemalige AntikriegsaktivistInnen konnten wieder neu aktiviert werden und haben wieder an der Bewegung teilgenommen.

Wir hoffen wieder den gleichen Effekt auf die Antikriegsbewegung haben zu können, auch wenn diese heute schon weiter ist als vor einem Jahr.

Trotz des NEIN der Bundesregierung zur Kriegsbeteiligung, müssen wir wieder auf die Straße gehen und fordern, den Krieg auch nicht indirekt zu unterstützen, sondern durch Sperrung des Luftraumes und den Stopp der Auslandseinsätze der Bundeswehr den Krieg auch zu verhindern. Somit fordern wir mit dem Schülerstreik den Stopp des Krieges und die Nutzung militärischer Ausgaben für das Sozialsystem, zum Beispiel für die Bildung.

Wir SchülerInnen haben im Moment wöchentliche Treffen, auf denen wir über die Lage des Krieges, wie man gegen Saddam vorgehen kann und was die nächsten Schritte der Bewegung sein müssen, diskutieren. Außerdem machen wir wöchentlich Aktionen auf der Straße, wo wir für den Schülerstreik und Antikriegsdemos mobilisieren. Natürlich sind wir auch direkt an Schulen aktiv, wo wir Antikriegskomitees aufbauen, Flyer ge-

gen den Krieg verteilen, Veranstaltungen organisieren etc.

Leider werden wir oft direkt an der Schule von LehrerInnen und DirektorInnen behindert, die mit dem Argument der politischen Ausgewogenheit uns Diskussion und Information verwehren. Deswegen würden wir uns mehr Unterstützung von den LehrerInnen wünschen und die Möglichkeit, ausführlich über den Krieg an der Schule diskutieren zu können. Als Unterrichtsthema müsste mindestens das Völkerrecht, besonders die UNO-Charta behandelt werden. Es sollte aufgeklärt werden über die Gefahren von immer neu entwickelten Waffen. Auch die hinter dem Krieg stehenden ökonomischen Interessen der Industrieländer sollten reflektiert werden können. Wir sollten die Situation im Irak besprechen und die Auswirkung, die Krieg und Sanktionen auf das Land und die Menschen hat.

Die GEW hat mit ihrer Resolution gegen den Krieg schon einen wichtigen Schritt gemacht, sollte aber unserer Meinung nach ihre Kraft und Größe nutzen, um auch mit einem eintägigen Streik gegen den Krieg vorzugehen. Die Unterstützung unseres Schülerstreiks wäre dabei ein wichtiger Schritt.

In der kommenden Tarifrunde müsste auch der Krieg thematisiert werden, da Massen von Geld für Rüstung und Auslandseinsätze rausgeschmissen werden, aber bei den Lehrern und der Bildung gespart wird. Schüler und Lehrer können hier gemeinsam was verändern. Geld für Bildung statt für Rüstung!

Der Aufruf der SchülerInnen ist uns über die Friedens-AG der GEW BERLIN zugegangen. Die AG möchte noch viele Aktive aus Ost und West begrüßen, um auch kommunale Antikriegsarbeit zu gestalten so wie „Kreuzberg gegen Krieg“. Wer teilnehmen möchte, setze sich bitte in Verbindung mit Hansi Borck, Tel. 851785 und Dorothea Ihme, Tel. 831 56 41.

Foto: Jörg Lipskoch



Seit 1998 sind zwischen Berliner Schulen und Theater- und Opernhäusern stolze 28 Partnerschaften entstanden. Für maximal vier Jahre gibt es einen regen Austausch zwischen einer Schule und ei-

nem Theater, die gemeinsame Projekte durchführen. Ziel ist es, die Jugendlichen für die Welt des Theaters zu begeistern und über Begegnungen mit den Künstlern und dem Medium Theater neue persön-

TUSCH-FEST

Im März finden die Theatertage 2003 statt.

liche und gesellschaftliche Blickfelder zu eröffnen. Dazu findet jedes Jahr ein großes TUSCH-FEST statt, bei dem die TUSCH-Schülerinnen und Schüler als Akteure auftreten.

Zu sehen sein werden in diesem Jahr szenische und musikalische Präsentationen, Talkshows und Gesprächsrunden, Ausstellungen und Video-Dokumentationen, außerdem Ergebnisse aus den Theaterwerkstätten, die allesamt von Künstlern der Berliner Bühnen geleitet werden; sie reichen von Tanz über Regiearbeit bis hin zur Herstellung von Kostümen und zum Umgang mit Lichttechnik. Weiter

stehen drei große TUSCH-Produktionen mit der Vaganten Bühne/ Tribüne, dem Maxim Gorki Theater und den Sophiensaelen auf dem Programm. Schulklassen sind herzlich eingeladen und können in dieser Festivalwoche den Mikrokosmos Theater in vielen Facetten miterleben.

TUSCH-FEST THEATERTAGE 2003

Montag, den 24. März bis Freitag, den 28. März 2003, täglich zwei Module von 9:00 - 11:00 Uhr und 11:30 - 13:30 Uhr, ab 18:00 Uhr Abendveranstaltungen. Das genaue Programm ist im Internet <http://www.tusch-berlin.de> einzusehen. Informationen über: Tel. 426 33 38 (tagsüber) Anmeldung dringend erbeten unter: LISUM Tel. 90 22 48 06

Praxis ILP
 INTEGRIERTE LÖSUNGSORIENTIERTE PSYCHOLOGIE
**Supervision
 und Einzelcoaching**
 47 03 20 46 o. 83 22 10 28

MUTTERSPRACHLERIN FRANZÖSISCH
 mit sehr guten Grammatik-Kenntnissen
 hilft zuverlässig und vertraulich gestressten
 Lehrer/innen bei den Abi-Korrekturen.
 Aude David, 030 602 59 606
 adajoe@arcormail.de.


**Berufsleben
 und dann?**
Beratung Seminare Psychotherapie
 R. Jäger Kadettenweg 4 12205 Berlin ☎ 8122301
 www.viakairos.de.vu

Supervisionsgruppe
 für Lehrer/innen hat
 noch freie Plätze
 Info: Ina Kaufmann
 Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)
 Tel: 030/ 693 68 90, e-mail:
 ina.kaufmann@t-online.de


 Deutsche Akademie für
 Psychoanalyse DAP e.V.
Supervisionsgruppen
 für Lehrerinnen und Lehrer
 Dipl. Psych. G.v. Bülow, Supervisorin (BDP)
 Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
 Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
 ☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com


 INSTITUT FÜR
 MUSIKTHERAPIE
 WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
 Berufsbegleitende Aus- / Weiterbildung Sozial-
 therapeutische Musikarbeit für Sonder- / Pädä-
 gogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
 www.musiktherapieberlin.de
 INFO-TEL.: 030 - 813 50 80

Es gibt ein Leben vor der Pensionierung !
Gruppen- SuperVision/ Beratung
 für LehrerInnen – auch eines Kollegiums
 (Neubeginn im März 2003 oder nach Vereinbarung)
 Otmar Tretter Lehrzr/ Supervisor Irmgard Müller Lehrerin/ Gestalttherapeutin
 Tel: 741 23 62 Tel: 784 39 50
 tretterO@t-online.de irmgardm@t-online.de

FRAUEN AB 40
 Fortlaufende Gruppe zur Bearbeitung von
 wichtigen Lebens-, auch Arbeits-Themen
 do. 16:30 bis 19:00 Uhr.
 Leitung durch erfahrene Gestalt-Psycho-
 therapeutin Tel: 030/813 46 36

Überfordert - ausgebrannt - traurig?
Einfühlsame und sanfte Therapie
 für Kinder und Erwachsene
 Beate Hillert
 Heilpraktikerin; Therapeutin und Ausbilderin am
 PZGPF (Psychologisches Zentrum für Gestalt-
 therapie, Psychodrama und Familienaufstellung).
 Abrechnung über Privatkasse
 (wenn HP mitversichert ist)
Information und Anmeldung:
 Tel.: 62 66 120

SCHWARZES SCHAF

Edel-lässige Kleidung
 aus Seide - Leinen - Merinowolle
 - auch große Größen - !
 Wolle • Knöpfe • Keramik
 direkt am S-Bhf. Lichterfelde - Ost • Jungfernstieg 4B
 12207 Berlin • Telefon 7 72 53 56 • Gertrud Hillmann
 Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 13 Uhr

Wir sind umgezogen
Zahnarztpraxis
Dr. Corinna Schremmer
 Mariannenstr. 9/10
 10999 Berlin
 Tel. 615 87 28

 www.dr-schremmer.de

Train the Trainer!
 Einjähriges Training für PädagogInnen
 Zertifizierung zum/zur Trainer/in
 Ein Kooperationsprojekt der Berliner Bildungs-
 beratung mit der Diesterweg - Hochschule
 Information: 030 - 61 30 62 60
 www.BerlinerBildungsBeratung.de


**Von hier an geht
 es aufwärts!**
**Klinik am
 Leisberg**
 BADEN-BADEN
**HOTLINE:
 07221/39 39 30**
 In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir
 einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen
 Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und
 Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom,
 Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**,
 Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
 Günzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
 Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

KLINIK NIKOLASSEE
 Private Akut- und Rehabilitationsklinik
 Innere Medizin - Kardiologie - Psychotherapie - Neurologie
 Leitung: Dr. med. Thomas Bodemann, Internist- Dipl.-Psychologe
Schwerpunkte: Diagnostik u. Therapie bei
 Alkohol- u. Tablettenmißbrauch (Entgiftung/
 Entwöhnung), Depressionen, Ängsten,
 Panikattacken, nervösen u. Erschöpfungs-
 Zuständen, Schmerzen, Schlafstörungen,
 Herz-Kreislauf-Erkrankungen
Auch Akutaufnahmen!
 Private Kassen, Beihilfe. ☎ **80 30 91-0**
 www.klinik-nikolassee.de 14129 Von-Luck-Str. 3
Unsere Patienten sind unsere Gäste!

Erschöpfung? Das Gefühl innerer Leere? Und der Schlaf hat längst seine heilsame Wirkung verloren? Hinzu kommen Konzentrations-schwierigkeiten? Und nichts bereitet mehr richtige Freude? Stattdessen Teilnahmslosigkeit? Und Sie fangen an, sich damit abzufinden? Die Fliedner Klinik Berlin bietet Beratung und Hilfe, wenn die Seele aus dem Gleichgewicht geraten ist.

Fliedner Klinik Berlin,
 Ambulanz und Tagesklinik für psychologische Medizin
 www.fliednerklinikberlin.de Telefon 030/20 45 97 0

Prof. Dr. med. Tilo Held, Ärztlicher Leiter, Dr. Dipl.-Psych. Markus Funke, Psychologe.

Ambulante Hilfen zur Erziehung

Kennt der Finanzsenator das Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz?

Seit Monaten ist eine dramatische Entwicklung im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung zu beobachten. In diesem Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe finden einschneidende Kürzungen statt, grundlegende Umstrukturierungen und Umsteuerungen werden eingeleitet. Ist das aber noch gesetzesgemäß?

Ausgangspunkt: Empfehlungen der Scholz-Kommission

Ausgangspunkt dieser Entwicklungen waren die Empfehlungen der so genannten Scholz-Kommission zum Bereich Hilfen zur Erziehung. Die Scholz-Kommission hatte festgestellt, dass Berlin sehr viel höhere Ausgaben als ver-

gleichbare Großstädte wie z.B. Hamburg für Hilfen zur Erziehung hat. Die Scholz-Kommission folgerte deshalb, dass ab 2002 die Ausgaben Berlins in diesem Bereich an die vergleichbarer Großstädte angepasst werden sollten. Dazu sollten nach einem Indikatorenmodell strukturelle und demographische Merkmale berücksichtigt, die Ausgaben den Bezirken als Budget zugewiesen werden. Um dies zu unterstützen, sollte ein einheitliches Informationssystem für die Hilfen zur Erziehung aufgebaut werden. In diesem Zusammenhang sollte auch eine Ermittlung der unter den Bezirken stark differierenden Fallkosten und ein Vergleich mit den Durchschnittskosten

anderer Kommunen erfolgen. Fachliche Steuerung, gemeinsame Dienstvereinbarung, Qualifizierung der Führungskräfte und der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des ASD sollten absichern, dass die veranschlagten Haushaltsmittel im Rahmen der Budgetierung ohne Qualitätsminderung ausreichend sind.

Der rot-rote Senat hatte beschlossen, den Vorschlägen der Scholz-Kommission zu folgen. Ohne allerdings die konkretere Kostenanalyse abzuwarten und ohne Berücksichtigung und Erarbeitung eines Indikatorenmodells wurden Ausgabenkürzungen für die Hilfen zur Erziehung beschlossen und eingeleitet, und zwar 33 Millionen Euro für das Jahr 2002 und 50 Millionen Euro für das Jahr 2003.

Die Folgen der Umsteuerung

Um diese Kürzungen erbringen zu können, wurde in den Jugendämtern begonnen, eine restriktivere Praxis der Fallbewilligung umzusetzen. Seit dem letzten Jahr zeichnet sich ab, dass im ambulanten Bereich die Fachleistungsstunden zum Teil nach dem Rasenmäherprinzip bis zu 50 Prozent gekürzt wurden, in der Falleingangsphase Hemmschwellen aufgebaut, Hilfen kürzer bewilligt wurden. Diese restriktive Fallbewilligung blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der ambulanten Hilfen, die bei freien Trägern beschäftigt sind.

- Die MitarbeiterInnen haben überwiegend kein kalkulierbares Einkommen (z. B. durch so genannte Sockelarbeitsverhältnisse, befristete Arbeitsverträge, Honorarstatus). Ein abgesichertes Arbeitsverhältnis besteht in der Regel nur für einen Teil der wöchentlichen Arbeitszeit. Es gibt KollegInnen, bei denen die Existenz des Arbeitsverhältnis-

ses direkt an die Bewilligungsdauer einer Maßnahme geknüpft ist. Ein abgesichertes Arbeitsverhältnis besteht lediglich für einen Teil der wöchentlichen Arbeitszeit. Brechen Klienten weg, reduziert sich auch das Einkommen bzw. beginnt Arbeitslosigkeit. Oftmals werden unter Umgehung von Kündigungsfristen Bestandteile des Arbeitsverhältnisses geändert.

- Die Kürzungen der Fachleistungsstunden haben zu erheblichen Einkommenseinbußen geführt. Gleichzeitig müssen die KollegInnen aber auch mehr Klienten betreuen, um ihre Existenz sichern zu können.

- Die durchschnittliche Zahl der Klienten, die ein Mitarbeiter innerhalb der gleichen Arbeitszeit zu betreuen hat, ist gestiegen. Beziehungen zu mehr Klienten/Familien bringen höhere Anforderungen und mehr Probleme mit sich. Die Zahl der Supervisionsstunden ist aber gleich geblieben, d.h. Konflikte können nicht ausreichend problematisiert werden.

Parallel dazu hat eine Ad-hoc-AG Sofortmaßnahmen Hilfen zur Erziehung eine Dokumentation erarbeitet über die Sofortmaßnahmen von Januar bis November 2002. Die Ergebnisse dieser Dokumentation sind eingeflossen in das Rundschreiben 3/2002. Darin geht es im Wesentlichen darum, im Vorgriff auf eine Ausführungsvorschrift „Hilfeplanung“ Maßnahmen zur Steuerung der Hilfebewilligung vorzugeben. Erklärte Zielsetzung ist auch hier: Einsparungen zu erbringen durch „effektivere und effizientere Maßnahmen“. Angestrebt wird die Bewilligung kostengünstiger Hilfen, eine kürzere Dauer der Hilfen, weniger intensive Hilfen. Darüber hinaus soll im Rahmen des neuen von der Senatsverwaltung für Bildung,

6. Jugendhilfekongress der GEW
16. bis 18. Mai 2003 in Wolfsburg

„Niemanden zurücklassen!“ Chancengleichheit durch Bildung

Der alle zwei Jahre stattfindende Jugendhilfekongress der GEW behandelt aktuelle Themen der Kinder- und Jugendarbeit, lässt bemerkenswerte und angesehene Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wie auch innovative Vertreterinnen und Vertreter der Praxis zu Wort kommen und gibt Gelegenheit zum fachlichen Austausch.

Der Kongress findet vom 16. bis 18. Mai 2003 in Wolfsburg statt und wird mit einer Reihe von Vorträgen eröffnet, die sich mit grundlegenden Aspekten der aktuellen Debatten in der Jugendhilfe beschäftigen: Was Kinder brauchen und wie kommen sie zu ihrem Recht auf Bildung? Qualitätsentwicklung durch Prozesssteuerung und Evaluation. „Lernziel Lebenskunst“.

Der zweite Kongresstag ist Exkursionen und der Diskussion in Arbeitsgruppen vorbehalten.

Im Rahmenprogramm werden spezielle Führungen durch das Volkswagen-Werk angeboten.

Der dritte Kongresstag dient der GEW-internen Auswertung.

Kosten: Die Teilnahme kostet für GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER 60 Euro, (für Studierende und Arbeitslose 40 Euro), für andere 100 Euro. Darin enthalten sind die Tagungsteilnahme, Hotelunterkunft und Verpflegung während der Tagung. Die Kosten für die An- und Abreise müssen selbst getragen werden. Tagesgäste zahlen 20 Euro (ermäßigt 15 Euro), Nichtmitglieder 30 Euro. Anmeldung an: GEW-Hauptvorstand, Büro Jugendhilfekongress, Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main, Fax: 069/78973-103, loensh@gew.de

Das Programm steht auch im Internet unter www.gew.de

Jugend und Sport entwickelten Konzeptes der Sozialraumorientierung überprüft werden, ob Unterstützung auch aus anderen Ressorts der Jugendhilfe gewährt werden kann bzw. Ressourcen außerhalb der Jugendhilfe herangezogen werden können

Die Situation spitzt sich zu

Für das Jahr 2003 hat die Senatsverwaltung für Finanzen die Daumenschrauben weiter angezogen: In diesem Jahr sollen nach ihren Vorgaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung 90 Millionen Euro erbracht werden. Diese setzen sich zusammen aus den im Jahr 2002 nicht erbrachten 33 Millionen Euro, 8 Millionen Euro aus dem Jahre 2002 die zusätzlich aufgebracht worden sind, 50 Millionen Euro wie geplant für das Jahr 2003. Im ersten Hauswirtschafts-rundschreiben für 2003 hat die Senatsverwaltung für Finanzen eine Hauswirtschafts-sperre für die Hilfen zur Erziehung erlassen. Maßnahmen dürfen nur noch mit Ausnahmeregelung in den Bezirken genehmigt werden. Diese Haus-



Finanzsenator Sarrazin spart sich die Kinder- und Jugendhilfe.

haltungssperre gilt bis zur Verabschiedung des Nachtragshaushalts. Damit regiert Finanzsenator Sarrazin direkt in die Kinder- und Jugendhilfe hinein. Leistungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung sind Pflichtaufgaben. Kinder und Jugendliche bzw. deren Eltern haben einen Rechtsanspruch auf diese Hilfen, und zwar

nicht auf besonders kostengünstige Hilfen, sondern auf die für sie geeignetsten Hilfen. Das KJHG legt eindeutig fest: „Art und Umfang der Hilfe richten sich nach dem erzieherischen Bedarf im Einzelfall“ (§ 27 Abs. 2 KJHG). Die GEW BERLIN hat große Befürchtungen, dass Rechtsansprüche aus haushaltspolitischen

Gründen umgangen werden. Niemand, auch die GEW BERLIN nicht, wird abstreiten, dass Veränderungen im Bereich Hilfen zur Erziehung sinnvoll und notwendig sein können, dass ein Überwinden der Versäulung in der Kinder- und Jugendhilfe effektive und kostengünstige Auswirkungen haben kann. Fachpolitisch ist es nach Auffassung der GEW BERLIN nicht vertretbar, Entwicklungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe unter dem Primat der Kosten und der Haushaltskonsolidierung zu betrachten. Wir sind sicher, dass auf Dauer die ständigen Kürzungen Kosten verursachen werden, die weit über das hinausgehen, was so „eingespart“ worden ist. Außerdem: Stärkung der Prävention ist sicherlich sinnvoll. Bisher ist allerdings nicht feststellbar, dass zum Beispiel die Kinder- und Jugendarbeit gestützt wird. Das Aus von 40 Projekten in Marzahn-Hellersdorf, die Entlassung von ungefähr 200 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sprechen nicht dafür, dass der Senat präventive Arbeit stärken will. *Bärbel Jung*

Erhöhung der Kitabeiträge

Hat sich die PDS in der Koalition durchgesetzt?

Zwischen den Koalitionsparteien SPD und PDS ist ein heftiges Gerangel entbrannt, ob die Kitabeiträge für Eltern erhöht werden sollen oder nicht. Nachdem Bildungs- und Jugendsenator Böger noch Ende letzten Jahres verkündet hatte, dass er eigentlich für einen beitragsfreien Besuch der Kindertagesstätten sei, fügte er sich nun dem Wunsch von Finanzsenator Sarrazin und befürwortete eine Erhöhung der Kitabeiträge. Nach Pressemeldungen wollte die SPD die Elternbeiträge um 6,12 Prozent erhöhen. Eine solche Erhöhung, die sich an den gestiegenen Lebenshaltungskosten orientiert, ist zwar nach dem Kitagesetz möglich, aber pä-

dagogisch und bildungspolitisch absolut kontraproduktiv. Höhere Elternbeiträge werden mehr Kinder vom Besuch der Kita ausschließen. Die vorschulische Bildung und Erziehung muss gefördert werden, will man Konsequenzen aus PISA und der Sprachstandserhebung „Bärenstark“ ziehen. Es ist völlig sinnwidrig, bei den Kindern Sprachtests durchzuführen, wenn nicht gleichzeitig der Kitabesuch und die Qualitätsentwicklung der pädagogischen Arbeit gefördert wird. Besonders absurd ist es, den Eltern mehr Geld abzuverlangen, wenn gleichzeitig 1.200 ErzieherInnenstellen gestrichen werden.

Nun scheint sich auf den ersten Blick die PDS gegen die

SPD durchgesetzt zu haben. Die PDS-Fraktion hat erklärt, dass mit ihr höhere Kitabeiträge nicht zu machen sind. Erst einmal also ein Grund zur Freude: Keine Beitragserhöhung für Kitaeltern! Bei genauerem Hinsehen lässt sich allerdings schon jetzt feststellen, dass dies nur eine kurze Freude sein wird. Beide Koalitionspartner haben schon jetzt vereinbart, darüber zu beraten und ein Konzept zu entwickeln, wie Kostenstruktur und Qualität der Kitas verbessert werden können. Im Herbst spätestens soll eine Entscheidung fallen. Zur Qualitätsverbesserung gehören aber auch verlässliche Rahmenbedingungen, und die haben etwas zu tun mit der Per-

sonalausstattung. Deshalb erwarten wir nach wie vor, dass die unsägliche Verschlechterung bei der Personalbemessung im Hort und bei Leitungskräften zurückgenommen wird. Eine Veränderung der Kostenstruktur im Sinne der GEW sollte – wie im Saarland – den Nulltarif als ersten Schritt zu einer beitragsfreien Kita eingeführen.

Das wäre nach unserer Auffassung das richtige Signal und die richtige Konsequenz aus PISA, um die frühkindliche Bildung und Erziehung zu fördern und zu stärken. Kein richtiger Schritt ist es, den Beitrag für so genannte Besserverdienende anzuheben. Nicht nur, dass dies immer eine Frage der Definition ist, die GEW BERLIN befürchtet auch, dass eine solche Maßnahme zur sozialen Entmischung in den Kindertagesstätten führt. *Bärbel Jung*

Dem braven Kinde

Der Senat pfeift, die Hochschulen springen. Mit ihrem fristlosen Austritt aus den Arbeitgeberverbänden sind sie mit verantwortlich für die Folgen der Tariffucht des Landes: Vorerst keine Tarifierhöhung für die Beschäftigten, Erosion des bundesweiten Tariffsystems. Handeln nach dem Prinzip Hoffnung: Wir machen, was der Senat befiehlt und hoffen auf Schonung bei künftigen Finanzkürzungen. Immer schön brav sein, dann passiert uns nichts. Naiv! Verlässliche Zusagen des Senats gab es nicht. Im Gegenteil: Der kündigt schon kurz



Foto: Manfred Vallmer

darauf an, den Hochschulen weitere 200 Mio. Euro streichen zu wollen. Glaubten die Hochschulen ernsthaft, dass sie das Geld, das als Tarifvorsorge in ihren Haushalten eingestellt ist, behalten dürfen? Das sind immerhin 42 Mio. Euro bis 2005 in allen Hochschulen. Wortbruch rufen die Präsidenten und prangern den Senat aufs Schärfste an. Schuld sind sie selbst.

Mit ihrem kläglichen Einknicken vor dem politischen Druck des Senats haben sie ein großes Stück Selbstständigkeit aufgegeben – sie, die sonst bei jeder Gelegenheit ihre Autonomie betonen. Damit haben sie sich selbst in eine denkbar schlechte Ausgangsposition für die beginnenden Verhandlungen um die Hochschulverträge gebracht. Dem Senat kann's nur recht sein. Er ahnt, dass die Kinder auch künftig brav sein werden.

Matthias Jähne
Hochschulreferent der GEW BERLIN

Eine kopflose Flucht

Die Humboldt-Universität ist aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten: Das hat Folgen!

Was es nicht alles gibt: Austritte, Blitzaustritte, ... Es wundert mich, dass noch niemand einen rückwirkenden Austritt aus den Arbeitgeberverbänden versucht hat. Es hat allerdings den Anschein, dass an der FHTW dieser Fall auch noch erprobt wird. Es ist seit dem 10. Januar 2003 Realität: die HU ist nicht mehr Mitglied der Arbeitgeberverbände.

Unmittelbare Folge dieses Schrittes ist die Nichtübernahme des aktuellen Tarifabschlusses. Für's erste, denn die Auseinandersetzungen um die HU und Berlin gewinnen neue Schärfe. Den schon unsicheren Entwicklungsperspektiven der Berliner Wissenschaftsinstitutionen haben die Hochschulen jetzt auch noch sich verschlechternde Beschäftigungsbedingungen hinzugefügt.

Die Berliner Politik zählt ausschließlich Kröten: finanzielle und hochschulpolitische (wie z.B. Monofächer als Leitbild, siehe Medizin). Die Größenordnung der Zumutungen muss zu Beginn der Verhandlungen über die Hochschulverträge 2006 ff. auf den Tisch. Bisher waren Kürzungen von insgesamt 200 Mio. Euro für die Hochschulen im Gerüchteumlauf (das ist der Jahresetat der HU ohne Medizin bzw. der TU). Sollte dies auch nur in etwa stimmen, hieße das Schließung einer kompletten Uni und jede bisherige Strukturplanung wäre Makulatur.

Das Schlimmste wäre jedoch der vollständige Verlust von Verlässlichkeit der Berliner Politik mit verheerenden Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Hochschulen. Studiengänge, Forschungsprojekte, Innovationen brauchen verlässliche Perspektiven statt konjunktureller Eiertänze.



Zurück zum Ausgangspunkt: Austritt aus den Arbeitgeberverbänden. Mit diesem Schritt akzeptiert die Universität den Eingriff in die Hochschulverträge. Stillschweigend, denn eine eindeutige Positionsbestimmung der HU, geschweige denn der Hochschulen gemeinsam gibt es nicht. Dabei wäre viel zu sagen: Bereits Ende 2002 hatte die HU allein für MitarbeiterInnen mit wissenschaftlichen Aufgaben zwischen mindestens zwei Tarifbereichen, zwei Beamtenbereichen, einer Berliner Lösung und allen Kombinationen über Teilzeitarbeitsverhältnisse zu entscheiden. Mit dem Austritt aus den Verbänden kommen zu den jetzt „eingefrorenen Kombinationen“ noch die bundesweiten Abschlüsse (über die zusätzlich eingeworbenen Gelder im Drittmittelbereich) mit allen Anwendungsvarianten zum Einsatz. Dies sind über den Daumen gepeilt gute 20 verschiedene Möglichkeiten. Mal ehrlich, wer soll das durchschauen? Wer dem Vertragsmodell weiter folgen will, sollte es verteidigen und nicht vorauseilend Zusatzselbsttore schießen. Der Austritt aus den Arbeitgeberverbänden ist ein solches. Wer garantiert, dass die Tarifeinsparungen nicht zusätzlich auf die sich abzeichnenden Kürzungswünsche aufgesattelt werden? Vertragssicherheit war einmal.

Abschließend noch zwei Anmerkungen. Wie schon gesagt, mit dem Austritt aus den Arbeitgeberverbänden beginnt etwas. Dass dieser Schritt ein symbolischer wäre, wie der Präsident der HU, Prof. Mlynek, an die Kuratoriumsvorsitzende schrieb, kann man nicht nachvollziehen. Im Gegenteil, reale neue Probleme und vielfältige

Auseinandersetzungen kommen auf uns alle zu. Das erste Problem ist völlig offensichtlich: Sollte das Senatsmodell mit 5 Prozent Kürzungen zur Anwendung kommen, wären die Hochschulen sofort auf BAT-Ost-Niveau und 2004 natürlich darunter. Dies dürfte neben der Unsicherheit über die Berliner Verhältnisse zum klaren Wettbewerbsnachteil der Berliner Hochschulen werden. Ende offen.

Für die Kuratoriumsvorsitzende, Frau Prof. Meyer, sind Abschluss betriebsbedingter Kündigungen und Tarifierhöhungen Alternativen. Für mich gehören Tariftreue und Sicherheit der Arbeitsverhältnisse zusammen. Die Humboldt-Universität hat in den Jahren seit 1990 einschneidende Veränderungen, über lange Zeit auch mit betriebsbedingten Kündigungen vollzogen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten unter Anspannung aller Kräfte und teilweise darüber hinaus, um die Humboldt-Universität zu dem zu machen, was sie ist. Wenn dies in Zukunft gemeinsam fortgeführt werden soll, dann muss die Universität schnellstens wieder zu verlässlichen und zumindest vergleichbaren Tarifbedingungen zurück.

Rainer Hansel



Theater und Schule



„Die Jungs von nebenan oder Irren ist menschlich“ heißt das neue Stück des Theater Strahl über vier Jungs, die anders ticken. Von Tom Griffin, Regie Günter Jankowiak. Premiere ist am 27. März.
Foto: Jörg Metzner

Kritisch gesehen

„Die Schneekönigin“ im **Figurentheater** auf der Zitadelle ist für Jüngere eine spannende Abenteuergeschichte: Kay geht verloren im Land der Schneekönigin, seine Freundin sucht und findet ihn, bringt ihn zurück. Für Ältere ist es eine zum Nachdenken anregende Geschichte von Liebe und Emotion, Gut und Böse. Der epische Rahmen, durchaus stückangemessen, bleibt leider unvermittelt; er wird nicht einsehbar motiviert (ab 6 Jahren).

Der „Wolfsjunge“ im **Carrousel** ist ein Stück über Sozialisation: ein von Wölfen aufgezogener Wildling, ein Stück „Natur“ wird erzogen. Das ist spannend für Kinder, die ihre eigene „Menschwerdung“ im Zeitraffer noch einmal in der Distanz erleben können; es wird belastet durch abstrahierende Gesellschaftskritik, ähnlich wie bei Handkes „Kaspar Hauser“: die Gesellschaft, hier sehr unkonkret als eine Destruktions-Maschine – kalt, unkindlich,

pessimistisch eingetönt. Glücklicherweise gibt es auch emotionale Wärme durch eine mütterliche Mit-Erzieherin – menschliches Leben ist eben, trotz allem, eine prima Alternative (vom Theater ab 9 Jahren empfohlen; ich denke, eher ab 5. Klasse).

Ebenfalls im **Carrousel** „Polter, Geist und Tie“: der spielerische Stück-Titel täuscht; es geht um ein durchaus ernstes, problembeladenes Stück. Es ist überaus wichtig und sehr empfehlenswert für Lehrer/Erzieher, weil es bestürzend deutlich macht, unter welchen Belastungen Kinder (hier die Tochter einer psychisch-kranken, alleinerziehenden Mutter) leben (müssen). Für Kinder ist mir die Inszenierung zwar eindrucksvoll, aber zu statisch, ohne Vitalität, ohne einen Eigenraum für das Kind. Auf jeden Fall sollten die Pädagogen das Stück vorher ansehen und den Besuch vorbereiten! (ab 10 Jahren – oder eher ab 6. Klasse).

Für Jugendliche gibt es wieder das Erfolgsstück der **Roten Grütze** „Was heißt hier Liebe?“, immer noch aktuell und spannend, schön ausbalanciert zwischen Emotionalität und aufklärerischer Rationalität (ab 12? – das scheint mir, insbesondere für Jungen!, etwas zu früh).

„Nora“ in der **Schaubühne** ist eine durch intensive Schauspielerei packende Aufführung, die leider als völlig unnötige Zugaben einige Regie-Seltsamkeiten und ein sinnloses, nicht von Ibsen stammendes Mord-Ende beifügt, noch einmal überdeutlich akzentuiert durch Musik. Trotz dieser Seltsamkeiten die große Aufführung eines großen Theatertextes (Sek II).

Ebenfalls in der **Schaubühne**: „Das kalte Kind“ von Marius von Mayenburg; ich hörte einen scharfen, witzigen, familiäre Gegenwart erhellenden Text und sah eine Inszenierung, die diesem Text nicht vertraut und ihn deshalb in ein seltsames Irgendwo stellt, vielleicht auch das Publikum bestechen will durch eine elegant-eigenartige Ausstattung (Sek II).

Hans-Wolfgang Nickel

Theater Strahl

Die Jungs von nebenan oder Irren ist menschlich (ab 14 Jahren): Vier junge Männer. Sie mögen sich. Sie nerven sich. Vier Jungs, die anders ticken als die anderen. Vier, die nicht gerade zimperlich miteinander umgehen, aber alles ganz gut regeln ... bis ein wahnsinnig Normaler alle völlig irre macht. Öffentliche Proben: Di 11.3. um 11 Uhr theater strahl probebühne, Di 25.3., 11 Uhr theater strahl – Die Weisse Rose. Premiere ist am Do 27.3. um 19.30 Uhr. Weitere Spieltermine: 8. bis 10.4. jeweils um 11 Uhr; 08.4. um 19.30 Uhr. Spielort: theater strahl – Die Weisse Rose, Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Str. 77. Tickets u. Infos: 695 99 222

Theater Havarie Potsdam

Chrash Kids (ab 13). Über Sehnsüchte, erste Liebe, Leichtsinn, Spaß und ernste Folgen. Am 11./13./14.3. und vom 25. bis 27.3. jeweils um 11 Uhr; am 26.3. auch um 19.30 Uhr. Theater Havarie, Stahnsdorfer Str. 100, 14482 Potsdam-Babelsberg, Tel. 0331 71 92 41.

Grips Theater

Klamms Krieg (ab 10. Klasse, Schiller-Theater): 10.3. um 18 Uhr; 11.3. um 11 Uhr; 26.3. um 19.30 Uhr; 27.3. um 11 Uhr.

Julius und die Geister (ab 6): 10.-14.3. jeweils um 10 Uhr, 15.3. um 16 Uhr.

Hallo Nazi (ab 15, Schiller-Theater): 12.-14.3. und 17./18.3. jeweils um 11 Uhr; 15.3. um 19.30 Uhr.

Flo & Co (ab 8): 17.-19.3. jeweils um 10 Uhr.

Creeps (ab 13): 20./21.3. jeweils um 10 Uhr; 22.3. um 19.30 Uhr.

Kannst du pfeifen, Johanna (ab 6, Schiller-Theater): 20./21.3. um 10 Uhr; 22.3. um 19.30 Uhr.

Eins auf die Fresse (ab 13): 24./25.3. um 18 Uhr; 26.3. um 10 Uhr.

Ab heute heißt du Sara: 31.3. um 18 Uhr.

Grips Theater, Altonaer Straße 22, Tel. 397 47 477.

Spielwerkstatt

Extrakicks und Pausenfüller (ab 8): Ein Stück zum Thema süße Versuchungen. Vom 18. bis 21.3. jeweils um 10 Uhr im Haus der Jugend, Zillestraße 54 in Charlottenburg. Kartentelefon 625 25 88. Info: www.spielwerkstatt-berlin.de

Fliegendes Theater

Rumpelstilzchen (4 – 9 Jahre): 18.3. um 15 Uhr; 19./20.3. um 10.30 Uhr; 23.3. um 16 Uhr

(Premiere); 25.-27.3. um 15 Uhr. Fliegendes Theater, Urbanstraße 100, 10967 Berlin, Tel. 692 21 00 oder www.fliegendes-theater.de

Fortbildung

Theaterpädagogische Fortbildung: Kommunikation auf der Bühne und in echt! Der Kurs vermittelt Einblick in Formen des Kommunikationstrainings mit Methoden der Theaterpädagogik. Der Besuch einer Theatervorstellung bei Theater Strahl und ein Gespräch mit einem Theaterprofi geben Einblicke in das Thema.

Jeweils mittwochs, 19., 26. März und 2. April von 16 bis 19 Uhr in der Theater Strahl Probebühne, Kulturhaus Schöneberg, Kyffhäuser Str. 23. Kosten: 30 Euro (inkl. Didaktischem Begleitmaterial und Theaterbesuch) Anmeldung: Tel. 690 422 18, Fax 690 422 33 oder u.jenni@theater-strahl.de

EPIZ/LISUM-Fortbildungen

Das Entwicklungspolitische Bildung- und Informationszentrum e.V. (EPIZ) führt in Zusammenarbeit mit dem Lisum Fortbildungen für Lehrkräfte zu entwicklungspolitischen Themen durch: „Woher wir alle kommen! Die Herkunftsgeschichte unserer Familie.“ (18. März – für ErzieherInnen und Berufsfachschule für Sozialwesen), „Entwicklungsländer im Unterricht: Brasilien“ (2. April – Sek I + II), „Methoden des globalen Lernens“ (15. Mai – Sek II und berufl. Schulen), „Entwicklungspolitik im Unterricht“ (12. Juni – alle Schulstufen).

Außerdem gibt das EPIZ noch eine Reihe mit Materialheften für die berufliche Bildung heraus. Info: EPIZ, Tel. 692 64 18 oder www.EPIZ-Berlin.de Anmeldung für die Seminare über das LISUM: www.lisum.de

Antirassistische Materialien

Das Antirassistische-Interkulturelle Informationszentrum Berlin e.V. (AriC) bietet ein computergestütztes Fachinformationssystem zu den entsprechenden Themen und gibt Themenhefte heraus. Im Dezember 2002 ist das jüngste Heft erschienen zum Thema „Roma und Sinti“, eine Stoffsammlung von „Antiziganismus“ bis „Zigeunermärchen“ (5 Euro zzgl. Versand), davor Hefte über Afghanistan, den Islam und Ausländer in Berlin. AriC Berlin, Chausseestraße 29, 10115 Berlin, Tel. 30 87 99 24, Fax 30 87 99 12 oder aric@aric.de

Materialien

Deutsch-russisches Fachwörterverzeichnis für Mathematik

Im Rahmen der nachmittäglichen Hausaufgabenbetreuung in einem Jugendprojekt in Lichtenberg ist ein zweisprachiges Spezialwörterverzeichnis entwickelt worden, dass das komplette Basiswissen in Mathematik für die Grundschule enthält. In deutscher und russischer Sprache können wichtige Begriffe, Formeln und Definitionen nachgelesen – und verstanden – werden. Zu beziehen ist das „Wörterverzeichnis Mathematik“ für 10 Euro bei: Frau Samatova, Tel. 577-95-968 oder beim CJD, Schulische Integrationsförderung (promigra), Siegfriedstraße 64, 10365 Berlin.

Englisch-Wörterbuch für Pädagogen

Das englisch-deutsche Fachwörterbuch richtet sich an ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen. Es ist nicht nur hilfreich für die englische Fachlektüre, sondern auch für den Austausch mit KollegInnen aus dem benachbarten Ausland: 3.000 englische Wörter und Redewendungen aus Pädagogik, Psychologie, Arbeitsleben und sozialpädagogischem Alltag hat der Kollege Wolfgang Dohrmann zusammen getragen und im Selbstverlag herausgebracht. Für 6,95 Euro zu bestellen: W. Dohrmann, Ringstraße 78, 12205 Berlin, Fax 833 64 41. Die Lieferung erfolgt per Rechnung zzgl. Versandkosten 1 Euro (1-3 Ex.).

Aktivitäten

Erfurt und die Folgen

Der tödliche „Amoklauf“ eines Erfurter Gymnasialisten im April dieses Jahres hat (alte) Diskussionen neu entfacht: Welche Wirkungen haben Gewaltdarstellungen in Medien? Muss der Jugendschutz verschärft werden? Lassen sich Taten wie diese vorhersehen? Wie können Schule, Politik, Eltern und Medien präventiv wirken? Das Berliner Archiv der Jugendkulturen plant eine Buchveröffentlichung zu der Tat von Erfurt und den medien- und bildungspolitischen Folgen und ist an weiteren Beiträgen interessiert. Kontakt: Klaus Farin, Archiv der Jugendkulturen, Fidicinstraße 3, 10965 Berlin; Tel.: 030/694 29 34; Fax: 030/691 30 16; e-mail: klaus.farin@jugendkulturen.de; allgemeine Infos über das Archiv: www.jugendkulturen.de.

Exklusiv für GEW-Mitglieder hat das Archiv eine umfangreiche Pressedokumentation zu diesem Thema erstellt: Die zwei prall gefüllten Ordner kosten 48 Euro (inklusive Versand) und können in Berlin bestellt werden.

Anti-Kriegs-Museum

Aus der Geschichte der Friedensbewegung: Die neue Ausstellung soll dem Besucher vermitteln, dass es kein leeres Wahn ist, auf Frieden für die gesamte Menschheit und ihrer Umwelt zu hoffen. Anti-Kriegs-Museum, Brüsseler Str. 21, 13353 Berlin. Täglich von 16 bis 20 Uhr, Gruppenbetreuung Te. 401 86 91.

Sozialismustage 2003

Unter dem Motto „Gegen Krise, Krieg und Kapitalismus – Theorie und Praxis für den globalen Widerstand“ finden vom 18. bis 20. April (Ostern) die diesjährigen Sozialismustage in der „Pumpe“ (Lützowstraße 42 in Berlin Tiergarten) statt. Dabei sind u.a. Peter Wahl von Attac, Christian Ströbele, die Gruppe Education is not for sale, Lynn Walsh (Socialism Today). Es geht los am Freitag um 18 Uhr, Sa/So jeweils um 10 Uhr. Tagesskarte 6 Euro. Programm unter www.sav-online.de

Europäischer PädagogInnen-Friedenskongress:

„Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich!“ Vom 30.06. – 04.07.03 findet in Hamburg unter dem Motto „Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich!“ der 4. Europäische PädagogInnen-Friedenskongress statt. Veranstaltet wird der Kongress u.a. gemeinsam vom GEW-Hauptvorstand und vom Landesverband Hamburg. Interessenten können weitere Infos unter horst.bethge@t-online.de erhalten.

Schulprogramm des DED

Das Schulprogramm des Deutschen Entwicklungsdienstes für Berlin ist noch einmal umgezogen. Im Deutschlandhaus stehen wieder Veranstaltungsräume für Schulklassen, Seminare und Konferenzen zur Verfügung. Sie können sich telefonisch, per Fax, E-Mail oder schriftlich zu entwicklungspolitischen und interkulturellen Veranstaltungen anmelden. ReferentInnen kommen auch in die Schule. Ansprechpartnerin ist Mechthild Lensing. Die neue Adresse lautet: Deutschlandhaus, DED-Schulprogramm Berlin, Stresemannstraße 90 (gleich am Anhalter Bahnhof), 10963 Berlin. Telefon: 25 46

45 78, Fax: 25 46 45 80, E-Mail: Lensing@ded.de

Schule-Pädagogik-Gesellschaft

Das Berlin/Brandenburger Forum veranstaltet folgende Kolloquien: Polytechnik-Lehrer gestern – Arbeitslehre-Lehrer heute (26.3. mit Lothar Gläser) Kinderarbeit – zumutbar oder ungerecht? (30.4. mit Manfred Liebel und Gundula Röhnisch) Das Bildungswesen in Finnland (28.5. mit Gerrit Große und Dörte Putensen) Sprachverhalten und Sprachförderung in der Kita (25.6. mit Detlef Häuser und Bernd-Rüdiger Jülich) Jeweils Mittwochs um 16 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin.

Modellschulen für sexualpädagogisches Profil gesucht

Die Bildungseinrichtung KomBi sucht noch Schulen, die im Rahmen eines Modellprojekts eine sexualpädagogische Schwerpunktsetzung vornehmen wollen. Das Modellprojekt „Gewaltpräventive Fortbildung und Beratung pädagogischer Fachkräfte zum Thema sexuelle Identität und Geschlechterrollen“ bietet der Schule fachliche Unterstützung bei der Umsetzung des neuen Rahmenplanes für die Sexualerziehung (AV 27). Bei Interesse an einer Teilnahme als Modellschule: KomBi – Kommunikation und Bildung vom anderen Ufer, Kluckstr.11, 10785 Berlin, Tel. 215 37 42. Weitere Infos unter www.kombi-berlin.de

Stellenbörse

Montessori-Lehrerteam mit Leitungsfunktion gesucht

Wir errichten zusammen mit der Gemeinde als Schulträger eine zweizügige staatliche Montessori-Grundschule in Kleinmachnow. Wir sind aufgefordert und wollen dem Schulent Personalvorschlüsse unterbreiten. Kontakt: Peter Goldau 03 32 03/8 20 79 oder peter.goldau@montessori-kleinmachnow.de

Elterninitiative in Portugal sucht **DeutschlehrerIn für Grund- und Sekundarstufe** mit besonderer Qualifikation für 1 autistisches und 1 legasthenisches Kind und 6-7 weitere deutsche Kinder. Langfristig und mit überdurchschnittlicher Vergütung. Bewerbung an: Susanne Serano Fernandez, Valjuncale, 7630 Odemire Portugal, Tel. 003 51/2 83 95 92 69. **Suche Tauschpartner(in)** für Gymnasium in Prenzlauer Berg

(Pankow). Meine Fächer: Englisch und Französisch. Ich möchte gerne nach Charlottenburg/Wilmersdorf oder Zehlendorf/Steglitz. Tel. 85 47 96 70.

Wir suchen für unsere Montessori-Grundschule in Hangelsberg eine/einen engagierte/-en GründungslehrerIn. Wir erwarten eine Ausbildung als Grundschullehrer, Montessori-Ausbildung und/oder Erfahrung in dieser Pädagogik.

Für unsere Berufsfachschule suchen wir Lehrer für BWL, Englisch, Spanisch sowie in Teilzeit Lehrer der SEK II für Mathematik/Physik, Englisch, und Deutsch.

Fürstenwalder Aus- und Weiterbildungszentrum gGmbH, Julius-Pintsch-Ring 25, 15517 Fürstenwalde. Tel: 033 61/35 84 17 (Herr Enkelmann).

Internet

www.workshop-zukunft.de
Der DGB-Bundesvorstand hat eine Internet-Lernwerkstatt eingerichtet. Die wichtigsten Module sind die „Lernwerkstatt“ mit Mitmachprojekten für allgemeinbildende Schulen (8.- 10. Klasse), ein „Newsletter“ zum Thema „Schule/Berufswahl“, das

„Klassenzimmer“ – exklusiv für SchülerInnen – sowie diverse Materialien zum Downloaden.

http://www.wusgermany.de/infostelle/index.htm Materialien und Informationen zum Thema Gender und Entwicklung mit Veranstaltungskalender der Informationsstelle „Bildungsauftrag Nord-Süd“.

www.berlin.de/auslaenderbeauftragte Auf der Internetseite der Ausländerbeauftragten kann man sich den farbigen Interkulturellen Kalender herunterladen. Dort finden sich Feste und Gedenktage der wichtigsten religiösen Gruppen.

www.vaybee.de und **www.turkinfo.de** sind zweisprachige Infoportale der türkischen Gemeinde in Deutschland mit recht unterschiedlichen Inhalten von Politik bis zum Sternchen-Klatsch, Flirt-Seiten sowie Ratgeber-Seiten.

www.ajum.de Datenbank für Kinder- und Jugendliteratur im Internet. Jährlich werden bundesweit rund 9.000 Bücher von der Arbeitsgemeinschaft Ju-

gendliteratur und Medien der GEW (AJuM) besprochen. Diese Besprechungen kann man jetzt auch per Internet einsehen. Es gibt dort eine sogenannte „freie“ Suche sowie eine Suche nach Suchkriterien. Dort findet man auch Links zu anderen Kinder-&Jugendliteratur-Organisationen sowie zu entsprechenden Verlagen.

SeniorInnen

25. März um 10.30 Uhr: Besuch des Botanischen Gartens (Treffpunkt Eingang Unter den Eichen)

27. März um 14.15: Modenschau für Ältere mit Kaufmöglichkeit im Klub, Torstraße 205.

15. April um 10.30 Uhr: Besuch der Zitadelle Spandau. Treffpunkt am Juliierturm.

15. April um 10 Uhr: Stadtrundfahrt zu den Orten des politischen Wirkens von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Treffpunkt Talstraße/Ecke Wisbyer Straße (Kaufhalle)

24. April um 10 Uhr: Vom Lustschloss zum Museumsschloss. Treffpunkt am Schloss Friedrichsfelde.



Klassenreisen international

nach Tschechien,
Ungarn, Kroatien,
Italien, England,
Spanien u.a.
erstellen individuelle
Angebote

Email:

mail@bgb-reisen.de
BGB Reisen 43 100 57

Lehrerfortbildung USA American Studies

Im Sommer 2003
in Gettysburg, PA
und Portland, OR

Ein vollständiges Programm und weitere Auskünfte erhalten Sie bei

d.a.i.
Deutsch-Amerikanisches Institut
Karlstraße 3, D-72072 Tübingen

Tel.: 0 70 71 / 7 95 26-0 Fax: 0 70 71 / 7 95 26-26
E-Mail: INFO@dai-tuebingen.de

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)

direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt,
125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschal-
angebote ab 51 € für 4 Nächte incl.
Programm und HP.

Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69,
jgh.oha@t-online.de

Info: www.Osterode.de

Nebentätigkeit

Schulfachlicher Berater
von namhaften Schulsoftware-Hersteller
gesucht.

Aufgabenbereiche

- Präsentation der Schulverwaltungsprogramme Hera-Schuldaten, Turbo-Planer, ...
- Einweisung und Schulung der Schulleitung und der Schulverwaltungskräfte
- Kontaktpflege zu den Schulbehörden
- Beratung des Herstellers in schulfachlichen Fragen
- Honorierung auf Provisionsbasis

Haneke Elektronik, Rauschendorfer Str. 11
53639 Königswinter
Tel: 02244-80361
Email: haneke@haneke.de
Website: www.haneke.de

Tagungshaus in Wendland

Mit kleiner Tierhaltung, beliebt bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, weil unkompliziert im Umgang, unbeliebt als Widerstandstreff gg. Atomanlagen, max. 44 Betten, 9 €/Nacht, Selbst-, Teil-, Vollverpflegung, Exkursionen z.B. in Elbtalaae vermittelbar.

Meuechfitzer Gasthof, 29482 Meuechfitz 19
Tel. 0 58 41/ 59 77, Fax 0 58 41/ 69 76
E-Mail: gasthof@meuechfitz.de

Bauberatung . Bauplanung
Statik . Bauleitung



Qualitätssicherung

Gutachten

Selbstbauberatung

Bausubstanzbewertung

WOLFGANG WEBER

Beratender Ingenieur für Bauwesen

Erkelenzdammm 49

10999 Berlin

Tel.: 030 / 61 60 91 80

nachtigäller

natürlich

natürliche Kleidung

sesenheimer str. 1 · ecke goethestraße · 10627 berlin

mo-fr 11.00-18.30

fon 030 · 31 80 80 24

sa 10.00-14.30

fax 030 · 31 01 29 16



bietet

PREISGÜNSTIGE KLASSENFAHRTEN Klasse 5 - 13 nach Südostengland

Debbie White
368 The Ridge
Hastings East Sussex
TN34 2RD England

phone / fax
00 44/14 24 75 47 03
email
whitestudytoursLtd@supanet.com

inclusive:
kpl. Lernprogramm
individueller Planung
Organisation der An- und Abreise
Unterkunft in Gastfamilien oder Hostels
Kostenerlass für begleitende LehrerInnen

Ursula Ondratschek
Tel. und Fax: 030 / 36 71 15 13/14
Ulrike Zuschrott
Tel.: 030 / 3 23 11 10



Der Italien Spezialist
Ferienhäuser · Wohnungen · Agriturismo · Hotels
Kaiserdamm 95 · 14057 Berlin · (030) 30820408
www.cultura.de

Klassenfahrten bis zur 7. Klasse Kindererholung bis 12 Jahre KITA-Reisen

hauseigenes großes Hallenwellenbad,
15 ha großes Gelände,
Grillen am Lagerfeuer, Angeln,
Tischtennis, Kutschfahrten,
Ponyreiten, Fußballplatz, Volleyball,
Spielwiese, Reithalle



Telefon:
(0 48 35)
10 01

Internet: www.kinderferiendorf-forellenhof.de

Kinderferiendorf Familie Udtke
Mitglied im Schullandheimverband
FORELLENHOF
25785 Nordhastedt

KLASSENFAHRTEN nach Rügen



Surf- und Kanucamps im Nationalpark

Surfen lernen im größten Stehvieck Deutschlands, Action, Spass, Naturerlebnisse mit
Korallen, Seeadlern, Kanufahren durch die Boddenlandschaft, zur Insel Hiddensee, Gehort
Hauptmann, Ernst-Moitz Anst, Ostseebrände, Kreidestellen, Böderarchitektur, und, und, und...
auf der schönsten Insel Deutschlands!

WARUM IN DIE FERNE REISEN...?

Windsurfing Rügen, 18569 Ummatz, 03830852240,

www.jugenddorf-ummatz.de
www.windsurfing-ruegen.de
info@windsurfing-ruegen.de

KRETA & GRIECHENLAND Ferienwohnungen Tel: 07156 43 62 80 · Fax: 4 36 28 99 www.kreta-ferienwohnungen.de

Verlockende Reisen

Korsika und Pyrenäen Wandertouren
Polen, Rad, Reiten, Kanu - Stille
Marokko Wanderkarawane ab 1540 €
Gomera Wandern & Relaxen ab 1165 €
Flüge und Fähren – weltweit und preiswert

LockeToursBerlin

Bundesallee 115 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 Fax 8 52 40 71



SCHULFAHRTEN 2003

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
Fax 00 39/05 47/67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail:
info@REAL-tours.de

7½ Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 213,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig, Florenz, Ravenna.
5½ Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 188,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 3 Tage VP, Ausflüge: Venedig, Florenz.
9½ Tage Busfahrt nach Cesenatico mit Ausflügen zum Preis von € 239,- VP. Leistungen: Bus-
fahrt hin und zurück, 7 Tage VP, Ausflüge nach San Marino, Venedig, Ravenna und Florenz.
Freiplätze CESENATICO 2003:
16 – 20 Schüler 1 Freiplatz, 21 – 35 Schüler 2 Freiplätze, 36 – 45 Schüler 3 Freiplätze, 46 – 60 Schüler
4 Freiplätze.
9½ Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen zum Preis von € 254,- HP, € 285,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Florenz, Pisa, Siena,
San Gimignano, Marmorbrüche von Carrara.
7½ Tage Busfahrt zur Toskana-Küste mit Ausflügen zum Preis von € 229,- HP, € 252,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Florenz, Pisa, Volterra, Siena,
San Gimignano.
10 Tage Bahnfahrt Cesenatico mit Ausflügen € 290,- VP.
8 Tage Bahnfahrt Cesenatico mit Ausflügen € 229,- VP.
10 Tage Toskana Bahnfahrt mit Ausflügen € 288,- HP.
8 Tage Bahnfahrt Toskana mit Ausflügen € 256,- HP.
4 Tage Bustfahrt nach Südtirol mit Ausflügen zum Preis von € 172,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 3 Tage VP, Ausflüge: Venedig oder Verona,
Sterzing und Brixen.
6 Tage Bustfahrt nach Südtirol mit Ausflügen zum Preis von € 209,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück (keine Nachtfahrt), 5 Tage VP, Ausflüge: Venedig oder Verona,
Sterzing, Brixen und Bruneck.
9½ Tage Bustfahrt nach Rom mit Ausflügen zum Preis von € 270,- HP und € 321,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP im Mittelklassehotel ca. 50 km von Rom.
Transfer in die Stadt mit Programmorschlägen.
9½ Tage Bustfahrt zum Gardasee mit Ausflügen zum Preis von € 290,- HP und € 306,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Verona, Venedig, Meran und
Gardaseerundfahrt.
7½ Tage Bustfahrt zum Gardasee mit Ausflügen zum Preis von € 239,- HP und € 265,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, 5 Tage HP oder VP, Ausflüge nach Verona, Venedig, Gardasee-
rundfahrt.
9½ Tage Bustfahrt nach Sorrent mit Ausflügen zum Preis von € 309,- HP und € 305,- VP.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück mit Zwischenübernachtung, 7 Tage HP oder VP, Ausflüge nach
Pompeji, Vesuv, Amalfiküste, Neapel/Capri.
9½ Tage Griechenland mit HP zum Preis von € 312,-.
Leistungen: Busfahrt hin und zurück, Fähre Ancona – Patras, Halbpension und Ausflüge.
7½ Tage London mit Ausflügen € 333,- HP und € 281,- mit UF.
6 Tage Paris mit HP und Ausflügen € 291,-.
6 Tage Prag mit HP und Ausflügen € 220,-.
10 Tage Bustfahrt nach Spanien mit Ausflügen € 290,- HP.
8 Tage Bustfahrt nach Spanien mit Ausflügen € 234,- VP.
INDIVIDUELL FÜR LEHRER UND BEGLEITER: Silvester nach Cesenatico € 276,- VP;
Silvester nach Prag € 375,- HP; Ostern nach Sorrent € 290,- HP; Ostern nach Cesenatico
€ 276,- VP; Ostern Griechenland € 340,- HP; Ostern Toskana € 306,- HP.
Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2003.
Weitere Informationen auch bei A. Straubach, Meyersogasse 10, 87561 Oberstdorf, Telefon
0 83 22/9 53 00, Telefax 0 83 22/9 53 03.

SUPER KLASSENFAHRTEN

deutschland & europaweit 2002|03

direkt buchen · direkt sparen · einfach anrufen

Ihre Vorteile:

freecall: 0800 44 33 93 0

- Freiplatz für jede 11. Person
- Superspartermine für Gruppen ab 15 Personen
- Durchführungsgarantie für Kleingruppen bereits ab 10 Personen
- Regionalabschlag vom Abfahrtsort zum Reiseziel

Eine Auswahl unserer Hits:

5 Tage	Kieler Förde	ab 121,- €
4 Tage	Insel Rügen	ab 89,- €
4 Tage	Insel Usedom	ab 99,- €
3 Tage	Fläming	ab 63,- €
3 Tage	Harz	ab 73,- €
4 Tage	Oberpfalz	ab 123,- €
4 Tage	Päitzsee	ab 92,- €
5 Tage	Dänemark	ab 137,- €
5 Tage	Plattensee	ab 125,- €
6 Tage	Toskana	ab 129,- €
5 Tage	Polnische Ostsee	ab 99,- €
5 Tage	Riesengebirge & Prag	ab 111,- €
5 Tage	London	ab 143,- €
4 Tage	Wien	ab 127,- €
6 Tage	Kroatien	ab 137,- €
5 Tage	Gardasee	ab 151,- €

Fordern Sie gleich unseren aktuellen Katalog für Klassenfahrten
deutschland- & europaweit an – kostenfreier Versand selbstverständlich!

welcome berlin tours GmbH · Neue Bahnhofstraße 9-10 · 10245 Berlin
Telefon 0 30 - 44 33 93-0 · Fax 0 30 - 44 33 93 - 36
www.klassenfahrt.net · info@welcometours.com

BUSART-TOURS

DAS BESTGELAUNTE BUS- UND REISETEAM
Stephanstraße 1 · 10559 Berlin · Montag - Freitag 10-18 Uhr
Fax: 395 43 60 · www.busart-tours.de · e-mail: info@busart-tours.de
☎ 030 - 395 90 91

KLASSENREISEN

BUSART-TOURS GMBH & WOLFGANG GÖDEL

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 215,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtetouren Berlin, Prag, Rom, London

KLASSENREISEN c/o W. Gödel
Westendallee 96 b 14052 Berlin
Tel. (030) 861 95 57 Fax (030) 861 17 79

Katalog 2003!
- mit vielen neuen Zielen -
030-8619557

Schöne Fahrradreisen Masur, Pommern, Böhmerwald Kurische Nehrung u. a.

hercus Monte
Fahrradreisen Michael Lösch
Arndtstraße 21, 10965 Berlin
Fon (030) 214 12 95
Fax (030) 81 79 76 20
www.hercusmonte.de

kleine Gruppen -
faire Preise !!

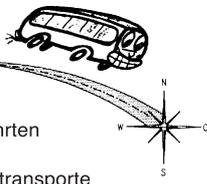
hercus Monte
FAHRRADREISEN
IN OSTEUROPA

Sterntaler Reisen

Arno Filter
Walldürrer Weg 9c
13587 Berlin
Tel. 3 36 49 64
Fax 3 35 51 87

Omnibusvermietung

Bus bis 49 Personen
Stadt- und Fernfahrten
Exkursionen
Fahrräder- und Skitransporte



Eastline
PRAG
Jüdischer Tag, Theresienstadt
u. Lidice, Literarische Führung,
Schulbesuch, Skodawerk
4 ÜF p. P. ab 58,- €

KRAKAU
Auschwitz - Birkenau, Podgorze,
Piaszow, Salzbergwerk-Wieliczka,
das jüdische Viertel Kazimierz
4 ÜF p. P. ab 41,- €

BUDAPEST
Jugendstilführung - Szemlerde
4 ÜF p. P. ab 58,- €

KARLSBAD
Goetheprogramm
4 ÜF p. P. ab 66,- €

PETERSBURG
Newskij - Prospekt, Ermitage,
Peterhof, Zarskoje Selo,
Pawlowsk und Nowgorod
4 ÜF p. P. ab 62,- €

Alle Preisangaben exklusive
Programm und Anreise
Helmstr. 8 10827 Berlin
Tel. (030) 787 797 0
Fax (030) 787 797 11
www.Eastline.com

DALLY Großauswahl vom Fachmann
100 Klaviere ab 1.800,- • Flügel 6.000,-
Keyboards 49,- • Digital-Pianos 799,-
Gitarren, Verstärker, Noten
Dally Musikhaus
Werkstätten • Orgelunterricht • Tel. 6 22 10 36
Hermannstr. 204 • 12049 Berlin • Parkplatz

Unvergessliche Klassenreise auf Reiterhof i. d.
Lüneburger Heide, auch andere Tiere vorhanden.
Fußball-Volleyballplatz, Tischtennis, Billard, Lager-
feuer, Nachtwanderung, Reithalle, Ausritte, Sauna,
Platz für 34 Schüler/innen 2.-10. Klasse. Individuelle
Betreuung. Video anfordern. VP incl. 5 Reitst.
Mo.-Fr. 135,- Euro.
Bienenbüttel
Tel. 0 58 23/73 67
www.hoflust.de

Darlehen supereünstig ^{nominal} 2,75% ab **3,16%** effektiver Jahreszins
Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Blücherstr. 85, 67059 Ludwigshafen,
Fax: (06 21) 82 85 03, Telefon: (06 21) 51 94 83, www.ak-finanz.de
Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.

Winter • Ostern • Sommer
Neuer Katalog erschienen!
Bitte anfordern!
Reisen in den
Schulferien
2003/2004
Z.B. Ägypten • Burma • China/Yangtse-Kreuzf. •
Ecuador/Galapagos • Emirate • Griechenland • Indien
• Iran • Italien • Korea • Kuba • Malta • Namibia • Peru •
Portugal • Spanien • Südafrika • Thailand • Tunesien •
Vietnam/Kambodscha • Zypern • u.a.
Lothar Kögel 12207 Berlin Tel. 771 30 10
Studienreisen Hartmannstraße 30 Fax 771 30 133

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach	10-Tage-Busreise z.B. nach
Wien ÜF 192,- Euro	Südeuropa Ü 213,- Euro
Budapest ÜF 192,- Euro	Toskana Ü 202,- Euro
London ÜF 254,- Euro	Südfrankreich Ü 230,- Euro
Prag ÜF 199,- Euro	(Unterbringung in Selbstversorger- unterkünften)
Paris ÜF 224,- Euro	
Rom ÜF 238,- Euro	

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnreise sowie andere Ziele (z.B. Ferien-
parks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!
REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • E-Mail: info@rsb-krause.de

Klassenfahrten? ruf einfach den dänen an!
PRAG 4 ÜF (ohne Fahrtkosten) inkl. Stadtführung ab EUR **56,-**
LONDON 4 ÜF Seereise ab Cuxhafen (jeder 10.Pers. frei) ab EUR **188,-**
Holsteinische Str. 14 **vm reisen** Tel. 030 - 79 70 19 40
12163 Berlin (Steglitz) **www.vm.reisen.de** Fax 030 - 79 70 19 45

KanuTour
KanuCamp
KanuHüttenCamp
(feste Unterkunft)
Mecklenburgische Seenplatte,
Weser, Altmühl
z. B. 5-Tage-Tour, kompl. o. Anreise:
p. P. 128,- Euro
mit kompetenter Planung und Durchführung
Nordlicht
Tour & Kanu
Gneisenaustraße 19 • 10961 Berlin
Fon 69 40 13 06 • Fax 69 40 13 08
e-mail: info@nordlicht-kanu.de
www.nordlicht-kanu.de

GRENZENLOSREISEN
**Busse für jede
Gelegenheit**
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2.10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

Propolis BAUGESSELLSCHAFT
MBH
ZIMMEREI
Holzbau • Innengärten
Fachwerkrestaurierungen
MAUREREI
Holzbau • Umbau • Sanierung
Ergänzungen • Putzarbeiten
INNENAUSBAU
Trockenbau • Einrückungen
Balkonbau • Dachstuhlarbeiten
PLANUNGSBÜRO
Planung • Skizze • Baubildung
Bauphysik • Baubiologie
Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
Tel. 814 10 50 • Fax 61 60 93 75

Integration in Bildung und Beruf

Bildungspolitische Fachtagung im EU-Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003



am 27. und 28. März 2003 in Hamburg

Veranstalter: GEW-Hauptvorstand, BAG Unterstützte Beschäftigung, Hamburger Arbeitsassistenz. Kostenbeitrag 60 Euro für Tagungsunterlagen, Hotel und Verpflegung. Für Tagesgäste (ohne Hotel) beträgt der Beitrag 25 Euro. Die Teilnahme behinderter Menschen ist kostenfrei. Anmeldungen: GEW Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Fax: 040/440877
info@gew-hamburg.de. Nähere Informationen: www.gew.de

Schwierige SchülerInnen fordern uns heraus

Tagung am 2. April 2003 von 9 bis 16 Uhr

in der Humboldt-Universität

Impulsreferate:

- Verhaltensstörungen aus systemischer Sicht
- Schwierige Schülerinnen und Schüler: Andere Länder - andere Lösungen: Schulpsychologinnen aus England, Frankreich, Schweden und Finnland diskutieren

Workshopthemen: Entwicklungspädagogischer Unterricht - EPU/ Schulstationen/ Mediation/ Psychosoziale Beratung in der Schule/ ADHS/ Berufsorientierung und selbstgesteuertes Lernen/ Schwierige Schülerinnen und Schüler / „Warum es gut sein kann, böse Menschen mit Migrationshintergrund schlecht zu behandeln“/ Schuldistanz/ Verhaltensstörungen aus systemischer Sicht/ Andere Länder- andere Lösungen/ Soziales Lernen in „Mädchen- und Jungenstunden“.

Bitte bis zum 14. März über die GEW BERLIN anmelden.

Eine Fachtagung der Senatsbildungsverwaltung und der GEW BERLIN.

In heterogenen Lerngruppen unterrichten

Fortbildungsseminar am 4. und 5. April

Schwerpunkt der Veranstaltung wird die Praxis des binnendifferenzierenden Unterrichts sein, immer orientiert an den Herausforderungen, die es im Unterrichtsalltag zu bewältigen gilt. Wir möchten Erfahrungen und Bilder der Machbarkeit eines anderen Unterrichts präsentieren und den Anfang des Weges dorthin zeigen. Die Fortbildung findet statt in der Rudolf-Wissell-Grundschule, Berlin Wedding und wird geleitet von Rosemarie Stetten, Heidrun Winkler und Heike Schreyer. Für GEW-Mitglieder 10 Euro, Nichtmitglieder 30 Euro.

Bitte anmelden unter Tel.: 219 993-0, Fax: 21 99 93-50

Schule IN Berlin - Schule OHNE Rassismus

Unsere Veranstaltungen:

- Wir stellen vor: Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum
Mittwoch, 12. März um 17.30 Uhr.
- Wir stellen vor: Archiv der Jugendkulturen.
Mittwoch, 26. März um 17.30
- Schule IN Berlin - Schule OHNE Rassismus - wir stellen uns vor.
Für Berliner SchülerInnen und LehrerInnen.
Mittwoch, 7. Mai um 15 Uhr.
- Wir stellen vor: Trainingsoffensive e. V.
Mittwoch, 4. Juni um 17.30 Uhr.

Alle Veranstaltungen finden statt im GEW-Haus, Raum 31/32.

GEW im März/April

10.03.	18.00 Uhr	Fachgruppe Sonderpädagogik: Das sonderpädagogische Gutachten - eine Fleißarbeit ohne juristische Konsequenzen?, Raum 47
11.03.	19.00 Uhr	Fachgruppe Grundschulen, Raum 34
	19.00 Uhr	Abteilung Berufliche Schulen, Raum 33
12.03.	17.00 Uhr	AG Schwerbehinderte, Raum 34
	19.00 Uhr	Attac, Raum 33
13.03.	18.00 Uhr	Junge GEW, Raum 34
18.03.	18.00 Uhr	Fachgruppe Sozialpäd. Aus-, Fort- und Weiterbildung, Raum 32
	19.00 Uhr	AG Schwule Lehrer, Raum 47
19.03.	10.00 Uhr	Senioren Ausschuss, Raum 33
20.03.	14.00 Uhr	AG Rente, Raum 34
	16.00 Uhr	AG Gender Mainstreaming, Raum 34
	18.00 Uhr	Kita-AG, Raum 33
22.03.	15.00 Uhr	AG Volkshochschul-DozentInnen, Raum 47
24.03.	15.30 Uhr	AG Bildungsfinanzierung, Raum 33
	19.30 Uhr	Sprecherinnenrat für Frauenpolitik, Raum 34
25.03.	19.30 Uhr	Fachgruppe Gesamtschulen, Raum 34
26.03.	15.30 Uhr	Fachgruppe sozialpäd. Aus-, Fort- und Weiterbildung, Raum 34
	18.30 Uhr	AG Lesben, Ort tel. erfragen: 440 949 3
	19.00 Uhr	Attac, Raum 33
27.03.	16.15 Uhr	WIP-Rat, Raum 47
	17.00 Uhr	AG Mediation, Raum 47
	18.00 Uhr	Junge GEW, Raum 34
01.04.	17.00 Uhr	AG Arbeits- und Gesundheitsschutz, Raum 33
03.04.	17.00 Uhr	Arbeitslose in der GEW, Raum 34
08.04.	18.00 Uhr	Fachgruppe Sozialpäd. Aus-, Fort- und Weiterbildung, Raum 34
09.04.	10.00 Uhr	Senioren Ausschuss, Raum 34
	19.00 Uhr	Attac, Raum 33

GEW-Haus, Ahornstraße 5 (U-Bhf Nollendorfplatz)

Mo bis Fr 9-12 und 12.30 bis 16 Uhr;

Mi bis 17 Uhr/ Fr bis 15 Uhr

Tel. 21 99 93-0

Fax. 21 99 93-50

Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach

Vereinbarung: Tel. 21 99 93 45.

info@gew-berlin.de

www.gew-berlin.de

Bild des Monats



Foto: Seggelke